Free21
Credible news mounted on paper

Magazin
Nr. 5, 8. Jg., Oktober 2021
Im Netz: www.free21.org

Das Ende der **Besatzung**

Der 20-jährige Krieg endete nun in einem Debakel. Wie konnte es dazu kommen? Die Anthropologen Nancy Lindisfarne und Jonathan Neale, die mehr als fünfzig Jahre in Afghanistan arbeiteten, liefern eine kenntnisreiche Erklärung.
Von Nancy Lindisfarne und Jonathan Neale

Seite 3–15

1

Thales erläutert die **Impfprivilegien**

2

Die Pandemie wird genutzt, um fundamentale Veränderungen jenseits medizinischer Maßnahmen durchzusetzen. Der Rüstungskonzern Thales sieht den digitalen Impfpass als Notwendigkeit für die künftige Gesellschaft. Der Überwachungskapitalismus steht in den Startlöchern.
Von Norbert Häring
▶ SEITE 20

Die FBI-Lügen gegen Assange

3

Die Anklage der USA gegen Julian Assange ist in sich zusammengebrochen. Der Hauptzeuge des FBI gestand, gelogen zu haben. Doch die Mainstreammedien haben nicht berichtet und am Schicksal des wichtigsten politischen Häftlings der Gegenwart hat es nichts geändert.
Von Craig Murray
▶ SEITE 26

Verschwörungs-theoretiker?!

4

Zum Jahrestag des 11. September wollten drei Redaktionen Deutschlands wichtigsten 9/11-Experten zu Wort kommen lassen. Aber dann wurde er aus einer Dokumentation herausgeschnitten und zwei Sendungen wurden kurz vor Ausstrahlung aus dem Programm genommen.
Von Mathias Bröckers
▶ SEITE 38

Free21
Credible news mounted on paper
Magazin
Nr. 5, 8. Jg., Oktober 2021

Impressum

Free21.org ist eine global ausgerichtete Plattform für journalistische Beiträge und qualifizierte Debatten. Alle Artikel werden typografisch so gesetzt, dass sie heruntergeladen und auf DIN-A4-Papier ausgedruckt werden können. Die Artikel werden durch Fotos ergänzt und mit einem Quellenverzeichnis versehen.
Free21 funktioniert als Netzwerkprojekt. Wir beziehen Beiträge von Fachleuten aus den verschiedensten Fachgebieten mit ein.

Zusammen arbeiten wir daran, in einem Zeitalter der Verwirrung, die Wahrheit herauszufinden und über sie zu berichten. Wir wollen ein qualitativ hochwertiges und unabhängiges Medium schaffen, das frei von den Zwängen und Einschränkungen großer Medienkonzerne agieren kann.

Herausgeber:
Verein zur Förderung unabhängiger journalistischer Berichterstattung e.V.,
c/o Marika Matthaei,
Karl-Lade-Str. 36a, 10369 Berlin,
E-Mail: verein@free21.org

Eingetragen beim Amtsgericht Charlottenburg VR 34774B.

St.-Nr. 27/680/76987

Redaktion: Dirk Pohlmann

ViSdPR: Dirk Pohlmann,
c/o Verein zur Förderung unabhängiger journalistischer Berichterstattung e.V., Karl-Lade-Str. 36a, 10369 Berlin,
Telefon: +49 176 579 12 654
E-Mail: redaktion@free21.org

Lizenz: CC BY-NC-ND 4.0.
Alle Artikel auf Free21.org können (sofern nicht anders angegeben) für private, nichtkommerzielle Zwecke unverändert frei genutzt und geteilt werden, sowohl online als auch im PDF-Format.

Bildrechte auf Seite 1 dieses Magazins:
Bild 1: ©Shooft.
Bild 2: *Fabian Hurnaus, unsplash.com, Unsplash License.*
Bild 3: *Edward Snowden, Twitter.com.*
Bild 4: *Fotomontage von Screenshots aus TTT, 10.07.2011, © Free21. Alle Rechte vorbehalten.*

GEOPOLITIK

4 Afghanistan

Zwanzig Jahre Krieg enden in ein einem Debakel. Wie konnte es nur soweit kommen? Zwei angelsächsische Anthropologen, die mehr als 50 Jahre dort arbeiteten, veröffentlichten kürzlich einen aufschlussreichen Bericht. *Von Nancy Lindisfarne und Jonathan Neale*

15 Das islamische Emirat Afghanistan ist wieder an der Macht

Was bedeutet die Niederlage in Afghanistan für die US-Außenpolitik und das Verhältnis zu China, Russland und Iran? Der Altmeister des geopolitischen Journalismus erläutert seine Sicht der Dinge. *Von Pepe Escobar*

WIRTSCHAFT

20 Der Rüstungskonzern Thales erläutert Impfprivilegien und -Pässe

Die Pandemie wird genutzt, um fundamentale Veränderungen jenseits medizinischer Maßnahmen durchzusetzen. Der Überwachungskapitalismus steht in den Startlöchern. *Von Norbert Häring*

MEDIEN

24 Schlammschlacht unter linksgerichteten YouTubern

Nicht nur in Deutschland, auch in den USA werden prominente linke Journalisten der alternativen Medien von anderen Progressiven attackiert und denunziert. Über diese Verfallserscheinung, die insbesondere dem linken politschen Spektrum schadet, schreibt *Glenn Greenwald*

26 Das FBI-Lügenmärchen gegen Julian Assange zerfällt

Die Anklage der USA gegen Julian Assange ist in sich zusammengebrochen. Der Hauptzeuge des FBI gestand, gelogen zu haben. Die Mainstream-Medien haben dazu nicht berichtet und am Schicksal des wichtigsten politischen Häftlings der Gegenwart hat es nichts geändert. *Von Craig Murray*

29 Kampf gegen unabhängigen Journalismus: Die Inhaftierung von Craig Murray

Der wichtigste Chronist des politischen Prozesses gegen Julian Assange, wurde jetzt selbst zum Ziel der britischen Justiz. Nach einer dubiosen Anklage wurde er in einem bizarren Gerichtsverfahren zu einer achtmonatigen Haftstrafe verurteilt. *Von Jonathan Cook*

34 Warum existiert die CIA noch?

Die CIA plante die Ermordung von Julian Assange. Für die Aktivitäten des US-Geheimdienstes gibt es offenbar keine juristischen oder moralischen Grenzen. Wird die CIA jemals für ihre Taten zur Verantwortung gezogen? *Von Caitlin Johnstone*

38 Wie ich zum Verschwörungstheoretiker wurde

Zum Jahrestag des 11. September wollten drei Redaktionen Deutschlands wichtigsten 9/11-Experten zu Wort kommen lassen. Aber dann wurde er aus einer Dokumentation herausgeschnitten und zwei Sendungen wurden kurz vor Ausstrahlung aus dem Programm genommen. *Von Mathias Bröckers*

INNENPOLITIK

41 Das waren die Grünen!

Der Konfliktforscher Dr. Leo Ensel schreibt über das Ende einer langjährigen Liebesbeziehung und Wahlverwandschaft. Der jahrzehntelange Anhänger der Grünen warnt vor den außenpolitischen Plänen der einstigen Ökopax-Partei. *Von Leo Ensel*

GESCHICHTE

44 Korrumpierte Landespolitik von Truman bis Trump

Der Chefredakteur des renommierten Covert Action Magazine berichtet über ein neues Buch, das detailliert die unheilige Allianz von Mafia, CIA und Wirtschaftselite beschreibt, die die Außen- und Innenpolitik der mächtigsten Nation der Erde seit 1945 wesentlich mitbestimmte und mitbestimmt.
Von Jeremy Kuzmarov

Déjà vu

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

für Zeitgenossen, die alt genug sind, sich an den Rückzug der Amerikaner aus Vietnam zu erinnern, waren die Bilder aus Afghanistan ein Déjà vu. Hubschrauber über den Botschaftsgebäuden der Stadt, Helfer der Besatzungsmacht, die verzweifelt versuchen, das Land zu verlassen, während ihr Vasallenstaat in rasantem Tempo kollabiert. US-Präsident Joe Biden hatte noch fünf Wochen zuvor erklärt, dass es „unter keinen Umständen passieren würde, dass US-Soldaten mit Helikoptern aus Afghanistan evakuiert würden". Der längste Krieg, den die USA je geführt haben, endete in einem Desaster.

Wie überraschend war der galoppierende Zusammenbruch der korrupten Regierung? Wenn man die zwanzig Jahre Berichterstattung über den Afghanistankrieg Revue passieren lässt, konnte man tatsächlich nicht mit diesem Ausgang rechnen.

Aber sollte uns nicht genau das zu denken geben? Wäre es nicht die Aufgabe der Medien gewesen, Politik und Öffentlichkeit über viele Jahre darauf hinzuweisen, dass es einen gigantischen Graben von der Größe des Grand Canyon zwischen der offiziellen Darstellung und der Realität gab? Dass man auf einen Eisberg zusteuerte? Wie ist es möglich, dass eine von politischen Absichten und Rücksichtnahmen auf NATO-Interessen verfälschte, einheitliche Darstellung sich in einer Demokratie mit Pressefreiheit flächendeckend durchsetzen konnte?

Als das Afghanistan-Debakel im ZDF gesendet wurde, fragte Marietta Slomka den deutschen Außenminister Heiko Maas: „Schämen Sie sich?" Wäre Heiko Maas etwas schlagfertiger, hätte er ihr antworten können: „Und wie ist das bei Ihnen im ZDF? Schämen Sie sich, als Berichterstatter so versagt zu haben? Ich kann mich nicht daran erinnern, dass mich das ZDF vor dieser Entwicklung gewarnt hätte. Offenbar hat sie uns beide überrascht. Da haben wir wohl beide Fehler gemacht?"

War es unmöglich, ein akkurates Bild von den Zuständen in Afghanistan zu bekommen? Nein. Man muss sich nur den zehn Jahre alten Universitätsvortrag „Siegen in Afghanistan?" von Peter Scholl Latour in YouTube anhören. Durch ihn erfährt man in einer Stunde, was man in zwanzig Jahren im ZDF nicht zu sehen bekam. Der Artikel der beiden angelsächsischen Anthropologen Lindisfarne und Neale, die fast fünf Jahrzehnte immer wieder in Afghanistan verbrachten – der Aufmacher dieser Ausgabe von Free21 – ist ein weiteres Beispiel, dass es hervorragende Analysen gab. Sie kamen nur nicht in jenen Publikationen vor, die sich einerseits selbst als Qualitätsmedien bezeichnen, andererseits aber ihre systemische Aufgabe nicht erfüllen. Wäre es nicht an der Zeit darüber nachzudenken, wie man in Zukunft ein solches Totalversagen verhindern könnte?

Es ist ja kein Versagen, das durch Unkenntnis verursacht ist. Julian Assange veröffentlichte 2011 in Wikileaks die „Afghanistan Papers", die ein akkurates Bild der Situation boten und hervorragende Berichte möglich gemacht hätten. Julian Assange hat die wichtigste Erkenntnis aus den geleakten Dokumenten damals so zusammengefasst: „Das Ziel ist ein endloser Krieg, kein siegreicher Krieg." Er hat den Krieg als Geschäftsmodell einer Elite aus Politik, Geheimdiensten, Rüstungsindustrie und Thinktanks beschrieben. Das ist sicher zutreffender als die Berichterstattung der Mainstream-Medien.

Was ist das für ein Mediensystem, das zulässt, dass einer seiner wichtigsten Repräsentanten in einem Gefängnis gefoltert und mit 175 Jahren Gefängnis bedroht wird, weil er die Wahrheit berichtet hat, die sie nicht berichten wollten? Und welche Worte fallen Ihnen zu den Staaten und dem Bündnis ein, in dem so etwas möglich ist. Demokratie und Pressefreiheit?

Ihr Dirk Pohlmann
Chefredakteur Free21

Free21
Researcher/in

Du bist kritisch, skeptisch, sattelfest in Rechtschreibung und dazu noch misstrauisch? Dann unterstütze uns mit Deinem Recherche-Talent! Bevor wir Artikel layouten und veröffentlichen, prüfen und korrigieren unsere Researcher die Texte unserer Autoren sowie die Links und Quellen auf Verfügbarkeit und sachliche Richtigkeit.

Wenn Du uns ehrenamtlich unterstützen möchtest, schreib uns an **research@free21.org**

Afghanistan: Das Ende der **Besatzung**

In Großbritannien und den Vereinigten Staaten wird eine Menge Unsinn über Afghanistan geschrieben. Hinter diesem Unsinn verbirgt sich eine Reihe wichtiger Wahrheiten.

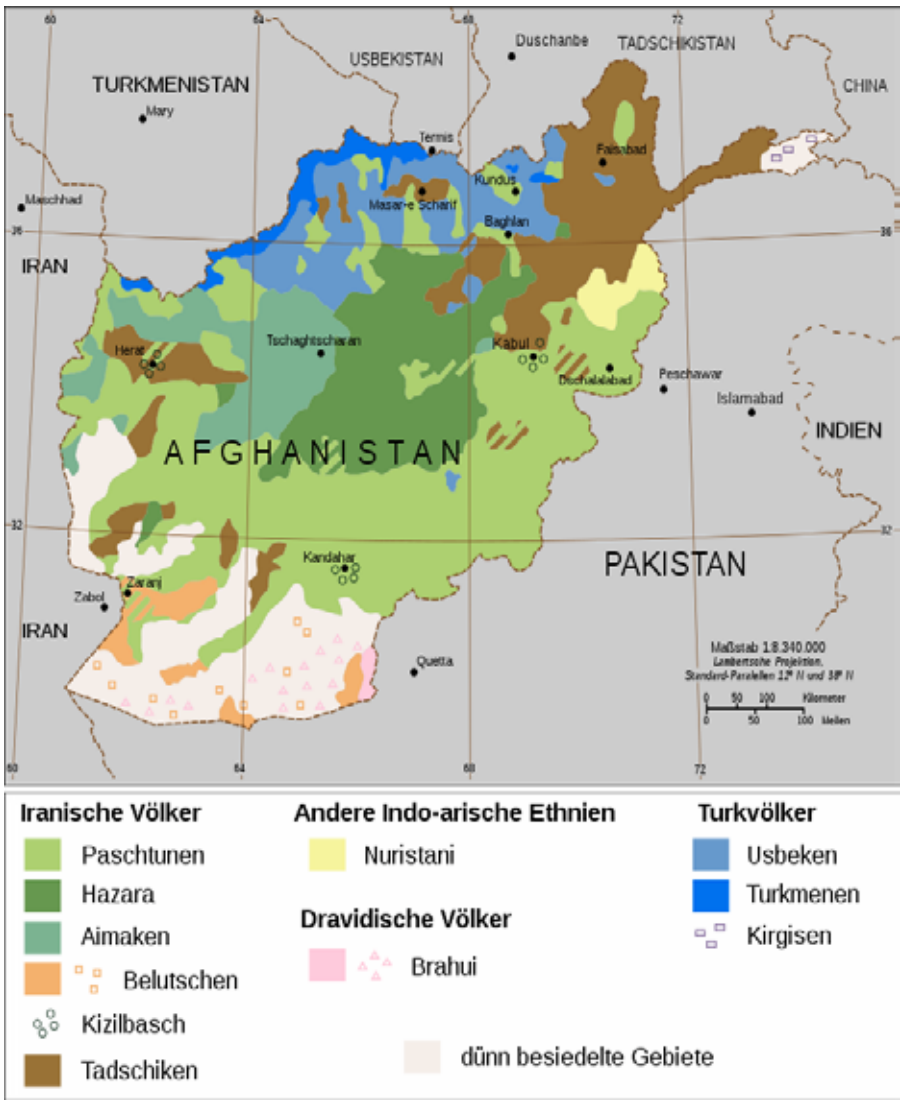
Autor: Nancy Lindisfarne

lehrte Anthropologie an der School of Oriental and African Studies. Sie ist die Autorin von „Bartered Brides: Politics, Gender and Marriage in an Afghan Tribal Society“ („Verschacherte Bräute: Politik, Geschlecht und Ehe in einer afghanischen Stammesgesellschaft“), der Kurzgeschichtensammlung „Dancing in Damascus“ und ist Mitherausgeberin von „Dislocating Masculinity and Masculinities under Neoliberalism“ („Verlagerung von Männlichkeit und Männlichkeiten im Neoliberalismus“). Außerdem schrieb sie das Buch „Thank God We're Secular: Gender, Islam and Turkish Republicanism“ („Gott sei Dank sind wir säkular: Geschlecht, Islam und türkischer Republikanismus“). Ihr Buch mit Richard Tapper über „Afghan Village Voices“ („Stimmen aus afghanischen Dörfern“) wurde 2020 veröffentlicht.

Autor: Jonathan Neale

arbeitete zehn Jahre lang als Abtreibungsberater und sechs Jahre als HIV-Berater. Er schreibt Romane, Theaterstücke, über Geschichte und Politik, darunter „A Peoples History of the Vietnam War“, „What's Wrong with America“ und „Tigers of the Snow“, eine Geschichte der Sherpa-Bergsteiger. Jonathan ist seit sechzehn Jahren Klimaaktivist, half bei der Organisation globaler Demonstrationen und arbeitete mit Gewerkschaften in Großbritannien, Südafrika und der EU zusammen. Er ist Herausgeber von „One Million Climate Jobs“. Sein Buch „Fight the Fire: Green New Deals and Global Climate Jobs“ („Löscht das Feuer: Grüne New Deals und globale Klimajobs“) wurde im Februar 2012 veröffentlicht.

Dieser Text wurde zuerst am 17.08.2021 auf www.annebonnypirate.org unter der URL ‹https://annebonnypirate.org/2021/08/17/afghanistan-the-end-of-the-occupation/› veröffentlicht. Lizenz: Nancy Lindisfarne und Jonathan Neale, annebonnypirate.org, CC BY-NC-ND 4.0



(Karte: CIA World Factbook / Wikimedia Commons / CC BY-SA 3.0)

1. Die Taliban haben die Vereinigten Staaten besiegt.
2. Die Taliban haben gewonnen, weil sie mehr Unterstützung in der Bevölkerung haben.
3. Das liegt nicht daran, dass die meisten Afghanen die Taliban lieben. Es liegt daran, dass die amerikanische Besatzung unerträglich grausam und korrupt war.
4. Der Krieg gegen den Terror wurde in den Vereinigten Staaten auch politisch besiegt. Die Mehrheit der Amerikaner spricht sich jetzt für den Rückzug aus Afghanistan und gegen weitere Kriege im Ausland aus.
5. Das ist ein Wendepunkt in der Weltgeschichte. Die größte Militärmacht der Welt wurde von der Bevölkerung eines kleinen, bitterarmen Landes be-

Publiziert auf Free21 am 12.09.2021, 6:00 Uhr

Ein zerstörter BMP-1 Schützenpanzer vor dem Präsidentenpalast in Kabul einen Tag nach der Saur-Revolution. Bei der Saur-Revolution am 27.04.1978 putschte sich die kommunistische Demokratische Partei Afghanistans an die Macht. (Bild: Cleric77 / Wikimedia Commons / CC BY-SA 3.0)

siegt . Dies wird die Macht des amerikanischen Imperiums in der ganzen Welt schwächen.

6. Die Rhetorik, afghanische Frauen retten zu wollen, wurde überwiegend dazu benutzt, die Besatzung zu rechtfertigen. Und viele Feministinnen in Afghanistan haben sich auf die Seite der Besatzung gestellt. Das ist im Ergebnis eine Tragödie für den Feminismus.

Nachfolgend erläutern wir diese Punkte. Um den Text kurz zu halten, verzichten wir hier teilweise auf die Belege. Aber wir haben bereits viel über Politik, die Geschlechterfrage und den Krieg in Afghanistan geschrieben, seit wir vor fast 50 Jahren mit anthropologischen Feldforschungen in Afghanistan begonnen haben. Am Ende des Artikels finden Sie Links zu vielen dieser Arbeiten, so dass Sie unsere Argumente nachvollziehen können.

Ein militärischer Sieg

Dies ist ein militärischer und ein politischer Sieg für die Taliban. Ein militärischer Sieg, weil die Taliban den Krieg gewonnen haben. Seit mindestens zwei Jahren verlieren die afghanischen Regierungstruppen – nationale Armee und Polizei – jeden Monat mehr Menschen durch Tod und Verwundung, als sie neu rekrutieren können. Diese Kräfte sind also im Begriff zu verschwinden.

Während der letzten zehn Jahre haben die Taliban immer mehr Dörfer und einige Städte unter ihre Kontrolle gebracht. In den letzten zwölf Tagen konnten sie auch die letzten Städte einnehmen.

Dabei handelte es sich nicht um einen plötzlichen Vorstoß durch die Städte und weiter bis nach Kabul. Die Kämpfer, die die Städte eingenommen haben, hatten sich schon lange in der Umgebung, in den Dörfern aufgehalten und auf den richtigen Moment gewartet. Entscheidend war dabei, dass die Taliban im gesamten Norden ständig Tadschiken, Usbeken und Angehörige anderer Völker rekrutiert haben.

Ein politischer Sieg

Und es ist auch ein politischer Sieg für die Taliban. Kein Guerillaaufstand der Welt kann einen solchen Sieg ohne Unterstützung der Bevölkerung erringen. Vielleicht ist Unterstützung nicht der richtige Ausdruck. Aber die Afghanen mussten sich für eine Seite entscheiden. Und mehr Afghanen haben sich auf die Seite der Taliban gestellt und nicht auf die Seite der amerikanischen Besatzer. Nicht alle – aber eben mehr.

Auch haben sich mehr Afghanen auf die Seite der Taliban gestellt als auf die Seite der afghanischen Regierung von Präsident Ashraf Ghani. Wiederum nicht alle, aber mehr als Ghani unterstützen. Und mehr Afghanen haben sich auf die Seite der Taliban gestellt und nicht auf die Seite der alten Warlords. Die Niederlagen von Dostum in Sheberghan und Ismail Khan in Herat sind eindrucksvolle Beweise dafür.

Die Taliban von 2001 waren überwiegend Paschtunen und ihre Politik war paschtunisch-chauvinistisch. Im Jahr 2021 haben Taliban-Kämpfer vieler Ethnien die Macht in usbekisch und tadschikisch dominierten Gebieten übernommen.

Eine wichtige Ausnahme bilden die von den Hazara beherrschten Gebiete in den zentralen Bergen. Wir kommen auf diese Ausnahme zurück.

Natürlich haben sich nicht alle Afghanen auf die Seite der Taliban geschlagen. Dies ist ein Krieg gegen ausländische Invasoren, aber es ist auch ein Bürgerkrieg. Viele haben für die Amerikaner, die Regierung oder die Warlords gekämpft. Andere haben mit beiden Seiten Kompromisse geschlossen, um zu überleben. Und wieder andere waren sich nicht sicher, für welche Seite sie sich entscheiden sollten. Sie warten mit einer unterschiedlichen Mischung aus Angst und Hoffnung darauf, was passieren wird.

Da es sich um eine militärische Niederlage für die USA handelt, sind die Forderungen an Biden, dies oder jenes zu tun, einfach nur dumm. Wären die amerika-

nischen Truppen in Afghanistan geblieben, hätten sie kapitulieren oder sterben müssen. Das wäre eine noch schlimmere Demütigung für die US-Macht als das jetzige Debakel. Biden hatte, wie schon Trump vor ihm, keine andere Wahl.

Warum sich so viele Afghanen für die Taliban entschieden haben

Die Tatsache, dass sich so viele Menschen für die Taliban entschieden haben, bedeutet nicht, dass die meisten Afghanen notwendigerweise die Taliban unterstützen. Es bedeutet, dass sie sich angesichts der begrenzten Wahlmöglichkeiten für die Taliban entschieden haben. Warum?
Die kurze Antwort lautet: Die Taliban sind die einzige wichtige politische Organisation, die gegen die amerikanische Besatzung kämpft – und die meisten Afghanen haben diese Besatzung zu hassen gelernt.

Das war nicht immer so. Einen Monat nach dem 11. September schickten die USA erstmals Bomberflugzeuge und einige Truppen nach Afghanistan. Unterstützt wurden die USA von den Kräften der Nordallianz, einer Koalition nicht-paschtunischer Warlords im Norden des Landes. Die Soldaten und Anführer der Allianz waren jedoch nicht wirklich bereit, an der Seite der Amerikaner zu kämpfen. Angesichts der langen Geschichte des afghanischen Widerstands gegen ausländische Invasionen – zuletzt gegen die russische Besatzung von 1980 bis 1987 – wäre das einfach zu beschämend.

Auf der anderen Seite war jedoch fast niemand bereit, für die Verteidigung der damals an der Macht befindlichen Taliban-Regierung zu kämpfen. Die Truppen der Nordallianz und die Taliban standen sich in einem Scheingefecht gegenüber. Dann begannen die USA, die Briten und ihre ausländischen Verbündeten mit der Bombardierung.

Das pakistanische Militär und die Geheimdienste handelten ein Ende dieser Pattsituation aus. Danach sollten die Vereinigten Staaten die Macht in Kabul übernehmen und einen Präsidenten ihrer Wahl einsetzen dürfen. Im Gegenzug durften die Taliban-Führer und ihre Anhänger nach Hause in ihre Dörfer oder ins Exil jenseits der Grenze in Pakistan gehen.

Diese Einigung wurde damals in den USA und in Europa aus offensichtlichen Gründen nicht breit bekannt gemacht. Wir haben aber darüber berichtet, und in Afghanistan wurde sie sehr wohl verstanden.

Der beste Beweis für diese ausgehandelte Einigung ist das, was danach geschah: Zwei Jahre lang gab es keinerlei Widerstand gegen die amerikanische Besatzung, in keinem Dorf. Viele Tausende ehemalige Taliban blieben in diesen Dörfern.

Dies ist eine außergewöhnliche Tatsache. Denken Sie an den Kontrast zum Irak, wo der Widerstand vom ersten Tag der Besetzung im Jahr 2003 an weit verbreitet war. Oder denken Sie an die russische Invasion in Afghanistan im Jahr 1979, die auf dieselbe Wand aus Wut stieß.

Der Grund dafür war nicht nur, dass die Taliban nicht kämpften. Es lag daran, dass die einfachen Menschen – selbst im Kernland der Taliban im Süden – die Hoffnung hegten, dass die amerikanische Besatzung Afghanistan Frieden bringen und die Wirtschaft entwickeln würde, um die schreckliche Armut zu beenden.
Der Frieden war das Entscheidende. Bis 2001 waren die Afghanen dreiundzwanzig Jahre lang in Kriegen gefangen gewesen: zunächst in einem Bürgerkrieg zwischen Kommunisten und Islamisten, dann in einem Krieg zwischen Islamisten und sowjetischen Invasoren, dann in einem Krieg zwischen islamistischen Warlords und schließlich in einem Krieg im Norden des Landes zwischen islamistischen Warlords und den Taliban.

Dreiundzwanzig Jahre Krieg bedeuteten Tod, Verstümmelung, Exil und Flüchtlingslager, Armut – so viele Arten von Trauer und endlose Angst und Unruhe. Die vielleicht beste Beschreibung, wie sich das anfühlte, findet man in Klaits/Gulmanadova-Klaits Buch „Love and War in Afghanistan“ aus dem Jahr 2005. Die Menschen sehnten sich verzweifelt nach Frieden. Im Jahr 2001 hielten sogar die Taliban-Befürworter einen schlechten Frieden für besser als einen guten Krieg. Außerdem waren die Vereinigten Staaten sagenhaft reich. Die Afghanen glaubten, dass die Besetzung zu einer Entwicklung führen könnte, die sie aus der Armut befreien würde.

Die Afghanen warteten, aber die USA lieferten Krieg statt Frieden

US-amerikanisches und britisches Militär besetzte Stützpunkte in den Dörfern und Kleinstädten des Kernlandes der Taliban, den überwiegend paschtunischen Gebieten im Süden und Osten. Diese Einheiten wurden nie über die informelle Einigung informiert, die zwischen den Amerikanern und den Taliban ausgehandelt worden war. Man konnte es ihnen nicht sagen, weil das die Regierung von Präsident Bush in Verruf gebracht hätte. Die US-Einheiten sahen es daher als ihre Aufgabe an, die verbliebenen „Bösewichte“, die offensichtlich noch da waren, auszurotten.

In nächtlichen Razzien brachen sie Türen auf, demütigten Familien und versetzten sie in Angst und Schrecken. Sie verschleppten und folterten Männer, um Informationen über andere Bösewichte zu erhalten. Hier und an geheimen Orten auf der ganzen Welt entwickelten das amerikanische Militär und die Geheimdienste die neuen Foltermethoden, die die Welt kurz darauf in Abu Ghraib, dem amerikanischen Gefängnis im Irak, zu sehen bekam.

Unter den Festgenommenen waren Taliban, die nicht gekämpft hatten. Einige davon waren einfache Leute, die von lokalen Feinden an die Amerikaner verraten wurden, nur um an deren Land zu kommen, oder weil sie anderweitig Groll gegen sie hegten.

In seinen Memoiren „Blood Makes the Grass Grow Green“ beschreibt der amerikanische Soldat Johnny Rico, was als Nächstes geschah. Wütende Verwandte und Dorfbewohner schossen in der Dunkelheit ein paar Mal auf die Amerikaner. Das amerikanische Militär trat weitere Türen ein und folterte weitere Männer. Die Dorfbewohner feuerten noch mehr Schüsse ab. Die Amerikaner forderten Luftangriffe an und ihre Bomben töteten eine Familie nach der anderen.

Im Süden und Osten des Landes herrschte wieder Krieg.

Publiziert auf Free21 am 12.09.2021, 6:00 Uhr

Ungleichheit und Korruption eskalierten

Die Afghanen hatten auf eine Entwicklung gehofft, die sowohl den Reichen als auch den Armen helfen würde. Es erschien ihnen so offensichtlich und einfach. Aber sie verstanden die amerikanische Politik im Ausland nicht. Und sie verstanden nicht den tiefen Glauben des 1 % in den Vereinigten Staaten an die wachsende Ungleichheit in ihrem eigenen Land.

So floss also amerikanisches Geld nach Afghanistan. Aber es ging an die Leute in der neuen Regierung, die von Hamid Karzai geleitet wurde. Es ging an die Leute, die mit den Amerikanern und den Besatzungstruppen anderer Nationen zusammenarbeiteten. Und es ging an die Warlords und ihre Entourage, die tief in den internationalen Opium- und Heroinhandel verstrickt waren, der von der CIA und dem pakistanischen Militär gefördert wurde. Es ging an die Leute, die das Glück hatten, luxuriöse, gut verteidigte Häuser in Kabul zu besitzen, die sie an ausländische Mitarbeiter vermieten konnten. Es ging an die Männer und Frauen, die in vom Ausland finanzierten NGO's (Nicht-Regierungs-Organisation) arbeiteten.

Natürlich gab es zwischen all diesen Gruppen auch Überschneidungen.

An Korruption waren die Afghanen schon lange gewöhnt. Sie erwarteten und hassten sie zugleich. Doch dieses Mal war das Ausmaß beispiellos. Und in den Augen der armen und mittleren Einkommensschichten schien all der obszöne neue Reichtum, ganz gleich wie er erwirtschaftet wurde, aus Korruption zu stammen.

Während der letzten zehn Jahren haben die Taliban dem ganzen Land zwei Dinge geboten:

Erstens, dass sie nicht korrupt sind, da sie auch vor 2001 in ihren Ämtern nicht korrupt waren. Sie sind die einzige politische Kraft im Land, auf die dies jemals zutraf.

Entscheidend ist dabei, dass die Taliban in den von ihnen kontrollierten ländlichen Gebieten ein gerechtes Justizsystem betreiben. Ihr Ruf ist so gut, dass viele Menschen, die in den Städten in Zivilprozesse verwickelt sind, zugestimmt haben, dass sich die Parteien an Taliban-Richter auf dem Land wenden. Dies ermöglicht ihnen eine schnelle, billige und faire Rechtsprechung ohne hohe Bestechungsgelder. Ihre Urteile waren gerecht, so dass beide Parteien damit leben können.

Zweitens war für die Menschen in den von den Taliban kontrollierten Gebieten eine gerechte Justiz auch ein Schutz vor Ungleichheit. Wenn die Reichen die Richter bestechen können, können sie mit den Armen machen, was immer sie wollen. Landbesitz war dabei ein entscheidender Punkt. Reiche und mächtige Männer, Warlords und Regierungsbeamte konnten sich das Land von Kleinbauern durch Enteignung, Diebstahl oder Betrug aneignen und die noch ärmeren Teilpächter unterdrücken. Aber die Taliban-Richter, das war allen klar, waren bereit, für die Armen zu entscheiden.

Der Hass auf Korruption, auf Ungleichheit und auf die Besatzung verschmolz.

Zwanzig Jahre später

Das Jahr 2001, als die Taliban nach 9/11 von den Amerikanern gestürzt wurden, liegt nun zwanzig Jahre zurück. In zwanzig Jahren Krieg und Krise vollziehen sich in politischen Massenbewegungen enorme Veränderungen. Die Taliban haben dazugelernt und sich verändert, wie könnte es auch anders sein. Viele Afghanen und viele ausländische Fachleute haben sich dazu geäußert. Giustozzi verwendet dafür den nützlichen Begriff Neo-Taliban [2].

Dieser Wandel, wie er in der Öffentlichkeit dargestellt wird, hat mehrere Aspekte. Die Taliban haben ihren paschtunischen Chauvinismus als eine große Schwäche erkannt. Sie betonen nun, dass sie Muslime sind, Brüder aller anderen Muslime. Und dass sie die Unterstützung von Muslimen vieler ethnischer Gruppen wollen und haben.

Aber es gab in den letzten Jahren auch eine bittere Spaltung innerhalb der Taliban-Kräfte. Eine Minderheit von Taliban-Kämpfern und -Anhängern hat sich mit dem Islamischen Staat verbündet. Der Unterschied ist, dass der Islamische Staat Terroranschläge auf Schiiten, Sikhs und Christen verübt. Die Taliban in Pakistan tun das Gleiche, ebenso wie das kleine Haqqani-Netzwerk, das vom pakistanischen Geheimdienst unterstützt wird. Eine Mehrheit der Taliban lehnt aber diese Angriffe entschieden ab.

Wir kommen später auf diese Spaltung zurück, da sie Auswirkungen auf das weitere Geschehen hat.

Die neuen Taliban betonen nun auch ihre Sorgen um die Rechte der Frauen. Sie erklären, dass sie Musik und Videos nun begrüßen und die heftigsten und puritanischsten Regeln ihrer früheren Herrschaft gemildert haben. Und sie wiederholen immer wieder, dass sie in Frieden regieren wollen, ohne Rache an den Menschen der alten Ordnung.

Wie viel davon Propaganda ist und wie viel Wahrheit, ist schwer zu sagen. Wie es weiter geht hängt zudem stark von der Entwicklung der Wirtschaft und von den Aktionen ausländischer Kräfte ab. Doch dazu später mehr. Unser Punkt hier ist, dass die Afghanen Gründe haben, die Taliban den Amerikanern, den Warlords und der Regierung von Ashraf Ghani vorzuziehen.

Was ist mit der Rettung afghanischer Frauen?

Viele Leser werden sich jetzt fragen: Was ist mit den afghanischen Frauen? Die Antwort ist nicht einfach.

Dazu müssen wir zunächst in die 1970er Jahre zurückgehen. Systeme geschlechtsspezifischer Ungleichheit sind überall auf der Welt mit einem bestimmten System der Klassenungleichheit verwoben. Das war in Afghanistan nicht anders.

Anfang der 1970er Jahre führte Nancy Lindisfarne eine anthropologische Feldforschung mit paschtunischen Frauen und Männern im Norden des Landes durch. Diese lebten von Ackerbau und Viehzucht. Das aus dieser Arbeit resultierende Buch, „Bartered Brides: Politics and Marriage in a Tribal Society" [Politik und Heirat in einer Stammesgesellschaft,

Die von den USA unterstützten Mudschaheddin zeigen Teile eines abgeschossenen sowjetischen Flugzeugs. (Bild: Erwin Lux Wikimedia Commons / CC BY-SA 3.0)

Anm. d. Redaktion] erklärt die Zusammenhänge zwischen Klasse, Geschlecht und ethnischen Unterschieden zu dieser Zeit. Und wenn Sie wissen wollen, was diese Frauen selbst über ihr Leben, ihre Sorgen und Freuden dachten, haben Nancy Lindisfarne und ihr ehemaliger Partner Richard Tapper „Afghan Village Voices" veröffentlicht. Eine Übersetzung zahlreicher Tonbänder, die Frauen und Männer vor Ort für sie gemacht haben.

Diese Realität war vielschichtig, bitter, bedrückend und voller Liebe. In diesem tiefen Sinn unterschied sie sich nicht von der Komplexität von Sexismus und Klasse in den Vereinigten Staaten. Doch die Tragödie des nächsten halben Jahrhunderts sollte vieles davon ändern. Dieses lange Leiden brachte den besonderen Sexismus der Taliban hervor, der kein typisches Produkt der afghanischen Tradition ist.

Diese neue Entwicklung beginnt im Jahr 1978 mit dem Beginn des Bürgerkrieges zwischen der kommunistischen Regierung und dem islamistischen Mudschaheddin-Widerstand. Die Islamisten gewannen, so dass die Sowjetunion Ende 1979 einmarschierte, um die kommunistische Regierung zu unterstützen. Es folgten sieben Jahre brutaler Krieg zwischen den Sowjets und den Mudschaheddin. 1987 zogen die sowjetischen Truppen besiegt ab.

Als wir in den frühen 1970er Jahren in Afghanistan lebten, gehörten die Kommunisten zu den besten Menschen. Sie wurden von drei Leidenschaften angetrieben. Sie wollten das Land entwickeln. Sie wollten die Macht der Großgrundbesitzer brechen und das Land neu verteilen. Und sie wollten Gleichberechtigung für Frauen.

Doch 1978 hatten die Kommunisten in einem Militärputsch unter Führung fortschrittlicher Offiziere die Macht übernommen. Aber die politische Unterstützung der Mehrheit der Dorfbewohner in dem überwiegend bäuerlichen Land konnten sie nicht gewinnen. Im Ergebnis bestand die einzige Möglichkeit mit dem islamistischen Widerstand auf dem Land umzugehen, in Verhaftung, Folter und Bombardierung. Je mehr die kommunistisch geführte Armee solche Grausamkeiten beging, desto größer wurde die Revolte.

Dann marschierte die Sowjetunion zur Unterstützung der Kommunisten ein. Ihre Hauptwaffe waren Luftangriffe, und große Teile des Landes wurden zu Feuer-Frei-Zonen. Zwischen einer halben und einer Million Afghanen wurden getötet. Mindestens eine weitere Million wurde für immer verstümmelt. Zwischen sechs und acht Millionen wurden ins Exil in den Iran und nach Pakistan getrieben, und weitere Millionen wurden zu Binnenflüchtlingen. Und das alles in einem Land mit nur fünfundzwanzig Millionen Einwohnern.

Nachdem die Kommunisten an die Macht gekommen waren hatten sie als erstes versucht, eine Landreform durchzuführen und Gesetze für die Rechte der Frauen zu erlassen. Beim Einmarsch der Russen schlug sich die Mehrheit der Kommunisten auf deren Seite, viele davon waren Frauen. Dadurch erhielt der Feminismus einen schlechten Ruf, da er für viele mit der Unterstützung von Folter und Massakern verbunden war.

Stellen Sie sich vor, die Vereinigten Staaten würden von einer fremden Macht überfallen, die zwischen zwölf und vierundzwanzig Millionen Amerikaner tötet, Menschen in jeder Stadt foltert und 100 Millionen Amerikaner ins Exil treibt. Stellen Sie sich weiterhin vor, dass fast alle Feministinnen in den Vereinigten Staaten die Invasoren unterstützt haben. Was glauben Sie, wie die meisten Amerikaner nach dieser Erfahrung über eine zweite Invasion durch eine andere ausländische Macht oder über den Feminismus denken würden?

Was glauben Sie, was die meisten afghanischen Frauen von einer weiteren Invasion – diesmal durch die Amerikaner – halten, die mit der Notwendigkeit der Rettung afghanischer Frauen begründet wird? Denken Sie daran, dass die Statistiken über Tote, Verstümmelte und Flücht-

Publiziert auf Free21 am 12.09.2021, 6:00 Uhr

Collage aus Bildern des Krieges gegen den Terror: oben links: die Ruinen des World Trade Centers nach den Anschlägen vom 11. September 2001. Dies war der Kriegsgrund und Anfang des bis heute andauernden Krieges gegen den Terror; oben rechts: US-Soldaten mit einem Chinook-Transporthubschrauber in Afghanistan; unten links: eine Bombe explodiert nahe einem US-Konvoi bei Bagdad, unten rechts: US-Soldaten im Gefecht in Afghanistan. (Alle Bilder von der USArmy/Navy: Poxnar / Wikimedia Commons / CCo)

linge unter der sowjetischen Besatzung keine abstrakten Zahlen waren. Es waren lebende Frauen und ihre Söhne und Töchter, Ehemänner, Brüder und Schwestern, Mütter und Väter.

Als die Sowjetunion schließlich besiegt abzog, atmeten die meisten Menschen erleichtert auf. Doch dann wurden die lokalen Anführer des Mudschaheddin-Widerstands, die vorher gegen die Kommunisten und die Invasoren gekämpft hatten, zu kaltblütigen Warlords. Sie kämpften nun gegeneinander um die Siegesbeute. Die Mehrheit der Afghanen hatte die Mudschaheddin unterstützt, aber jetzt waren sie angewidert von der Gier, der Korruption und dem endlosen, nutzlosen Krieg.

Der Klassen- und Flüchtlingshintergrund der Taliban

Im Herbst 1994 hatten die Taliban Kandahar, die größte und mehrheitlich paschtunische Stadt im Süden Afghanistans erreicht. Eine vergleichbare Bewegung hatte es in der afghanischen Geschichte bisher nicht gegeben. Die Taliban waren das Ergebnis zweier neuer Phänomene des 20. Jahrhunderts: der Bombardierung aus der Luft und der Flüchtlingslager in Pakistan. Sie gehörten zu einer anderen sozialen Schicht als die Eliten, die Afghanistan bisher regiert hatten.

Die Kommunisten waren Söhne und Töchter der städtischen Mittelschicht und der Bauern auf dem Lande, die über genügend Land verfügten, das sie ihr Eigen nennen konnten. Ihre Anführer hatten die einzige Universität des Landes in Kabul besucht. Sie wollten die Macht der Großgrundbesitzer brechen und das Land modernisieren.

Die Islamisten, die die Kommunisten bekämpften, waren Männer aus ähnlichen Schichten und zumeist ehemalige Studenten derselben Universität. Auch sie wollten das Land modernisieren, aber auf andere Art. Dabei orientierten sie sich an den Idealen der Muslimbruderschaft und der Al-Alzhar-Universität in Kairo.

Das Wort Taliban bedeutet Schüler einer islamischen Schule, nicht einer staatlichen Schule oder einer Universität. Die Kämpfer der Taliban, die 1994 in Kandahar einmarschierten, waren junge Männer, die in den freien islamischen Schulen der Flüchtlingslager in Pakistan gelernt hatten. Sie waren mittellose Kinder.

Ihre Anführer waren Dorfmullahs aus Afghanistan. Sie hatten nicht die elitären Verbindungen wie viele der Imame in den städtischen Moscheen. Dorfmullahs konnten lesen, und sie genossen bei den Dorfbewohnern ein gewisses Ansehen. Aber ihr sozialer Status lag weit unter dem eines Grundbesitzers oder eines Hochschulabsolventen in einem Regierungsamt.

Die Taliban wurden von einem Komitee aus zwölf Männern angeführt. Alle zwölf hatten im Krieg durch sowjetische Bomben eine Hand, einen Fuß oder ein Auge verloren. Die Taliban waren u. a. die Partei der Armen und der Mittelschicht paschtunischer Dorfbewohner. [3]

Zwanzig Jahre Krieg hatten Kandahar gesetzlos zurückgelassen und der Gnade der sich bekriegenden Milizen ausgeliefert. Der Wendepunkt kam als die Taliban einen lokalen Kommandanten verfolgten, der einen Jungen und zwei oder drei Frauen vergewaltigt hatte. Die Taliban fingen ihn und hängten ihn auf. Bemerkenswert an ihrem Eingreifen war nicht nur ihre Entschlossenheit, den mörderischen internen Machtkämpfen ein Ende zu setzen und den Menschen ihre Würde und Sicherheit zurückzugeben, sondern auch ihre Abscheu vor der Heuchelei der anderen Islamisten.

Von Anfang an wurden die Taliban von den Saudis, den Amerikanern und dem pakistanischen Militär finanziert. Washington wollte ein friedliches Land, das Öl- und Gaspipelines aus Zentralasien aufnehmen konnte. Die Taliban zeichneten sich dadurch aus, dass sie keine Ausnahmen von den Verboten zuließen, die sie durchzusetzen versuchten, und durch die Strenge, mit der sie die Regeln durchsetzten.

Viele Afghanen waren dankbar für die Rückkehr von Ordnung und einem

Mindestmaß an Sicherheit, aber die Taliban waren sektiererisch und unfähig das Land zu kontrollieren. 1996 zogen die Amerikaner ihre Unterstützung zurück und entfachten damit eine neue, tödliche Form der Islamophobie gegen die Taliban.

Fast über Nacht galten die afghanischen Frauen als hilflos und unterdrückt, während die afghanischen Männer – auch bekannt als Taliban – als fanatische Wilde, Pädophile und sadistische Patriarchen verschrien wurden, kaum noch als Menschen.

Vier Jahre vor 9/11 wurden die Taliban von den Amerikanern ins Visier genommen, während Feministinnen und andere sich für den Schutz der afghanischen Frauen einsetzten. Als die amerikanischen Bombenangriffe begannen, sollte jeder verstehen, dass die afghanischen Frauen Hilfe brauchten. Was konnte da schon schiefgehen?

9/11 und der amerikanische Krieg

Die Bombardierung begann am 7. Oktober. Innerhalb von Tagen waren die Taliban gezwungen, sich zu verstecken – oder wurden buchstäblich kastriert – wie ein Foto auf der Titelseite der „Daily Mail“ verkündete. Die veröffentlichten Bilder des Krieges waren wirklich schockierend in ihrer Gewalt und ihrem Sadismus. Viele Menschen in Europa waren entsetzt über das Ausmaß der Bombardierungen und die völlige Rücksichtslosigkeit gegenüber afghanischen Lebens [4].

Doch in jenem Herbst bedeutete die Mischung aus Rachegefühl und Patriotismus in den Vereinigten Staaten, dass abweichende Stimmen selten und meist unhörbar waren.

Fragen Sie sich selbst, wie es Saba Mahmood damals tat: „Warum erschienen vielen die Bedingungen des Krieges (Migration, Militarisierung) und des Hungers (unter den Mudschaheddin) als weniger schädlich für Frauen als der Mangel an Bildung, Beschäftigung und – wie die Medien besonders hervorhoben – der Mangel an westlichem Kleidungsstil (unter den Taliban)?“ [5]

Dann fragen Sie noch schärfer: Wie kann man die afghanischen Frauen „retten“, wenn man eine Zivilbevölkerung bombardiert, zu der neben den Frauen selbst auch ihre Kinder, ihre Ehemänner, Väter und Brüder gehören? Das hätte die Frage sein müssen, die den Streit beendet, aber sie war es nicht.

Der ungeheuerlichste Ausdruck feministischer Islamophobie kam etwas mehr als einen Monat nach Kriegsbeginn. Da ein höchst ungleicher Rachefeldzug in den Augen der Welt keinen guten Eindruck macht, ist es besser, etwas zu tun, das tugendhaft aussieht. Im Vorfeld des amerikanischen Erntedankfestes am 17. November 2001 beklagte Laura Bush, die Frau des Präsidenten, lautstark die Notlage der verschleierten afghanischen Frauen. Cherie Blair, die Frau des britischen Premierministers, schloss sich ihr einige Tage später an. Die Ehefrauen dieser reichen Kriegstreiber nutzten das ganze Gewicht des orientalistischen Paradigmas, um den Opfern die Schuld zu geben und einen Krieg gegen einige der ärmsten Menschen der Welt zu rechtfertigen. Und die „Rettung der afghanischen Frauen“ wurde zum ständigen Ruf vieler liberaler Feministinnen, um den amerikanischen Krieg zu rechtfertigen. [6]

Mit der Wahl Obamas im Jahr 2008 wurde der Chor der Islamophobie unter den amerikanischen Liberalen hegemonial. In jenem Jahr löste sich die amerikanische Anti-Kriegs-Allianz praktisch selbst auf, um Obamas Wahlkampf zu unterstützen.

Die Demokraten und jene Feministinnen, die Obamas kriegslüsterne Außenministerin Hillary Clinton unterstützten, konnten die Wahrheit nicht akzeptieren, dass sowohl Afghanistan als auch der Irak Kriege für Öl waren [7].

Für sie gab es nur eine einzige Rechtfertigung der endlosen Ölkriege – das Leiden der afghanischen Frauen. Die feministische Sichtweise war ein geschickter Schachzug. Sie verhinderte Vergleiche zwischen der unbestritten sexistischen Herrschaft der Taliban und dem Sexismus in den Vereinigten Staaten. Viel schockierender ist, dass diese feministische Sicht die hässlichen Wahrheiten über einen äußerst ungleichen Krieg zähmte und verdrängte. Und sie trennte diese fiktiven „zu rettenden Frauen“ von den Zehntausenden realer afghanischer Frauen, Männer und Kinder, die von den amerikanischen Bomben getötet, verwundet, zu Waisen gemacht oder obdachlos und hungrig wurden.

Viele unserer Freunde und Familienmitglieder in Amerika sind Feministinnen, die gutgläubig dieser Propaganda weitgehend folgten. Aber in Wahrheit wurden sie dazu gebracht, ein Netz aus Lügen zu unterstützen, eine Perversion des Feminismus. Es war der Feminismus der Invasoren und der korrupten Regierungselite. Es war der Feminismus der Folterer und der Drohnen.

Wir glauben, dass ein anderer Feminismus möglich ist. Aber es bleibt eine Tatsache, dass die Taliban zutiefst sexistisch sind. Der Sexismus hat in Afghanistan einen Sieg errungen. Aber es hätte nicht so kommen müssen.

Die Kommunisten, die die Grausamkeiten der sowjetischen Invasoren unterstützten, hatten den Feminismus in Afghanistan für mindestens eine Generation diskreditiert. Doch dann marschierten die Vereinigten Staaten ein, und eine neue Generation berufstätiger afghanischer Frauen schlug sich auf die Seite der neuen Invasoren und versuchte, Rechte für Frauen zu erlangen. Auch ihr Traum endete in Kollaboration, Schande und Blut. Einige von ihnen waren natürlich Karrieristinnen, die im Tausch gegen Geld Plattitüden von sich gaben. Aber viele andere waren von einem ehrlichen und selbstlosen Traum beseelt. Ihr Scheitern ist tragisch.

Vorurteile und Verwirrungen

Außerhalb Afghanistans herrscht große Verwirrung über die in den letzten fünfundzwanzig Jahren entstandenen Vorurteile über die Taliban. Aber denken Sie genau nach, wenn Sie das Klischee hören, dass sie feudal, brutal und primitiv sind. Es handelt sich um Menschen mit Laptops, die seit vierzehn Jahren mit den Amerikanern in Katar verhandeln.

Publiziert auf Free21 am 12.09.2021, 6:00 Uhr

Am 12.09.2020 trifft sich der damalige Außenminister Mike Pompeo mit Führern der Taliban zu Verhandlungen in Doha. Von Links: Gen. Austin Miller, Zalmay Khalilzad, Pompeo, Abdul Ghani Baradar, Abdul Hakim Ishaqzai, Suhail Shaheen (Bild: State Department Ron Przysucha / Wikimedia Commons / Public Domain)

Die Taliban kommen nicht aus dem Mittelalter. Sie sind das Produkt einiger der schlimmsten Zeiten des späten zwanzigsten und frühen einundzwanzigsten Jahrhunderts. Wenn sie in gewisser Weise auf eine vermeintlich bessere Zeit zurückblicken, ist das nicht überraschend. Aber das Leben unter Luftangriffen, in Flüchtlingslagern, im Kommunismus, im Terror-Krieg, in verschärften Verhören, im Klimawandel, in der Internet-Politik und in der Ungleichheits-Spirale des Neoliberalismus hat sie geprägt. Sie leben, wie alle anderen auch, im Jetzt.

Auch ihre Wurzeln in einer Stammesgesellschaft können verwirrend sein. Aber wie Richard Tapper dargelegt hat, sind Stämme keine atavistischen Institutionen. Sie sind die Art und Weise, wie die Bauern in diesem Teil der Welt ihre Verflechtung mit dem Staat organisieren. Und die Geschichte Afghanistans war nie nur eine Angelegenheit konkurrierender ethnischer Gruppen, sondern vielmehr komplexer Bündnisse zwischen den Gruppen und Spaltungen innerhalb von Gruppen. [8]

Unter Linken gibt es eine Reihe von Vorurteilen, die manche Leute zu der Frage veranlassen, wie die Taliban auf der Seite der Armen und Anti-Imperialisten stehen können, wenn sie nicht „progressiv“ sind. Lassen wir einmal beiseite, dass das Wort „progressiv“ wenig aussagt. Natürlich stehen die Taliban dem Sozialismus und dem Kommunismus ablehnend gegenüber. Sie selbst oder ihre Eltern und Großeltern wurden von Sozialisten und Kommunisten getötet und gefoltert. Außerdem ist jede Bewegung, die einen zwanzigjährigen Guerillakrieg geführt und ein großes Imperium besiegt hat, entweder anti-imperialistisch, oder die Worte haben keinerlei Bedeutung.

Die Realität ist, was sie ist. Die Taliban sind eine Bewegung armer Bauern gegen eine imperiale Besatzung, zutiefst frauenfeindlich, von vielen Frauen unterstützt, manchmal rassistisch und sektiererisch, manchmal nicht. Das ist ein Bündel von Gegensätzen, die die Geschichte hervorgebracht hat.

Eine weitere Quelle der Verwirrung ist die Klassenpolitik der Taliban. Wie können sie auf der Seite der Armen stehen – was sie offensichtlich tun – und dennoch so erbittert gegen den Sozialismus sein? Die Antwort ist, dass ihre Erfahrung der russischen Okkupation die Möglichkeit sozialistischer Formulierungen über die Klasse zunichte gemacht hat. Aber sie hat nichts an der Realität der Klasse geändert. Niemand hat jemals eine Massenbewegung unter armen Bauern aufgebaut, die die Macht übernommen hätte, ohne auf der Seite der Armen gesehen zu werden.

Die Taliban sprechen nicht in der Sprache der Klasse, sondern in der Sprache der Gerechtigkeit und der Korruption. Diese Worte beschreiben dieselbe Seite. All dies bedeutet nicht, dass die Taliban zwangsläufig im Interesse der Armen regieren werden. Wir haben im letzten Jahrhundert und darüber hinaus genug Bauernaufstände gesehen, die an die Macht kamen, nur um dann von städtischen Eliten regiert zu werden. Und nichts von alledem sollte davon ablenken, dass die Taliban beabsichtigen, Diktatoren zu sein, keine Demokraten.

Ein historischer Wandel in Amerika

Dass Kabul gefallen ist, bedeutet eine entscheidende Niederlage für amerikanische Macht rund um den Globus. Aber er markiert auch eine tiefgreifende Abkehr vom amerikanischen Imperium unter Amerikanern – oder macht sie deutlich.

Einer der Beweise dafür sind die Meinungsumfragen. Im Jahr 2001, unmittelbar nach dem 11. September, befürworteten zwischen 85 % und 90 % der Amerikaner die Invasion in Afghanistan. Diese Zahlen sind stetig gesunken. Letzten Monat sprachen sich 62 % der Amerikaner für Bidens Plan eines vollständigen Rückzugs aus, 29% waren dagegen.

Diese Ablehnung des Krieges ist sowohl in der Rechten als auch in der Linken verbreitet. Die Arbeiterbasis der Republikanischen Partei und von Trump ist gegen ausländische Kriege. Viele Soldaten und Militärfamilien kommen aus ländlichen Gebieten und dem Süden, wo Trump stark ist. Sie sind gegen weitere Kriege, weil sie und diejenigen, die sie lieben, es waren, die gedient haben, gestorben sind oder verwundet wurden.

Der Patriotismus des rechten Flügels in Amerika ist heute pro-militärisch, aber das bedeutet Pro-Soldat, nicht Pro-Krieg. Wenn sie sagen „Make America Great Again“, meinen sie, dass Amerika für die Amerikaner derzeit nicht großartig ist, aber nicht, dass die USA sich mehr in der Welt engagieren sollten. Auch bei den Demokraten ist die Basis der Arbeiterklasse gegen die Kriege.

Es gibt Leute, die weitere militärische Interventionen unterstützen. Das sind die

Obama-Demokraten, die Romney-Republikaner, die Generäle, viele linke und konservative Fachleute und fast alle Mitglieder der Washingtoner Elite. Aber das amerikanische Volk als Ganzes und vor allem die Arbeiterklasse, die Schwarzen, Braunen und Weißen, haben sich gegen das amerikanische Imperium gewandt.

Nach dem Fall von Saigon war die amerikanische Regierung für die nächsten fünfzehn Jahre nicht in der Lage, große militärische Interventionen durchzuführen. Nach dem Fall von Kabul könnte es wohl noch länger dauern.

Die internationalen Konsequenzen

Seit 1918, also seit 103 Jahren, sind die Vereinigten Staaten die mächtigste Nation der Welt. Es gab konkurrierende Mächte – zuerst Deutschland und Japan, dann die Sowjetunion und jetzt China. Aber die USA dominierten. Dieses „amerikanische Jahrhundert" geht nun zu Ende.
Der langfristige Grund ist der wirtschaftliche Aufstieg Chinas und der relative wirtschaftliche Niedergang der Vereinigten Staaten. Aber die Covid-Pandemie und die Niederlage in Afghanistan machen die letzten zwei Jahre zu einem Wendepunkt.

Die Covid-Pandemie hat die institutionelle Inkompetenz der herrschenden Klasse und der Regierung der Vereinigten Staaten offenbart. Das System hat versagt, die Menschen zu schützen. Dieses chaotische und beschämende Versagen ist für die Menschen auf der ganzen Welt offensichtlich.

Dann ist da Afghanistan. Gemessen an den Ausgaben und der Ausrüstung sind die Vereinigten Staaten die durchweg dominierende Militärmacht der Welt. Diese Macht wurde von armen Menschen in Sandalen in einem kleinen Land besiegt, die nichts als Ausdauer und Mut haben.

Der Sieg der Taliban wird auch den verschiedensten Islamisten in Syrien, im Yemen, in Somalia und Pakistan, Usbekistan, Turkmenistan, Tadschikistan und Mali Mut machen. Und dies trifft noch in einem viel weiteren Sinne zu.

Sowohl das Scheitern bei Covid als auch die Niederlage in Afghanistan werden die Soft Power der USA schwächen. Aber Afghanistan ist auch eine Niederlage für die Hard Power. Die Stärke des informellen Imperiums der Vereinigten Staaten hat sich seit einem Jahrhundert auf drei verschiedene Säulen gestützt.

Eine ist die Tatsache, dass es sich um die größte Volkswirtschaft der Welt handelt – mit einer Vorherrschaft über das globale Finanzsystem.

Zweitens, ist sie in vielen Kreisen für Demokratie, Kompetenz und kulturelle Führerschaft bekannt.

Die dritte Säule war, dass die Vereinigten Staaten im Falle eines Versagens der Soft Power einmarschieren würden, um Diktaturen zu unterstützen und ihre Feinde zu bestrafen.

Diese militärische Macht ist jetzt weg. Keine Regierung wird glauben, dass die USA sie vor einem fremden Eindringling oder vor ihrem eigenen Volk retten können. Die Drohnentötungen werden weitergehen und großes Leid verursachen. Aber Drohnen allein werden nirgendwo militärisch entscheidend sein. Dies ist der Anfang vom Ende des amerikanischen Jahrhunderts.

Was geschieht nun?

Keiner weiß, was in den nächsten Jahren in Afghanistan passieren wird. Aber wir können einige der Zwänge identifizieren. Als Erstes und Hoffnungsvollstes wäre die tiefe Sehnsucht nach Frieden in den Herzen der Afghanen zu nennen. Sie haben nun dreiundvierzig Jahre Krieg erlebt. Denken Sie daran, wie nur fünf oder zehn Jahre Bürgerkrieg und Invasion so viele Länder gezeichnet haben. Und jetzt denken Sie an dreiundvierzig Jahre.

Kabul, Kandahar und Mazar, die drei wichtigsten Städte, sind alle ohne Gewalt gefallen. Das liegt daran, dass die Taliban – wie sie immer wieder betonen – ein Land in Frieden wollen und nicht auf Rache aus sind. Es liegt aber auch daran, dass die Menschen, die die Taliban nicht unterstützen, ja die sie hassen, sich ebenfalls entschieden haben, nicht zu kämpfen.

Die Taliban-Führer sind sich darüber im Klaren, dass sie Frieden schaffen müssen. Dazu ist es auch notwendig, dass die Taliban weiterhin für eine gerechte Justiz sorgen. Ihre Bilanz ist gut. Aber die Verlockungen und die Belastungen des Regierens haben in vielen Ländern vor ihnen viele soziale Entwicklungen korrumpiert.

Auch ein wirtschaftlicher Zusammenbruch ist durchaus möglich. Afghanistan ist ein armes und trockenes Land, in dem weniger als 5 % des Bodens bewirtschaftet werden können. In den letzten zwanzig Jahren sind die Städte immens angewachsen. Dieses Wachstum war abhängig vom Geld, das aus der Besatzung und in geringerem Maße auch aus dem Opiumanbau floss. Ohne sehr substanzielle Hilfe von irgendwoher droht der wirtschaftliche Zusammenbruch.

Weil die Taliban das wissen, haben sie den Vereinigten Staaten ausdrücklich einen Deal angeboten. Die Amerikaner werden Hilfe leisten, und im Gegenzug werden die Taliban keine Heimat für Terroristen bieten, die Anschläge wie den vom 11. September verüben könnten. Sowohl die Trump- als auch die Biden-Administration haben dieses Angebot angenommen. Aber es ist keineswegs klar, dass die USA dieses Versprechen einhalten werden.

Tatsächlich wäre sogar noch Schlimmeres möglich. Frühere US-Regierungen haben den Irak, den Iran, Kuba und Vietnam für ihre Aufsässigkeit mit lang anhaltenden und zerstörerischen Wirtschaftssanktionen bestraft. In den USA wird es viele Stimmen geben, die solche Sanktionen fordern, um afghanische Kinder im Namen der Menschenrechte verhungern zu lassen.

Außerdem besteht die Gefahr einer internationalen Einmischung verschiedener Mächte, die unterschiedliche politische oder ethnische Kräfte in Afghanistan unterstützen. Die Vereinigten Staaten, Indien, Pakistan, Saudi-Arabien, Iran, China, Russland und Usbekistan werden alle in Versuchung geraten. Das hat es schon einmal gegeben, und in einer Situation des wirtschaftlichen Zusammenbruchs könnte es zu Stellvertreterkriegen führen.

Publiziert auf Free21 am 12.09.2021, 6:00 Uhr

Im Moment wollen die Regierungen Irans, Russlands und Pakistans jedoch eindeutig Frieden in Afghanistan.

Die Taliban haben außerdem versprochen, nicht mit Grausamkeit zu regieren. Das ist leichter gesagt als getan. Was werden die armen Soldaten aus den Dörfern wohl tun, wenn sie mit Familien konfrontiert werden, die durch Korruption und Verbrechen ein großes Vermögen angehäuft haben?

Und dann ist da noch das Klima. Im Jahr 1971 verwüsteten eine Dürre und Hungersnot im Norden und im Zentrum des Landes Herden, Ernten und Leben. Dies war das erste Anzeichen für die Auswirkungen des Klimawandels in der Region, der in den letzten fünfzig Jahren weitere Dürren mit sich brachte. Mittel- und langfristig werden Landwirtschaft und Viehzucht immer prekärer werden [9].

All diese Gefahren sind real. Aber der meist gut informierte Sicherheitsexperte Antonio Giustozzi ist mit der Sichtweise sowohl innerhalb der Taliban als auch zwischen den Taliban und ausländischen Regierungen recht gut vertraut.

Sein Artikel im „The Guardian“ vom 16. August 2021 war hoffnungsvoll. Er beendete ihn wie folgt: „Da die meisten Nachbarländer an der Stabilität in Afghanistan interessiert sind, ist es zumindest vorläufig unwahrscheinlich, dass etwaige Risse in der neuen Regierungskoalition von externen Akteuren ausgenutzt werden, um Brüche zu verursachen. Auch die Verlierer des Jahres 2021 werden kaum jemanden finden, der bereit wäre, sie beim Aufbau eines Widerstands zu unterstützen. Solange der neuen Koalitionsregierung wichtige Verbündete der Nachbarn angehören, ist dies der Beginn einer neuen Phase in der Geschichte Afghanistans.“ [10]

Was kann man tun? Flüchtlinge willkommen heißen.

Viele Menschen im Westen fragen jetzt: „Was können wir tun, um afghanischen Frauen zu helfen?“ Bei dieser Frage wird häufig davon ausgegangen, dass die meisten afghanischen Frauen die Taliban ablehnen und die meisten afghanischen Männer sie unterstützen. Das ist Unsinn. Es ist kaum möglich, sich eine Gesellschaft vorzustellen, in der so etwas der Fall wäre.

Aber es gibt eine näher liegende Frage, konkret: Wie können wir den afghanischen Feministinnen helfen?

Diese Frage ist so berechtigt wie angemessen. Die Antwort lautet, sich zu organisieren, um ihnen Flugtickets zu kaufen und ihnen Zuflucht in Europa und Nordamerika zu gewähren.

Aber es sind nicht nur Feministinnen, die Asyl brauchen. Zehntausende von Menschen, die für die Besatzer gearbeitet haben, suchen verzweifelt eine Zuflucht, zusammen mit ihren Familien. Das gilt auch für eine größere Zahl von Menschen, die für die afghanische Regierung gearbeitet haben.

Manche dieser Menschen verdienen unsere Bewunderung, andere sind korrupte Monster, viele liegen dazwischen, und viele sind einfach nur Kinder. Aber es gibt hier einen moralischen Imperativ. Die Vereinigten Staaten und die NATO-Länder haben zwanzig Jahre lang großes Leid verursacht. Das Mindeste, das Allerwenigste, was sie tun sollten, ist, die Menschen zu retten, deren Leben sie zerstört haben.

Und es gibt hier noch einen weiteren moralischen Aspekt. Was viele Afghanen in den letzten vierzig Jahren erfahren mussten, wurde in den letzten zehn Jahren der Qualen auch in Syrien deutlich. Es ist allzu leicht, die Zufälle des Lebens und der persönlichen Geschichte der Menschen zu verstehen, die sie dazu bringen, das zu tun, was sie tun. Die Demut zwingt uns, die junge kommunistische Frau, die gebildete Feministin, die für eine NGO arbeitet, den Selbstmordattentäter, den amerikanischen Marinesoldaten, den Dorfmullah, den Talibankämpfer, die trauernde Mutter eines von amerikanischen Bomben getöteten Kindes, den Sikh-Geldwechsler, den Polizisten, den armen Farmer, der Opium anbaut, zu betrachten und zu sagen: „Da gehe ich hin von Gottes Gnaden“. [Anmerkung der Redaktion: Es handelt sich um eine Redewendung, die Bescheidenheit und Demut ausdrücken soll. Das Zitat wird John Bradford zugeschrieben, einem englischen Reformer und Märtyrer aus dem 16. Jahrhundert, der diesen Satz auf seinem Weg zur Hinrichtung gesagt haben soll. Im Allgemeinen ist damit gemeint, dass ein menschliches Leben von äußeren Faktoren abhängen kann, über die man keine Kontrolle hat].

Das Versagen der amerikanischen und der britischen Regierungen bei der Rettung der Menschen, die für sie gearbeitet haben, ist gleichermaßen beschämend wie entlarvend. Dabei handelt es sich nicht wirklich um ein Versagen, sondern um eine bewusste Entscheidung. Rassismus gegenüber Einwanderung wog bei Johnson und Biden schwerer als das Gebot der Menschlichkeit.

Kampagnen zur Aufnahme von Afghanen sind immer noch möglich. Natürlich wird ein solch starkes moralisches Argument bei jeder Gelegenheit auf Rassismus und Islamophobie stoßen. Aber die Regierungen von Deutschland und den Niederlanden haben in der letzten Woche die Abschiebung von Afghanen ausgesetzt.

Jeder Politiker, egal wo, der sich für die afghanischen Frauen einsetzt, muss immer wieder aufgefordert werden, die Grenzen für alle Afghanen zu öffnen.

Und dann ist da noch die Frage, was mit den Hazaras geschehen könnte. Wie wir bereits sagten, sind die Taliban nicht mehr nur eine paschtunische Bewegung, sondern haben sich nationalisiert und viele Tadschiken und Usbeken rekrutiert. Und auch einige Hazaras, so heißt es. Aber nicht viele.

Die Hazaras sind das Volk, das traditionell in den zentralen Bergen lebte. Viele wanderten auch in Städte wie Mazar und Kabul aus, wo sie als Träger und in anderen schlecht bezahlten Berufen arbeiteten. Sie machen etwa 15 % der afghanischen Bevölkerung aus. Die Wurzeln der Feindschaft zwischen Paschtunen und Hazaras liegen zum Teil in langjährigen Streitigkeiten über Land und Weiderechte. In jüngerer Zeit kommt hinzu, dass die Hazaras Schiiten sind, während fast alle anderen Afghanen Sunniten sind.

Die erbitterten Konflikte zwischen Sunniten und Schiiten im Irak haben zu einer Spaltung in der militant-islamistischen Tradition geführt. Diese Spaltung

ist kompliziert, aber wichtig und muss ein wenig erklärt werden.

Sowohl im Irak als auch in Syrien hat der Islamische Staat Massaker an Schiiten verübt, andererseits haben schiitische Milizen in beiden Ländern Sunniten massakriert.

Die traditionelleren Al-Qaida-Netzwerke lehnen Angriffe auf Schiiten nach wie vor strikt ab und plädieren für Solidarität zwischen den Muslimen. Sie verweisen gern darauf, dass Osama Bin Laden's Mutter selbst Schiitin war – eigentlich eine Alawitin aus Syrien. Aber die Notwendigkeit der Einheit war wichtiger. Dies war der Hauptgrund für die Spaltung zwischen Al-Qaida und dem Islamischen Staat.

In Afghanistan haben sich die Taliban ebenfalls stark für die islamische Einheit eingesetzt. Auch die sexuelle Ausbeutung von Frauen durch den Islamischen Staat widerspricht zutiefst den Werten der Taliban, die extrem sexistisch, aber puritanisch und bescheiden sind. Seit vielen Jahren verurteilen die afghanischen Taliban in der Öffentlichkeit konsequent alle Terroranschläge auf Schiiten, Christen und Sikhs.

Dennoch finden diese Anschläge statt. Die Ideen des Islamischen Staates haben einen besonderen Einfluss auf die pakistanischen Taliban gehabt. Während die afghanischen Taliban eine Organisation sind, bilden die pakistanischen Taliban ein lockereres Netzwerk, welches nicht von den Afghanen kontrolliert wird. Sie haben wiederholt Bombenanschläge gegen Schiiten und Christen in Pakistan verübt.

Die jüngsten rassistischen Bombenanschläge auf Hazaras und Sikhs in Kabul wurden vom Islamischen Staat und dem Haqqani-Netzwerk verübt. Die Führung der Taliban hat alle diese Anschläge verurteilt.

Doch die Situation ist in Bewegung. Der Islamische Staat in Afghanistan ist eine von den Taliban abgespaltene Minderheit, die hauptsächlich in der Provinz Ningrahar im Osten des Landes ansässig ist. Sie sind erbitterte Gegner der Schiiten. Das Gleiche gilt für das Haqqani-Netzwerk, eine seit langem bestehende Mudschaheddin-Gruppe, die weitgehend vom pakistanischen Militärgeheimdienst kontrolliert wird. In der gegenwärtigen Konstellation ist das Haqqani-Netzwerk jedoch in die Taliban-Organisation integriert worden, und ihr Anführer ist einer der Führer der Taliban.

Aber niemand kann sicher sein, was die Zukunft bringt. Im Jahr 1995 verhinderte ein Aufstand von Hazara-Arbeitern in Mazar, dass die Taliban die Kontrolle über den Norden erlangten. Doch die Widerstandstraditionen der Hazara reichen viel tiefer und weiter zurück.

Auch die Hazara-Flüchtlinge in den Nachbarländern könnten jetzt in Gefahr sein. Die iranische Regierung verbündet sich mit den Taliban und bettelt sie förmlich an, friedlich zu sein. Sie tut dies, weil sich bereits etwa drei Millionen afghanische Flüchtlinge im Iran befinden. Die meisten von ihnen sind schon seit Jahren dort, zumeist arme städtische Arbeiter und ihre Familien, und die Mehrheit sind Hazaras. Vor kurzem hat die iranische Regierung, die sich selbst in einer verzweifelten wirtschaftlichen Lage befindet, damit begonnen, Afghanen zurück nach Afghanistan abzuschieben.

Auch in Pakistan gibt es etwa eine Million Hazara-Flüchtlinge. In der Region um Quetta sind in den letzten Jahren mehr als 5.000 von ihnen bei sektiererischen Attentaten und Massakern getötet worden. Die pakistanische Polizei und Armee unternimmt nichts. Da die pakistanische Armee und der pakistanische Geheimdienst seit langem die afghanischen Taliban unterstützen, sind diese Menschen jetzt noch stärker gefährdet.

Weiterführende Literatur:

Fluri, Jennifer L. and Rachel Lehr. 2017. The Carpetbaggers of Kabul and Other American-Afghan Entanglements. Athens OH: University of Georgia Press.

Giustozzi, Antonio. 2007. Koran, Kalashnikov and Laptop: The Neo-Taliban Insurgency in Afghanistan. London: Hurst.

Giustozzi, Antonio. 2009. Decoding the New Taliban: Insights from the Afghan Field. London: Hurst.

Giustozzi, Antonio. 2021. 'The Taliban have retaken Afghanistan – this time, how will they rule it?' The Guardian, August 16.

Gregory, Thomas. 2011. 'Rescuing the Women of Afghanistan: Gender, Agency and the Politics of Intelligibility.'University of Manchester PhD thesis.

Hirschkind, Charles and Saba Mahmood. 2002. 'Feminism, the Taliban and the Politics of Counterinsurgency.' Anthropological Quarterly, 75(2): 339-354.

Hughes, Dana. 2012. 'The First Ladies Club: Hillary Clinton and Laura Bush for the Women of Afghanistan.' ABC News, March 21.

Jalalzai, Zubeda and David Jefferess, eds. 2011. Globalizing Afghanistan: Terrorism, War, and the Rhetoric of Nation Building. Durham: Duke University Press.

Klaits, A. & G. Gulmanadova-Klaits. 2005. Love and War in Afghanistan, New York: Seven Stories.

Kolhatkar, Sonali and James Ingalls. 200. Bleeding Afghanistan: Washington, Warlords, and the Propaganda of Silence. New York: Seven Stories.

Lindisfarne, Nancy. 2002a. 'Gendering the Afghan War.' Eclipse: The Anti-War Review, 4: 2-3.

Lindisfarne, Nancy. 2002b. 'Starting from Below: Fieldwork. Gender and Imperialism Now.' Critique of Anthropology, 22(4): 403-423, and in Armbruster and Laerke, 23-44.

Lindisfarne, Nancy. 2012. 'Exceptional Pashtuns?' Class Politics, Imperialism and Historiography.' In Marsden and Hopkins.

Lindisfarne, Nancy and Jonathan Neale, 2015. 'Oil Empires and Resistance in Afghanistan, Iraq and Syria.' Anne Bonny Pirate.

Lindisfarne, Nancy and Jonathan Neale, 2019. 'Oil, Heat and Climate Jobs in the MENA Region.' In Environmental Challenges in the MENA Region: The Long Road from Conflict to Cooperation, edited by Hamid Pouran and Hassan Hakimian, 72-94. London: Ginko.

Manchanda, Nivi. 2020. Imagining Afghanistan: The History and Politics of Imperial Knowledge. Cambridge: Cambridge University Press.

Marsden, Magnus and Benjamin Hopkins, eds. 2012. Beyond Swat: History, Society and Economy along the Afghanistan-Pakistan Frontier. London: Hurst.

MihailoviĆ , Konstantin. 1975. Memoirs of a Janissary. Ann Arbor: University of Michigan Press.

Mount, Ferdinand. 2008. Cold Cream: My Early Life and Other Mistakes. London: Bloomsbury.

Mousavi, Sayed Askar, 1998. The Hazaras of Afghanistan: An Historical, Cultural, Economic and Political Study. London: Curzon.

Neale, Jonathan. 1981. 'The Afghan Tragedy.' International Socialism, 12: 1-32.

Neale, Jonathan. 1988. 'Afghanistan: The Horse Changes Riders,' Capital and Class, 35: 34-48.

Neale, Jonathan. 2002. 'The Long Torment of Afghanistan.' International Socialism 93: 31-59.

Neale, Jonathan. 2008. 'Afghanistan: The Case Against "the Good War".' International Socialism, 120: 31-60.

Nojumi, Neamatollah. 2002. The Rise of the Taliban in Afghanistan. New York: Palgrave.

Rico, Johnny. 2007. Blood Makes the Grass Grow Green: A Year in the Desert with Team America. New York: Presidio.

Tapper (Lindisfarne), Nancy. 1991. Bartered Brides: Politics, Gender and Marriage in an Afghan Tribal Society. Cambridge: Cambridge University Press.

Tapper, Richard, ed. 1983. The Conflict of Tribe and State in Iran and Afghanistan. London: Croom Helm.

Tapper, Richard, with Nancy Lindisfarne. 2020. Afghan Village Voices: Stories from a Tribal Community. London: I.B. Tauris.

The Guardian, 2021. 'Afghanistan Live News.' August 16.

Ward, Lucy, 2001. 'Leader's Wives Join Propaganda War.' The Guardian, Nov 17.

Zaeef, Abdul, 2010. My Life with the Taliban. London: Hirst.

Zilizer, Barbie. 2005. 'Death in Wartime: Photographs and the 'Other War' in Afghanistan.' The Harvard International Journal of Press/Politics, 10(3): 26-55.

Publiziert auf Free21 am 12.09.2021, 6:00 Uhr

Was sollte man außerhalb Afghanistans tun? Wie die meisten Afghanen sollte man für den Frieden beten. Und sich den Protesten für offene Grenzen anschließen.

Das letzte Wort überlassen wir Graham Knight. Sein Sohn, Sergeant Ben Knight von der britischen Royal Air Force, wurde 2006 in Afghanistan getötet. Diese Woche erklärte Graham Knight gegenüber der Press Association, dass die britische Regierung schnell hätte handeln müssen, um Zivilisten zu retten:

„Wir sind nicht überrascht, dass die Taliban das Ruder übernommen haben, denn als die Amerikaner und Briten sagten, sie würden abziehen, wussten wir, dass dies passieren würde. Die Taliban haben ihre Absicht, einzumarschieren, sobald wir abziehen, sehr deutlich gemacht.

Was die Frage anbelangt, ob Menschenleben durch einen Krieg verloren gingen, der nicht zu gewinnen war, so glaube ich, dass dies der Fall war. Ich denke, das Problem war, dass wir gegen Menschen kämpften, die in diesem Land heimisch waren. Wir kämpften nicht gegen Terroristen, sondern gegen Menschen, die dort lebten und unsere Anwesenheit nicht mochten." [11]

Quellen:

[1] See especially Nancy Tapper (Lindisfarne), 1991; Lindisfarne, 2002a, 2002b and 2012; Lindisfarne and Neale, 2015; Neale, 1981, 1988, 2002 and 2008; Richard Tapper with Lindisfarne, 2020.

[2] Giustozzi, 2007 and 2009 are especially useful.

[3] On the class basis of the Taliban, see Lindisfarne, 2012, and many chapters by other authors in Marsden and Hopkins, 2012. And see Moussavi, 1998; Nojumi, 2002; Giustozzi, 2008 and 2009; Zareef, 2010.

[4] Zilizer, 2005.

[5] There is a vast literature on saving Afghan women. See Gregory, 2011; Lindisfarne, 2002a; Hirschkind and Mahmood, 2002; Kolhatkar and Ingalls, 2006; Jalalzai and Jefferess,2011; Fluri and Lehr, 2017; Manchanda, 2020.

[6] Ward, 2001.

[7] Lindisfarne and Neale, 2015

[8] Richard Tapper, 1983.

[9] For the drought in 1971, see Tapper and Lindisfarne, 2020. For more recent climate change, see Lindisfarne and Neale, 2019.

Das **Islamische Emirat Afghanistan** meldet sich mit einem Paukenschlag zurück

Der US-„Verlust" von Afghanistan stellt gleichzeitig eine Neupositionierung dar. Die neue Mission ist kein „Krieg gegen den Terror", sondern gegen Russland und China.

Autor: Pepe Escobar

Jahrgang 1954, ist brasilianischer Enthüllungsjournalist und geopolitischer Analytiker. Er berichtet seit 1985 als Auslandskorrespondent aus vielen Teilen der Welt und lebte in London, Paris, Mailand, Los Angeles, Washington, Bangkok und Hong Kong. Escobar schreibt regelmäßig für die Online-Zeitung Asia Times.

Dieser Text wurde zuerst am 16.08.2021 auf www.asiatimes.com unter der URL ‹https://asiatimes.com/2021/08/the-islamic-emirate-of-afghanistan-back-with-a-bang/› veröffentlicht. Lizenz: Pepe Escobar, Asia Times, CC BY-NC-ND 4.0

Der Saigon-Moment [1] kam schneller als jeder westliche Geheimdienst-„Experte" erwartet hatte. Dies ist ein Ereignis für die Annalen: vier hektische Tage, die den erstaunlichsten Guerilla-Blitzkrieg der letzten Zeit beendeten. Nach afghanischer Art: viel Überzeugungsarbeit, viele Stammesabsprachen, keine Panzerkolonnen, minimale Blutverluste.

Am 12. August war es dann so weit: Ghazni, Kandahar und Herat wurden fast gleichzeitig eingenommen. Am 13. August waren die Taliban nur noch 50 Kilometer von Kabul entfernt. Der 14. August begann mit der Belagerung von Maidan Shahr, dem Eingangstor zu Kabul.

Ismail Khan, der legendäre alte Löwe von Herat, schloss einen Deal zur Selbsterhaltung ab und wurde von den Taliban als hochkarätiger Bote nach Kabul geschickt: Präsident Ashraf Ghani soll zurücktreten – sonst!

Noch am Samstag nahmen die Taliban Jalalabad ein – und isolierten Kabul vom Osten her, bis hin zur afghanisch-pakistanischen Grenze in Torkham, dem Tor zum Khyber-Pass. In der Nacht zum Samstag floh Marschall Dostum mit ein paar Militärs über die Freundschaftsbrücke in Termez nach Usbekistan; nur wenige wurden eingelassen. Die Taliban übernahmen daraufhin Dostums Palast im Tony Montana-Stil.

Am frühen Morgen des 15. August waren für die Kabuler Verwaltung nur noch das Panjshir-Tal – hoch in den Ber-

Ein US-Militärhubschrauber fliegt am 15. August 2021 über der US-Botschaft in Kabul (Foto: AFP / Wakil Kohsar)

gen, eine durch die umgebende Natur geschützte Festung – und verstreute Hazaras (persisch sprechende ethnische Gruppe, beheimatet in den Bergen zentral Afghanistans, auch Hazaristan; Anm. d. Red.) übrig. Außer Bamiyan gibt es in diesen schönen zentralen Gebieten nichts. (In Bamiyan standen, bis zu ihrer Zerstörung durch die Taliban 2001, die größten Buddha-Statuen der Welt; Anm. d. Red.)

Vor genau 20 Jahren war ich in Bazarak, um Kommandant Masoud zu interviewen, den Löwen des Panjshir [2], der eine Gegenoffensive gegen ... die Taliban vorbereitete. Die Geschichte wiederholt sich mit einem Twist. Diesmal wurde mir ein visueller Beweis dafür geliefert, dass die Taliban – nach dem klassischen Drehbuch für Guerilla-Schläferzellen – bereits im Panjshir waren.

Am Sonntagmorgen kam es dann zu einer atemberaubenden visuellen Wiederholung des Saigon-Moments, sichtbar für die ganze Welt: ein Chinook-Hubschrauber schwebte über dem Dach der amerikanischen Botschaft in Kabul.

„Der Krieg ist vorbei"

Noch am Sonntag verkündete Taliban-Sprecher Mohammad Naeem: „Der Krieg in Afghanistan ist vorbei", und fügte hinzu, dass die Form der neuen Regierung bald bekannt gegeben werde.

Die Fakten vor Ort sind weitaus verzwickter. Seit Sonntagnachmittag liefen die Verhandlungen auf Hochtouren. Die Taliban waren bereit, die offizielle Ausrufung des Islamischen Emirats Afghanistan in seiner Version 2.0 (1.0 war von 1996 bis 2001) bekannt zu geben. Die offizielle Ankündigung sollte im Präsidentenpalast erfolgen.

Doch das, was vom Ghani-Team übrig geblieben war, weigerte sich, die Macht an einen Koordinierungsrat zu übertragen, der de facto den Übergang einleiten wird. Was die Taliban wollen, ist ein nahtloser Übergang: sie sind jetzt das Islamische Emirat von Afghanistan. Der Fall ist abgeschlossen.

Am Montag kam von Taliban-Sprecher Suhail Shaheen ein Zeichen des Kompromisses. Der neuen Regierung werden auch Nicht-Taliban-Beamte angehören. Er bezog sich dabei auf eine künftige „Übergangsverwaltung", die höchstwahrscheinlich von Mullah Baradar, dem politischen Führer der Taliban, und Ali Ahmad Jalali, einem ehemaligen Innenminister, der in der Vergangenheit auch Mitarbeiter von Voice of America war, gemeinsam geleitet werden wird.

Am Ende gab es keine Schlacht um Kabul. Tausende von Taliban befanden sich bereits innerhalb Kabuls – und wieder das klassische Schläferzellen-Drehbuch. Der Großteil ihrer Streitkräfte blieb in den Außenbezirken. In einer offiziellen

Ein Ausschnitt aus einem Video, das den Taliban-Führer Mullah Baradar Akhund (vorne, Mitte) mit seinen Mitstreitern am 15. August in Kabul zeigt. Der 1968 geborene Mullah Abdul Ghani Baradar, auch Mullah Baradar Akhund genannt, ist der Mitbegründer der Taliban in Afghanistan. Er war der Stellvertreter von Mullah Mohammed Omar. (Foto: AFP / Taliban / EyePress News)

Publiziert auf Free21 am 19.09.2021, 18:20 Uhr

Erklärung der Taliban wurde ihnen befohlen, nicht in die Stadt einzudringen, die kampflos eingenommen werden sollte, um Opfer unter der Zivilbevölkerung zu vermeiden.

Die Taliban rückten zwar von Westen her vor, aber „vorrücken" bedeutete in diesem Kontext, dass sie sich mit den Schläferzellen in Kabul verbanden, die zu diesem Zeitpunkt bereits voll aktiv waren. Taktisch gesehen war Kabul in einer „Anakonda"-Bewegung eingekreist, wie ein Taliban-Kommandeur es ausdrückte: von Norden, Süden und Westen bedrängt und mit der Einnahme von Jalalabad vom Osten abgeschnitten.

Irgendwann in der vergangenen Woche muss eine hochrangige Geheimdienstquelle dem Taliban-Kommando zugeflüstert haben, dass die Amerikaner zur „Evakuierung" kommen würden. Es könnte der pakistanische Geheimdienst oder sogar der türkische gewesen sein, wobei Erdogan sein typisches NATO-Doppelspiel getrieben hätte.

Die amerikanische Rettungskavallerie kam nicht nur zu spät, sondern befand sich auch in einer Zwickmühle, da sie ihre eigenen Helfer in Kabul unmöglich bombardieren konnte. Das schreckliche Timing wurde noch verstärkt, als der Militärstützpunkt Bagram – seit fast 20 Jahren das Walhalla der NATO in Afghanistan – schließlich von den Taliban eingenommen wurde.

Dies führte dazu, dass die USA und die NATO die Taliban buchstäblich anflehten, alles was sich in Sichtweite befand, aus Kabul evakuieren zu dürfen – auf dem Luftweg und in aller Eile, der Gnade der Taliban ausgeliefert. Eine geopolitische Entwicklung, bei der man nur fassungslos schweigen kann.

Ghani gegen Baradar

Ghanis überstürzte Flucht ist wie „ein Märchen, erzählt von einem Blöden, voller Klang und Wut, das nichts bedeutet" – ohne das Shakespeare'sche Pathos. [Escobar bezieht sich hier auf eine Stelle aus William Shakespeares „Macbeth", 5. Akt, 5. Szene: „Leben ist nur ein wandelnd Schattenbild, ein armer Komödiant, der spreizt und knirscht. Sein Stündchen auf der Bühn' und dann nicht mehr vernommen wird; ein Märchen ist's, erzählt von einem Blöden, voller Klang und Wut, das nichts bedeutet"; Anm. d. Red.]. Der Kern der ganzen Angelegenheit war ein Treffen in letzter Minute am Sonntagmorgen zwischen dem ehemaligen Präsidenten Hamid Karzai und Ghanis ewigem Rivalen Abdullah Abdullah.

Mullah Haibatullah Akhundzada posiert 2016 für ein Foto an einem ungenannten Ort (Foto: AFP / Afghanische Taliban)

Ghani erkannte schließlich die Zeichen an der Wand und verschwand aus dem Präsidentenpalast, ohne den potenziellen Verhandlungspartnern auch nur Bescheid zu sagen. Mit seiner Frau, seinem Stabschef und seinem nationalen Sicherheitsberater flüchtete er nach Taschkent, der usbekischen Hauptstadt. Wenige Stunden später drangen die Taliban in den Präsidentenpalast ein – und die atemberaubenden Bilder wurden gebührend festgehalten [3].

Abdullah Abdullah nahm kein Blatt vor den Mund, als er die Flucht Ghanis kommentierte: „Gott wird ihn zur Rechenschaft ziehen." Ghani, ein Anthropologe mit einem Doktortitel von der Columbia University, ist einer dieser klassischen Fälle von Exilanten aus dem Globalen Süden, die im Westen alles „vergessen" haben, was für ihre ursprüngliche Heimat wichtig ist.

Ghani ist ein Paschtune, der sich wie ein arroganter New Yorker benahm. Oder schlimmer noch, ein hochnäsiger Paschtune, denn er verteufelte oft die Taliban, denen überwiegend Paschtunen angehören, ganz zu schweigen von Tadschiken, Usbeken und Hazaras, einschließlich ihrer Stammesältesten. Es ist als hätten Ghani und sein verwestlichtes Team nie etwas vom großen norwegischen Sozialanthropologen Fredrik Barth gelernt, der besten Quelle in dieser Hinsicht (hier [4] finden Sie eine Auswahl seiner Studien über die Paschtunen).

Geopolitisch ist jetzt wichtig, dass die Taliban ein ganz neues Drehbuch geschrieben haben, das den Ländern des Islam und auch des globalen Südens zeigt, wie man das selbstbezogene, scheinbar unbesiegbare US/NATO-Imperium besiegen kann.

Die Taliban haben es mit islamischem Glauben sowie unendlicher Geduld und Willenskraft geschafft, rund 78.000 Kämpfer – 60.000 davon aktiv – anzuspornen. Viele mit minimaler militärischer Ausbildung und ohne staatliche Unterstützung, ganz im Gegensatz zu Vietnam, das China und die UdSSR hatte. Auch ohne Hunderte von Milliarden Dollar von der NATO, ohne ausgebildete Armee, ohne Luftwaffe und ohne modernste Technologie.

Sie verließen sich nur auf Kalaschnikows, Panzerfäuste und Toyota-Pick-ups – bevor sie in den letzten Tagen amerikanische Ausrüstung erbeuteten, darunter Drohnen und Hubschrauber.

Taliban-Führer Mullah Baradar war äußerst vorsichtig. Am Montag sagte er: „Es ist zu früh, um zu sagen, wie wir die Regierungsgeschäfte übernehmen werden." Zunächst einmal wollen die Taliban „die ausländischen Truppen abziehen sehen, bevor die Umstrukturierung beginnt".

Abdul Ghani Baradar ist eine sehr interessante Persönlichkeit. Er wurde in Kandahar geboren und wuchs dort auf. Dort begannen die Taliban 1994 mit der fast kampflosen Eroberung der Stadt und nahmen dann – ausgerüstet mit Panzern, schweren Waffen und viel Geld zur Bestechung lokaler Kommandeure – vor fast 25 Jahren, am 27. September 1996, Kabul ein. Zuvor kämpfte Mullah Baradar in den 1980er Jahren im Dschihad gegen die UdSSR und möglicherweise – was nicht bestätigt ist – Seite an Seite mit Mullah Omar, mit dem er die Taliban mitbegründete.

Nach den amerikanischen Bombenangriffen und der Besetzung des Landes nach 9/11 unterbreiteten Mullah Baradar und eine kleine Gruppe von Taliban dem damaligen Präsidenten Hamid Karzai einen Vorschlag für ein mögliches Abkommen, das den Taliban die Anerkennung des neuen Regimes ermöglichen würde. Unter dem Druck Washingtons lehnte Karsai diesen Vorschlag ab.

Baradar wurde 2010 in Pakistan verhaftet – und in Haft gehalten. Ob Sie es glauben oder nicht: auf amerikanische Intervention hin kam er 2018 wieder frei. Danach zog er nach Katar um. Dort wurde er zum Leiter des politischen Büros der Taliban ernannt und beaufsichtigte die Unterzeichnung des amerikanischen Rückzugsabkommens im vergangenen Jahr.

Baradar wird der neue Herrscher in Kabul sein. Aber es ist wichtig anzumerken, dass er seit 2016 der Autorität des obersten Führers der Taliban, Haibatullah Akhundzada, untersteht. Es ist der Oberste Führer – eigentlich ein spiritueller Führer – der über die neue Inkarnation des Islamischen Emirats von Afghanistan herrschen wird.

Vorsicht vor einer bäuerlichen Guerilla-Armee

Der Zusammenbruch der Afghanischen Nationalen Armee (ANA) war unvermeidlich. Sie wurde nach Art des amerikanischen Militärs „ausgebildet“: massive Technologie, massive Luftstreitkräfte, so gut wie keine Informationen vor Ort.

Bei den Taliban geht es vor allem um Absprachen mit Stammesältesten und ausgedehnte familiäre Verbindungen – und um einen bäuerlichen Guerilla-Ansatz, ähnlich wie bei den Kommunisten in Vietnam. Sie haben jahrelang auf den richtigen Zeitpunkt gewartet und in der Zeit einfach nur Verbindungen aufgebaut – und diese Schläferzellen.

Die afghanischen Truppen, die seit Monaten keinen Sold mehr erhalten hatten, wurden [von den Taliban] dafür bezahlt, nicht gegen sie zu kämpfen. Und die Tatsache, dass sie die amerikanischen Truppen seit Februar 2020 nicht mehr angegriffen haben, hat ihnen zusätzlichen Respekt eingebracht: eine Frage der Ehre, die im paschtunischen Kodex eine essenzielle Rolle spielt.

US-Außenminister Antony Blinken (Foto: AFP / Patrick Semansky)

Es ist unmöglich, die Taliban – und vor allem das paschtunische Universum – zu verstehen, ohne Paschtunwali (Rechts- und Ehrenkodex der Paschtunen, zählt zu den sog. Stammesgesetzen; Anm. d. Red.) zu kennen. Neben den Konzepten der Ehre, der Gastfreundschaft und der unvermeidlichen Rache für jegliches Fehlverhalten impliziert das Konzept der Freiheit, dass kein Paschtune geneigt ist, sich von einer zentralen staatlichen Autorität – in diesem Fall Kabul – etwas befehlen zu lassen. Und auf keinen Fall werden sie jemals ihre Waffen abgeben.

Das ist im Wesentlichen das „Geheimnis“ des rasanten Blitzkriegs mit minimalem Blutverlust, der in das übergreifende geopolitische Erdbeben eingebaut ist.

Nach Vietnam ist dies der zweite Protagonist des Globalen Südens, der der ganzen Welt zeigt, wie ein Imperium durch eine bäuerliche Guerillaarmee besiegt werden kann.

Und das alles mit einem Budget, das 1,5 Milliarden Dollar pro Jahr nicht überschreiten darf – und das aus lokalen Steuern, Gewinnen aus Opiumexporten (kein interner Vertrieb erlaubt) und Immobilienspekulationen stammt. In weiten Teilen Afghanistans waren die Taliban bereits de facto für die lokale Sicherheit, die lokalen Gerichte und sogar die Lebensmittelverteilung zuständig.

Die Taliban von 2021 sind etwas ganz Anderes als die Taliban von 2001. Sie sind nicht nur kampfgestählt, sondern hatten auch reichlich Zeit, ihr diplomatisches Geschick zu perfektionieren, was kürzlich in Doha und bei hochrangigen Besuchen in Teheran, Moskau und Tianjin mehr als deutlich wurde.

Sie wissen ganz genau, dass jede Verbindung zu Al-Qaida-Überbleibseln, ISIS/Daesh, ISIS-Khorasan und ETIM kontraproduktiv ist – wie ihre Gesprächspartner bei der Shanghaier Organisation für Zusammenarbeit sehr deutlich gemacht haben.

Interne Einigkeit wird ohnehin nur sehr schwer zu erreichen sein. Das afghanische Stammesgeflecht ist ein Puzzle, das kaum zu knacken ist. Die Taliban können realistischerweise eine lose Konföderation von Stämmen und ethnischen Gruppen unter

Publiziert auf Free21 am 19.09.2021, 18:20 Uhr

Publiziert auf Free21 am 12.09.2021, 6:00 Uhr

einem Taliban-Emir, verbunden mit einer sehr sorgfältigen Verwaltung der sozialen Beziehungen, erreichen.

Die ersten Eindrücke deuten auf eine größere Reife hin. Die Taliban gewähren den Mitarbeitern der NATO-Besatzung Amnestie und werden sich nicht in die Geschäftstätigkeit einmischen. Es wird keinen Rachefeldzug geben. Kabul ist wieder im Geschäft. Angeblich gibt es in der Hauptstadt keine Massenhysterie: das war die ausschließliche Domäne der anglo-amerikanischen Mainstream-Medien. Die russische und die chinesische Botschaft sind weiterhin für Geschäfte geöffnet.

Zamir Kabulov, der Sonderbeauftragte des Kremls für Afghanistan, bestätigte, dass die Lage in Kabul überraschenderweise „absolut ruhig" ist – auch wenn er wiederholte: „Wir haben keine Eile, was die Anerkennung [der Taliban] angeht. Wir werden abwarten und beobachten, wie sich das Regime verhalten wird."

Die neue Achse des Bösen

Tony Blinken mag plappern, dass „wir nur aus einem Grund in Afghanistan waren – um mit den Leuten fertig zu werden, die uns am 11.9. angegriffen haben".

Jeder ernsthafte Analytiker weiß, dass der „vorrangige" geopolitische Zweck der Bombardierung und Besetzung Afghanistans vor fast 20 Jahren darin bestand, ein wesentliches Stützpunktimperium im strategischen Schnittpunkt von Zentral- und Südasien zu errichten, das später mit der Besetzung des Irak in Südwestasien gekoppelt wurde.

Nun sollte der „Verlust" Afghanistans als eine Neupositionierung interpretiert werden. Er passt in die neue geopolitische Konfiguration, in der die oberste Aufgabe des Pentagons nicht mehr der „Krieg gegen den Terror" ist, sondern der Versuch, Russland zu isolieren und China mit allen Mitteln bei der Ausweitung der Neuen Seidenstraßen zu schikanieren.

Die Besetzung kleinerer Länder hat keine Priorität mehr. Das Imperium des Chaos kann von seinem CENTCOM-Stützpunkt in Katar aus jederzeit Chaos schüren – und verschiedene Bombenangriffe beaufsichtigen.

Der Iran steht kurz davor, der Shanghaier Organisation für Zusammenarbeit als Vollmitglied beizutreten – ein weiterer „Game Changer". Schon vor der Neuordnung des Islamischen Emirats haben die Taliban sorgfältig gute Beziehungen zu den wichtigsten Akteuren in Eurasien gepflegt – Russland, China, Pakistan, Iran und den zentralasiatischen Staaten. Die zentralasiatischen Staaten stehen unter dem vollen Schutz Russlands. Peking plant bereits ein umfangreiches Geschäft mit seltenen Erden mit den Taliban.

An der atlantischen Front wird das Spektakel der ununterbrochenen Selbstbeschuldigung den Beltway noch sehr lange beschäftigen. Zwei Jahrzehnte, zwei Billionen Dollar, ein ewiges Kriegsdebakel mit Chaos, Tod und Zerstörung, ein immer noch zerrüttetes Afghanistan, ein Abzug buchstäblich mitten in der Nacht – wofür? Die einzigen „Gewinner" waren die Herren des Waffenhandels.

Doch jede amerikanische Handlung braucht einen Sündenbock. Die NATO wurde soeben auf dem Friedhof der Imperien von einem Haufen Ziegenhirten kosmisch gedemütigt – und nicht etwa durch Begegnungen mit Herrn Khinzal [5]. Was bleibt übrig? Propaganda.

Bitte sehr, der neue Sündenbock: die neue Achse des Bösen. Die Achse ist Taliban-Pakistan-China. Das neue große Spiel in Eurasien wurde gerade neu gestartet.

Quellen:

[1] Asia Times, Pepe Escobar „A Saigon moment looms in Kabul", am 13.08.2021, <*https://asiatimes.com/2021/08/a-saigon-moment-looms-in-kabul/*>

[2] Asia Times, Pepe Escobar „Masoud: From warrior to statesman", am 12.09.2001, <*https://asiatimes.com/2001/09/masoud-from-warrior-to-statesman/*>

[3] Al Jazeera, In Pictures, Gallery, Photos: Taliban takes control of Afghan presidential palace, am 15.08.2021, <*https://www.aljazeera.com/gallery/2021/8/15/in-pictures-taliban-fighters-enter-afghan-presidential-palace*>

[4] Fredric Barth, „Pathan Identity and its Maintenance" In: Ethnic Groups and Boundaries. The Social Organization of Culture Difference. Bergen: Universitets Forlaget, 1969, 117-134. (Part 2) <*http://newdoc.nccu.edu.tw/teasyllabus/113721265905/Barth%20Pathan%20Identity.pdf*>

[5] Wikipedia, „Kh-47M2 Kinzhal", am 26.08.2021, <*https://en.wikipedia.org/wiki/Kh-47M2_Kinzhal*>

Die THALES Group ist ein französischer börsennotierter Rüstungskonzern mit Aktivitäten in Militärtechnik, Luft- und Raumfahrt sowie Sicherheit und Transport. Im Bild der Hauptsitz in Deutschland in Ditzingen (Foto: Florian Hoffmann, wikimedia.org, CC BY-SA 3.0)

Rüstungskonzern Thales erläutert:

Der strategische Zweck der **Impfprivilegien** und -pässe

Thales, der Rüstungskonzern, der auch eine Digitale-Identitätssparte hat, bezeichnet den digitalen Impfpass und die Notwendigkeit, ihn überall vorzuzeigen, als Wegbereiter für universelle mobil-digitale Identitätsnachweise. Damit bestätigt Thales meine Analyse und meine schlimmsten Befürchtungen.

Autor: Norbert Häring

ist Wirtschaftsjournalist und Autor populärer Wirtschaftsbücher. Er schreibt für Deutschlands führende Wirtschaftstageszeitung Handelsblatt. Er ist Mitgründer und Ko-Direktor der World Economics Association.

www.norberthaering.de

Dieser Text wurde zuerst am 16.08.2021 auf https://norberthaering.de/ unter der URL ‹https://norberthaering.de/die-regenten-der-welt/thales/› veröffentlicht.
Lizenz: : © Norbert Häring

Unter der (übersetzten) Überschrift „Wie digitale ID Bürgern helfen kann, staatliche Dienste von überall in Anspruch zu nehmen," schreibt die für das Digital Identity Services Portfolio [1] des Rüstungskonzerns Thales [2] zuständige Kristel Teyras [3]:

> Sogenannte digitale Impfpässe werden eine Schlüsselrolle dabei spielen, den Bürgern zu ermöglichen, alle möglichen Dienste in Anspruch zu nehmen, und werden als Wegbereiter für das Ausrollen mobiler digitaler Identitätsnachweise fungieren."

Im englischen Original: „So-called digital 'vaccination passports' will play a key role in enabling citizens to access all manner of services and will act as a precursor to the rollout of mobile digital IDs."

Die Pandemie habe als Katalysator für einen umfassenden Wandel im Konsumentenverhalten gewirkt, hin zur weitreichenden Digitalisierung von öffentlichen und privaten Dienstleistungen. Zur Rolle der digitalen Impfpässe und der Zugangshindernisse für Ungeimpfte beim weiteren Vorantreiben dieses Trends heißt es: „Auch wenn wir allmählich zur Normalität zurückkehren, dürfte die Digitalisierung der Dienstleistungen weiter zunehmen. Dies ist zum Teil darauf zurückzuführen, dass Regierungen auf der ganzen Welt von ihren Bürgerinnen und Bürgern verlangen, di-

Publiziert auf Free21 am 3.09.2021, 8:00 Uhr

gitale Gesundheitspässe mit sich zu führen, um nachzuweisen, dass sie doppelt geimpft sind oder einen negativen Test haben, bevor sie bestimmte Dienstleistungen in Anspruch nehmen können."

Dann wird auf „eines der größten digitalen Identitätsprojekte aller Zeiten" hingewiesen, das die EU mit dem Projekt einer europaweiten digitalen Identität angestoßen habe [4]. „Der Ehrgeiz ist gewaltig, sowohl in Bezug auf den Umfang – da es für alle EU-Mitgliedstaaten gilt – als auch in Bezug auf die Befugnisse, die es den Bürgerinnen und Bürgern im gesamten Block einräumen würde. Zum ersten Mal könnten die Bürgerinnen und Bürger von ihrem Telefon aus eine europäische digitale Identitätsbrieftasche nutzen, die ihnen Zugang zu Dienstleistungen in jeder Region Europas verschafft."

Wollen wir die Schönfärberei herausnehmen und die Funktion der digitalen Identitätsnachweise in Einklang bringen mit der ihres „Vorläufers" oder „Wegbereiters", des digitalen Impfpasses, so müssten wir nur das kleine Wörtchen könnten durch müssen ersetzen:

Zum ersten Mal müssen dann die Bürgerinnen und Bürger von ihrem Telefon aus eine digitale Identität vorweisen, um Zugang zu allen möglichen Dienstleistungen zu bekommen.

So sieht's aus. Um das voranzutreiben, fördern die mächtigen Stiftungen des Silicon Valley und der Wall Street, sowie Weltbank und Weltwährungsfonds seit langem Mega-Regierungsdatenbanken mit biometrisch-digitalen Identitätsnummern aller Bürger im Vorreiter Indien und seither in vielen anderen Ländern. Dafür haben sie auch, zusammen mit dem Weltwirtschaftsforum, Initiativen und Institute gegründet, wie ID2020 [5]. Oder The Commons Project (Common Pass) [6] und die Vaccination Credential Initiative [7], und dafür entwickeln sie seit vielen Jahren Szenarien für einen Übergang zum autoritären Regieren über eingeschüchterte Bürger, die sich willig der totalen Kontrolle unterwerfen, um dafür Sicherheit zu bekommen, mit Namen wie Lock Step (Gleichschritt) oder Lone Wolves [8].

Bezahlen nur noch mit Regierungssegen

Die Dienste, für deren Nutzung man seine Identität digital nachweisen und seine Daten preisgeben muss, schließen auch den Zahlungsverkehr ein. In den Worten der Thales-Expertin: „Richtig spannend wird es, wenn man erkennt, dass die Brieftasche sowohl digitalisierte Identitäts- als auch Zahlungsnachweise enthalten kann. So könnte man zum Beispiel die Kaution für eine neue Wohnung oder einen fälligen Bußgeldbescheid direkt vom Smartphone aus bezahlen."

Man braucht wieder nur das kann durch ein muss ersetzen, um das Potential zu erkennen. Die gleichen Organisationen, die die biometrisch-digitale Identität vorantreiben, treiben auch die Beseitigung der Möglichkeit des Barzahlens voran. Nicht ganz zufällig hat die EU parallel zum Projekt der digitalen Identität auch beschlossen, ein Verbot von Barzahlungen über 10.000 Euro einzuführen, eine Obergrenze, an deren Senkung bereits vor Einführung gearbeitet wird [9]. Wenn Bargeldnutzung vollends kriminalisiert ist, werden die Daten, die die Bank über uns führt, jahrzehntelang aufbewahren und laufend durchforsten muss, zum detaillierten digitalen Logbuch unseres gesamten Lebens [10].

Und alle werden umfassend vom Wohlwollen der Regierungen abhängig. Denn wer einen Sperrvermerk an seine digitale Identität geheftet bekommt, kann nichts mehr bezahlen und somit fast nichts mehr selbständig tun.

Diesen Sperrvermerk kann neben der jeweiligen Regierung fast weltweit auch die US-Regierung setzen, da alle international tätigen Banken aufgrund der Weltwährungsfunktion des Dollars auf die Erlaubnis angewiesen sind, in Dollar zu handeln. Deshalb trauen sie sich nicht, Sanktionsanordnungen aus Washington zu ignorieren und Geschäfte mit sanktionierten Personen, Unternehmen oder Ländern zu machen. Aus diesem Grund ist sogar schon die Bundesbank gegenüber iranischen Banken vertragsbrüchig geworden, nur um die US-Regierung nicht zu verärgern, die sich gerade entschieden hatte, das Atomabkommen mit dem Iran aufzukündigen.

Damit Sie nicht denken, jemandem von Thales sei ein einmaliger Gedankenfurz entwichen, der nicht so ernst zu nehmen sei: Thales hat auch im Juni schon getitelt [11]: „Covid-19-Gesundheitspässe können die Tür für eine Revolution der digitalen Identität aufstoßen." In dem Beitrag für die Regierungskunden des Unternehmens werden diese aufgefordert, „die Pandemie als Gelegenheit zu begreifen, eine Plattform für eine ambitioniertere Digitalisierung ihrer Identitäts- und Gesundheitsnachweise zu schaffen." Und weiter:

> Um den Übergang von kurzfristiger Krisenbewältigung zu ambitionierter Neugestaltung der Versorgung mit öffentlichen Dienstleistungen zu gestalten, kann der Gesundheitspass ausgebaut werden zu einer umfassenden und mächtigen ID/Gesundheits-Brieftasche (wallet). Besonders bedeutsam ist, dass diese einen sicheren und intuitiven Smartphone-basierten Standort für eine Vielzahl von Identitäts- und Gesundheitsnachweisen bietet."

Quellen:

[1] Thales, Website des Geschäftsbereichs Digital Identity and Security, „Digital Identity and Security", <https://www.thalesgroup.com/en/markets/digital-identity-and-security>

[2] Thales, Website des Geschäftsbereichs Defense and Security, <https://www.thalesgroup.com/en/global/activities/defence/air-forces/weapon-systems-munitions>

[3] Thales, Digital Identity & Security Blog, Kristel Teyras, „How Digital ID can help citizens access government services from anywhere", am 27.07.2021, <https://dis-blog.thalesgroup.com/identity-biometric-solutions/2021/07/27/how-digital-id-can-help-citizens-access-government-services-from-anywhere/?utm_source=twitter&utm_medium=Hootsuite&utm_term=&utm_content=&utm_campaign=DIS-Digital-Identity>

[4] European Commission, Pressemitteilung, „Commission proposes a trusted and secure Digital Identity for all Europeans", am 03.06.2021, <https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/ip_21_2663>

[5] Geld und mehr, Norbert Häring, „ID2020 und die ansonsten völlig sinnfreie Diskussion um Privilegien für Geimpfte", am 22.02.2021, <https://norberthaering.de/die-regenten-der-welt/id2020-impfprivilegien/>

[6] Geld und mehr, Suchergebnisse für: common pass, <https://norberthaering.de/?s=common+pass>

[7] Ledger Insights, Ledger Insights, „ICC, Mastercard, IBM join ID2020 Good Health Pass initiative", am 10.02.2021, <https://www.ledgerinsights.com/icc-mastercard-ibm-join-id2020-good-health-pass-vaccine-credentials/>

Publiziert auf Free21 am 3.09.2021, 8:00 Uhr

Digitaler Impfpass als Einstieg zum mobilen digitalen Identitätsnachweis (Foto: Fabian Hurnaus, unsplash.com, Unsplash License)

Wie weit das gehen soll, alles mit der gleichen Nummer und mit allen Informationen in der gleichen Mega-Datenbank, und wie wenig Freiwilligkeit das in Wahrheit beinhaltet, zeigt sich hier: „Im Gesundheitswesen können vorausschauende Ministerien nicht nur Impfzeugnisse, sondern auch allgemeine Gesundheits- und Versicherungsnachweise sowie Spenderausweise digitalisieren. Eine vertrauenswürdige Online-Authentifizierung öffnet auch die Tür zu effizienten und benutzerfreundlichen Diensten wie elektronischen Rezepten und der sicheren, nutzergesteuerten Weitergabe von Gesundheitsdaten. In ähnlicher Weise können Ministerien, die für Reiseausweise zuständig sind, die Brieftasche nutzen, um die Erstellung digitaler Begleitdokumente für physische Pässe zu erleichtern. Auf der Grundlage von ICAO-Standards werden diese digitalen Reiseausweise (DTCs) weltweit anerkannt und können alle vertrauenswürdigen Dokumente enthalten, die heute für grenzüberschreitende Reisen unerlässlich sind.“

Ich habe bereits darüber geschrieben, dass das den nicht unerheblichen und durchaus beabsichtigten Nebeneffekt haben kann, dass die Plattform-Konzerne aus dem Silicon Valley zu Weltpassbehörden werden [12].

Als besonderes Bonbon stellt Thales den Regierungen noch in Aussicht, dass sie das nutzen können, um ihren Bürgern ganz direkt sagen zu können, was sie zu tun und zu lassen haben: „Die Pandemie hat auch den Wert von sofortigen und effektiven Botschaften von öffentlichen Institutionen gezeigt. Die Brieftasche (wallet) schafft einen direkten Kommunikationskanal zwischen Regierung und Bürger über das universell verbreitete Smartphone.“ „1984“ rückt immer näher.

Bill Gates und die Rockefeller Stiftung wussten Bescheid

Bereits am 24. März 2020 kündigte der vielleicht mächtigste Mann der Welt, Bill Gates, in einem sogenannten „TED-Talk“ an, dass man demnächst einen digitalen Impfpass brauchen werde, um zu reisen. Das war damals noch unerhört, der entsprechende Satz wurde aus dem mehr als acht Millionen mal gesehenen Video entfernt.

Gates war von TED-Moderator Chris Anderson unter dem Titel „Wie wir auf die Coronavirus-Pandemie reagieren müssen“ befragt worden und ließ sich in gewohnt gelassener Machtpose darüber aus, was „wir“ tun müssen. Er sagte dabei unter anderem: „Schlussendlich werden wir ein Zertifikat für die brauchen, die entweder genesen oder geimpft sind, weil wir nicht wollen, dass Menschen beliebig durch die Welt reisen, in der es Länder gibt, die es (das Virus) leider nicht unter Kontrolle haben. Man will diesen Menschen nicht die Möglichkeit komplett nehmen, zu reisen und zurückzukommen.“

Das war wohlgemerkt ganz am Anfang der Pandemie, etwa acht Monate bevor der erste Impfstoff zugelassen wurde. Und dann kam der doppelt interessante Satz: „Deshalb wird es schließlich eine Art digitalen Immunitätsbe-

Publiziert auf Free21 am 3.09.2021, 8:00 Uhr

leg geben, der die globale Öffnung der Grenzen ermöglichen wird."

Im offiziellen TED-Video [13] wurde dieser eine Satz (bei Minute 34:27) um den 31. März herausgeschnitten. Er war danach noch in der etwas längeren Ursprungsversion des Videos [14] enthalten (Minute 39:22), die jemand online gestellt hatte, solange bis der YouTube-Account des Betreffenden gelöscht wurde. (Als ich am 11. April 2020 zum ersten Mal darüber schrieb [15], war die Langversion mit dem zensierten Satz noch zugänglich.)

Die Rockefeller-Stiftung schrieb zur gleichen Zeit, in einem im April 2020 veröffentlichten Positionspapier zur Pandemiestrategie [16]:

> Eine global einheitliche Identifikationsnummer für jeden soll unter dem Namen „eindeutige Patienten-Identifikationsnummer" eingeführt werden. Der Infektionsstatus muss für die Teilnahme an vielen sozialen Aktivitäten bekannt sein."

Dass Gates und die Rockefeller Stiftung schon so früh in der Pandemie wussten, wo es hinlaufen würde, ist weniger ihren hellseherischen Fähigkeiten geschuldet, als ihrem Einfluss, der es ihnen ermöglicht, das zu erreichen, was sie wollen. Immerhin arbeiten sie im Rahmen von ID2020 an dem erklärten Ziel, bis 2030 jedem Erdenbürger eine biometrisch unterlegte digitale Identität zu verpassen.

Wer dabei mitmacht, macht sich schuldig

Die Verantwortlichen bei Fußballvereinen wie Borussia Dortmund oder 1.FC Köln, die ihre ungeimpften Fans aussperren, handeln nicht nur schäbig, diesen langjährigen Fans gegenüber. Sie machen sich zu Komplizen des Umbaus unserer freiheitlichen Gesellschaft in einen Kontroll- und Überwachungsstaat.

Dasselbe gilt für Hoteliers und Clubbetreiber, die zur Linderung ihrer eigenen wirtschaftlichen Not Menschen diskriminieren, die sich entschieden haben, dass ihnen das Risiko eines im Schnellverfahren entwickelten und genehmigten, völlig neuartigen Impfstoffs zu groß ist. Sie lassen es zu und befördern, dass die Regierung nach dem bewährten Teile-und-herrsche-Prinzip die Menschen gegeneinander ausspielt.

Und auch die Geimpften, die wegschauen, oder es sogar gut finden, wenn ihre ungeimpften Mitmenschen diskriminiert und gemobbt werden, sollten sich klar machen, dass sie gemeinsam mit diesen in einigen Jahren in der gleichen umfassend kontrollierten, autoritär regierten Gesellschaft leben werden, wenn es keinen Widerstand gegen dieses Treiben gibt.

Weiterführende Informationen

· Dossier zur digitalen Identität [17]
· Dossier zum Krieg gegen das Bargeld [18]
· ID2020 und die sonst völlig sinnfreie Diskussion um Privilegien für Geimpfte [19]

Quellen:

[8] Geld und mehr, Norbert Häring, „Der Macher des Gleichschritt-Szenarios der Rockefeller Stiftung wirbt nun offen für Totalüberwachung", am 18.08.2020, <https://norberthaering.de/die-regenten-der-welt/schwartz-lock-step/>

[9] ntv, „Frankreich fordert neues Bargeld-Limit", am 15.08.2021, <https://www.n-tv.de/wirtschaft/Frankreich-fordert-neues-Bargeld-Limit-article22743789.html>

[10] Geld und mehr, Norbert Häring, „Deutsche Bankaufsicht kriminalisiert Bargeld", am 14.05.2021, <https://norberthaering.de/bargeld-widerstand/bafin-bargeld/>

[11] Thales Digital Identity & Security Blog, Kristel Teyras, „Covid-19 health passes can open the door to a digital ID revolution", am 23.06.2021, <https://dis-blog.thalesgroup.com/identity-biometric-solutions/2021/06/23/covid-19-health-passes-can-open-the-door-to-a-digital-id-revolution/>

[12] Geld und mehr, Norbert Häring, „Rockefeller-Stiftung und Weltwirtschaftsforum machen ernst mit der privaten Weltpassbehörde", am 14.10.2020, <https://norberthaering.de/die-regenten-der-welt/commonspass/>

[13] TED, Bill Gates, „How we must respond to the coronavirus pandemic", am 24.03.2020, <https://www.ted.com/talks/bill_gates_how_we_must_respond_to_the_coronavirus_pandemic>

[14] <https://youtu.be/R3VowBAYKZo?t=2359>

[15] Geld und mehr, Norbert Häring, „Bill Gates beschreibt Covid-19 als ersten Anwendungsfall der Known-Traveller-Horrorvision des Weltwirtschaftsforums", am 11.04.2020, <https://norberthaering.de/die-regenten-der-welt/gates-covid-19-ktdi/>

[16] Geld und mehr, Norbert Häring, „Im Gleichschritt: Die Rockefeller Stiftung will ihr autokratisches Pandemieszenario umsetzen", am 23.05.2020, <https://norberthaering.de/die-regenten-der-welt/rockefeller-testing-plan/>

[17] Geld und mehr, Norbert Häring, Dossier: Digtale ID, <https://norberthaering.de/tag/digitale-id/>

[18] Geld und mehr, Norbert Häring, Dossier: Bargeld, <https://norberthaering.de/category/bargeld-widerstand/>

[19] Geld und mehr, Norbert Häring, „ID2020 und die ansonsten völlig sinnfreie Diskussion um Privilegien für Geimpfte", am 22.02.2021, <https://norberthaering.de/die-regenten-der-welt/id2020-impfprivilegien/>

Dieser Text wurde zuerst am 05.07.2021 auf www.greenwald.substack.com unter der URL ‹https://greenwald.substack.com/p/an-ugly-war-among-leftist-youtubers› veröffentlicht. Lizenz: © Glenn Greenwald

Screenshot aus der Sendung The Young Turks. In dieser Sendung verunglimpften und verleumdeten die beiden Moderatoren Cenk Uygur und Ana Kasparian den Journalisten Aaron Maté als „bezahlten Agenten des Kremls" und jemanden der „für Diktatoren arbeitet". (Screenshot The Young Turks / Twitter: ‹https://twitter.com/aaronjmate/status/1397797272440692740›)

Gemeinsame, giftige Pathologien:

Schlammschlacht unter linksgerichteten YouTubern

Menschen grundlos zu beschuldigen, russische Agenten zu sein und Vorwürfe sexuellen Fehlverhaltens als Waffe gegen sie einzusetzen, sind rufzerstörende Krebsgeschwüre im Herzen des progressiven Diskurses.

Autor: Glenn Greenwald

Journalist, Mitbegründer von The Intercept, Autor von „No Place to Hide" und einem demnächst erscheinenden Buch über Brasilien, Tierfanatiker und Gründer von HOPE Shelter.
www.wikileaks.org

Ein unglaublich bösartiger und langwieriger, scheinbar endloser Krieg wird unter zahlreichen prominenten liberalen und linken Kommentatoren, die vor allem auf YouTube arbeiten, ausgetragen. Der Konflikt brach am 26. Mai aus, als Cenk Uygur – der Gründer und langjährige Gastgeber von „The Young Turks", der größten links-liberalen YouTube-Plattform – grundlos und falsch den unabhängigen Journalisten Aaron Maté beschuldigte, „von den Russen bezahlt" zu werden [1], während seine Co-Moderatorin, Ana Kasparian, Anspielungen absonderte, dass Maté „für ungenannte Diktatoren arbeiten" würde .

Maté ist einer der wenigen linken Journalisten, die skeptisch über Russiagate berichteten und die Darstellung der U.S.-Regierung über den Bürgerkrieg in Syrien in Frage gestellt haben – auch indem sie in die vom Krieg zerstörten Teile des Landes gereist sind, um dies zu tun. Er gewann den „2019 Park Center for Independent Media's Izzy Award" für seine Arbeit, die Russiagate als Fake entlarvte [2]. Dennoch, mit einer einminütigen Tirade aus seinem isolierten Studio zog Uygur grundlos über Maté her, als jemand, der „von den Russen bezahlt wird", während Kasparian behauptete, dass er für Assad und andere Diktatoren zu arbeiten „scheine" – eine potenziell rufschädigende Verleumdung für einen Journalisten und eine, die ziemlich gefährlich für einen Reporter sein kann, der, wie Maté, in Kriegsgebieten arbeitet.

Der durch diese grotesken Erfindungen ausgelöste Konflikt eskalierte dann mit einer privaten Twitter-Nachricht von Kas-

Publiziert auf Free21 am 1.01.2019, 6:00 Uhr

parian an einen von Matés Verteidiger, Jimmy Dore. In dieser drohte sie, Dore nach #MeToo-Art der sexuellen Belästigung zu bezichtigen, für die Zeit, als sie vor sieben Jahren zusammenarbeiteten. Kasparian machte deutlich, dass ihre Absicht, Dore öffentlich als sexuellen Belästiger zu verunglimpfen als Strafe für seine Kritik an „The Young Turks" gedacht war. Als Dore dann Kasparians Drohung in seinem Programm offenbart hatte, machte Kasparian ihre Drohung ein paar Tage später wahr, indem sie Dore der sexuellen Belästigung 2014 beschuldigte.

Während ich meine Social-Media-Plattformen verwendete, um die falschen Anschuldigungen von Uygur und Kasparian gegen Maté anzuprangern [3], hatte nichts davon einen Artikel oder Standalone-Kommentar verdient. Beide Methoden, die sie gewählt haben – falsche Anschuldigungen, jemand sei ein bezahlter russischer Agent und die Anschuldigung sexueller Belästigung – sind in der Demokratischen Parteipolitik, in liberalen Kreisen und in der U.S.-Politik im weiteren Sinne zur gängigen Praxis geworden.

Es ist längst mehr als überfällig, dass diese Taktiken von allen abgelehnt und geächtet werden, unabhängig von Ideologie oder Persönlichkeitspräferenzen.
Ich habe mich entschlossen, diesen Konflikt zu analysieren und zu sezieren, nicht, um alles zu erzählen was hier passiert ist, oder um zu entscheiden, wer in Bezug auf die Meinungsunterschiede, die diese Parteien haben, Recht oder Unrecht hat. Es lohnt sich jedoch den Konflikt zu untersuchen, weil die Art und Weise, wie sich dieser unangenehme Schlagabtausch entfaltete, eine so anschauliche und erhellende Fallstudie zweier metastasierender Krebsgeschwüre im Herzen des liberalen Diskurses liefert. Beide Methoden sind ethisch verwerflich und korrupt – offensichtlich – doch irgendwie haben sie sich so häufig unter den Anhängern der Demokratischen Partei etabliert, wie sie giftig und verwerflich sind.
Von Hillary Clinton und Howard Dean bis zu Rachel Maddow und unzähligen anderen liberalen Fernseh-Animateuren, die beiläufig und falsch Menschen als bezahlte russische Agenten beschuldigen, ist das jetzt ein völlig normalisiertes Verhalten in der liberalen Kultur. Die Liste der Menschen, deren Ruf durch unbewiesene und zynisch eingesetzte Anschuldigungen der sexuellen Belästigung oder andere vage Anschuldigungen sexuellen Fehlverhaltens zerstört wurde, ist zu lang, um sie umfassend aufzuzählen. Ich untersuche diese beiden Themen in Form von Videos, die Sie sich im Internet ansehen können, weil sich dort so viel davon abgespielt hat, und weil es mir schien, dass so die Schwere und das Ausmaß dieser Übergriffe am effektivsten vermittelt werden können:

Screenshot aus der Sendung TYT-Jimmy Dore War Shows Toxic Pathologies in Liberal Discourse - System Update with Glenn Greenwald ‹https://youtu.be/WoXZP4m-Af8›)

Quellen:

[1] Twitter, Aaron Maté, „In diesem verrückten und verleumderischen Clip behaupten **@cenkuygur** & @AnaKasparian, dass ich „von den Russen bezahlt werde" (Cenk); „für" Diktatoren zu arbeiten scheine (Ana); und chemische Angriffe auf syrische Kinder leugne (Ana). Ich kümmere mich nicht um ihre Verachtung für mich, aber ich kümmere mich darum, verleumdet zu werden.", am 27.05.2021, *<https://twitter.com/aaronjmate/status/1397797272440692740?lang=en>*

[2] parkindymedia.org, „Izzy Award 2019", *<https://www.parkindymedia.org/izzy-awards-2019/>*

[3] Twitter, Glenn Greenwald, „Es wurde in der liberalen Kultur völlig normal, Journalisten oder andere missliebige Personen einfach zu beschuldigen, bezahlte Agenten des Kremls zu sein, und jetzt berufen sie sich einfach aus einer Laune heraus auf dieses McCarthysche Drehbuch. Erinnern Sie sich daran, wie Hillary es mit Tulsi Gabbard gemacht hat. Es ist jetzt ein Reflex:", am 27.05.2021, *<https://twitter.com/ggreenwald/status/1397890040471171080>*

Dieser Text wurde zuerst am 29.06.2021 auf www.craigmurray.org.uk unter der URL ‹https://www.craigmurray.org.uk/archives/2021/06/fbi-fabrication-against-assange-falls-apart/› veröffentlicht. Lizenz: Craig Murray, CC BY-NC-ND 4.0

Edward Snowden: „Dies ist das Ende des Falles gegen Julian Assange". Sigurdur Ingi Thordarson gesteht Falschaussagen im Fall Julian Assange. (Bild: Edward Snowden / Twitter: ‹https://twitter.com/Snowden/status/1408847450656415751›)

Das FBI-Lügenmärchen gegen Assange zerfällt

Am letzten Tag der Auslieferungs-Anhörung von Assange weigerte sich Richterin Vanessa Baraitser, eine eidesstattliche Erklärung von Assanges Anwalt Gareth Peirce zu akzeptieren, mit der Begründung, sie sei nicht rechtzeitig eingereicht worden. Darin wurde erklärt, dass die Verteidigung nicht in der Lage gewesen sei, auf die neuen Anschuldigungen in der zweiten erneuerten Anklageschrift der US-Regierung zu reagieren, weil diese völlig neuen Anschuldigungen erst sechs Wochen vor der Wiederaufnahme der Anhörung am 8. September 2020 aufgetaucht seien.

von Craig Murray

Autor: Craig Murray

ist Autor und Menschenrechtsaktivist. Von 1984 bis 2004 war er britischer Diplomat, zuletzt Botschafter in Usbekistan, sowie von 2007 bis 2010 Rektor der schottischen Universität Dundee. Falls Sie die Arbeit von Craig Murray unterstützen möchten, finden Sie hier die Details:

‹https://www.craigmurray.org.uk/support-this-website/›

Die Verteidigung musste nicht nur Beweise aus Island heranschaffen, sondern hatte praktisch keinen Zugang zu Assange, um von ihm Beweise und Anweisungen entgegenzunehmen, da er effektiv in Einzelhaft in Belmarsh sitzt. Die Verteidigung hatte eine Vertagung beantragt, weil sie Zeit brauchten, um auf die neuen Vorwürfe einzugehen, aber dies wurde von Baraitser abgelehnt.

Sie weigerte sich nun, die eidesstattliche Erklärung von Gareth Peirce zu akzeptieren, in der diese Fakten dargelegt wurden.

Folgendes war passiert: Die Anhörungen zur Assange-Auslieferung im Januar 2020 schienen für die US-Regierung nicht gut zu laufen. Die Argumente, dass eine politische Auslieferung durch das britisch-amerikanische Auslieferungs-Abkommen ausdrücklich verboten ist, und dass der Publizist nicht verantwortlich war für Chelsea Mannings Whistleblowing über Kriegsverbrechen, schienen stark zu sein. Das US-Justizministerium hatte entschieden, dass es deshalb einen neuen Ansatz bräuchte und sie einige „Verbrechen" von Assange entdecken müssten, die weniger edel erschienen als die Manning-Enthüllungen.

Um dies zu erreichen, wandte sich das FBI an einen Informanten in Island, Sigi Thordarson, der bereit war zu bezeugen, dass Assange mit ihm zusammen, unter anderem, private Bankdaten gehackt hätte und an der Verfolgung von isländischen Polizeifahrzeugen beteiligt gewesen sei. Dies war natürlich viel einfacher als Verbrechen

Publiziert auf Free21 am 19.09.2021, 16:30 Uhr

darzustellen als sein Journalismus. So dass die zweite erneuerte Anklageschrift auf der Grundlage von Thordarsons Geschichte erstellt wurde, die mit ihm von einem FBI-Team ausgearbeitet wurde.

Die Schwierigkeit war, dass Thordarson nicht wirklich ein zuverlässiger Zeuge war. Er war bereits für den Diebstahl von etwa $50,000 von Wikileaks und für die Online-Nachahmung von Julian Assange in Island verurteilt worden, ganz zu schweigen von der unbequemen Tatsache, dass er registrierter Sexualstraftäter für Online-Aktivitäten mit minderjährigen Jungen ist. Das FBI-Team wurde in der Tat von den isländischen Behörden ausgewiesen, die das, was das FBI mit Thordarson tat, als völlig unrechtmäßig ansahen.

Ungeachtet all dessen hatten wir im Juni 2020 die außergewöhnliche Situation, dass der US-Regierung 18 Monate nach Beginn des Auslieferungsverfahrens und sechs Monate nach der Anhörung der Eröffnungsargumente durch das Gericht, erlaubt wurde, die Anklagen und angeblichen Verbrechen – die als Grund für die Auslieferung angeführt wurden – in einer zweiten ersetzenden Anklageschrift vollständig zu ändern.

Am 8. September 2020 war ich im Gericht, um darüber zu berichten, wie Mark Summers QC (QC = Kronanwalt Anm. d. Red.) die Frage dieser neuen ersetzenden Anklagen ansprach [1]:

„Das Gericht setzte die Verhandlung mit einem neuen Antrag der Verteidigung, unter der Leitung von Mark Summers QC, fort, in dem es um die neuen Anklagepunkte der US-Regierung ging, die in der neuen, ersetzenden Anklageschrift enthalten sind. Summers holte das Gericht zurück zum Beginn der Geschichte dieser Auslieferungsanhörung. Die erste Anklageschrift war im März 2018 verfasst worden. Im Januar 2019 war ein vorläufiges Auslieferungsersuchen gestellt worden, das im April 2019 mit Assanges Verhaftung aus der Botschaft umgesetzt wurde. Im Juni 2019 wurde dies durch einen vollständigen Antrag mit einer neuen, zweiten Anklageschrift ersetzt, die bis heute die Grundlage dieses Verfahrens ist. Eine ganze Reihe von Anhörungen haben auf der Grundlage dieser zweiten Anklageschrift stattgefunden.

Die neue ersetzende Anklageschrift ist datiert auf den 20. Juni 2020. Im Februar und Mai 2020 hatte die US-Regierung ohne Vorwarnung Anhörungen auf der Grundlage der zweiten Anklageschrift zugelassen, obwohl sie zu diesem Zeitpunkt gewusst haben musste, dass die neue erweiterte Anklageschrift kommen würde. Sie hatte dafür aber weder eine Erklärung noch eine Entschuldigung abgegeben.

Die Verteidigung war nicht ordnungsgemäß über die neue Anklageschrift informiert worden und hatte tatsächlich nur durch eine Pressemitteilung der US-Regierung vom 20. Juni von ihrer Existenz erfahren. Offiziell zugestellt wurde sie in diesem Verfahren erst am 29. Juli, also erst vor knapp sechs Wochen.

Zunächst war nicht klar, wie sich die neue Anklageschrift auf die Anklage auswirken würde, da die US-Regierung bekannt gab, dass sie nur durch zusätzliche Details erweitert wird, sonst aber unverändert bliebe. Erst am 21. August 2020 wurde in neuen Schriftsätzen der US-Regierung schließlich klar, dass doch die Anklagepunkte selbst geändert wurden.

Es gab nun neue Anschuldigungen, die eigenständig waren und nichts mit den früheren Vorwürfen zu tun hatten. Selbst wenn die 18 Anschuldigungen im Zusammenhang mit Manning zurückgewiesen würden, könnten diese neuen Anschuldigungen immer noch Grund für eine Auslieferung sein. Zu den neuen Vorwürfen gehörten die Beihilfe zum Diebstahl von Daten einer Bank und der isländischen Regierung, die Weitergabe von Informationen zur Verfolgung von Polizeifahrzeugen und das Hacken von Computern, sowohl von Einzelpersonen als auch von einer Sicherheitsfirma.

‚Wie viel von diesem neu entstandenen Material kriminell ist, kann man nur vermuten', sagte Summers und erklärte weiter, dass es überhaupt nicht klar sei, dass ein Australier, der jemanden in Island Ratschläge gibt wie man einen Code knackt, tatsächlich kriminell sei, wenn dies in Großbritannien geschehe. Dies gelte selbst dann, wenn man die Prüfung der beiderseitigen Strafbarkeit in den USA außer Acht lasse, die ebenfalls bestanden werden müsse, bevor das Verhalten Gegenstand einer Auslieferung sei.

Es war undenkbar, dass Vorwürfe dieser Größenordnung innerhalb von sechs Wochen Gegenstand einer zweiten-Auslieferungsanhörung sein könnten, wenn sie als neuer Fall vorgebracht würden. Das gab der Verteidigung offensichtlich keine Zeit, sich vorzubereiten oder Zeugen zu diesen neuen Vorwürfen aufzustellen. Zu den Punkten, die die Verteidigung in Bezug auf diese neuen Anklagen ansprechen wollte, gehörten, dass einige nicht strafbar waren, einige verjährt waren und einige bereits vor anderen Gerichten verhandelt worden waren (einschließlich im Southwark Crown Court und vor Gerichten in den USA).

Es gab auch wichtige Fragen zu den Ursprüngen einiger dieser Anklagen und der zweifelhaften Natur der Zeugen.

Insbesondere der als „Teenager" identifizierte Zeuge war dieselbe Person, die in der vorherigen Anklageschrift als „Island 1" bezeichnet wurde. Diese Anklageschrift hatte eine „Unzuverlässigkeits-Warnung" (Original: „Health Warning") des US-Justizministeriums über diesen Zeugen enthalten. Mit der neuen Anklageschrift wurde diese Warnung entfernt.

Tatsache ist jedoch, dass es sich bei diesem Zeugen um Sigurdur Thordarson handelt, der in Island im Zusammenhang mit diesen Ereignissen wegen Betrugs, Diebstahls, stehlen von Wikileaks-Geld und -Material und für die Nachahmung von Julian Assange verurteilt worden war.

In der Anklageschrift wurde nicht erwähnt, dass das FBI ‚aus Island rausgeschmissen wurde, weil es versucht hatte Thordarson zu benutzen, um Assange etwas anzuhängen', erklärte Summers unmissverständlich. Summers sagte, dass all diese Angelegenheiten in den Anhörungen zur Sprache kommen sollten, wenn die neuen Anklagen verlesen werden sollten. Aber die Verteidigung hatte einfach keine Zeit, sich vorzubereiten und Erwiderungen und Zeugen aufzutreiben, in den knapp 6 Wochen, die sie seit Erhalt der Anklageschrift hatte – selbst wenn man die extremen Erschwernisse des Kontakts mit Assange in der Isolationshaft des Belmarsh-Gefängnisses außer Acht lässt.

Die Verteidigung bräuchte eindeutig Zeit, um Antworten auf diese neuen Vor-

würfe vorzubereiten, aber es wäre schlichtweg unfair, Assange für die Monate, die das dauern würde, im Gefängnis zu behalten. Die Verteidigung schlug daher vor, diese neuen Vorwürfe aus dem vom Gericht zu prüfenden Verhalten herauszunehmen und die Beweise für kriminelles Verhalten auf das zuvor vorgeworfene Verhalten zu beschränken.

Summers argumentierte, es sei ‚völlig unfair', kurzfristig und ‚völlig ohne Vorwarnung neue und separate strafrechtliche Vorwürfe hinzuzufügen und der Verteidigung keine Zeit zu geben, darauf zu reagieren. Was hier geschieht, ist abnormal, unfair und kann zu echtem Unrecht führen, wenn man es weiter zulässt.'

Die von der Staatsanwaltschaft vorgebrachten Argumente stützten sich nun auf diese brandneuen Vorwürfe. So konterte die Staatsanwaltschaft die Argumente zu den Rechten von Whistleblowern und der Notwendigkeit, Kriegsverbrechen aufzudecken, mit dem Hinweis, dass es dafür keine Notwendigkeit gegeben haben kann, eine Bank in Island zu hacken.

Summers kam zu dem Schluss, dass ‚der Fall auf das Verhalten beschränkt werden sollte, das die amerikanische Regierung Assange in den achtzehn Monaten vor ihrer zweiten neuen Anklageschrift vorgeworfen hatte'."

Baraitser weigerte sich, die neuen Anklagepunkte auszuschließen, und schloss dann den sofortigen Antrag der Verteidigung auf Vertagung – um ihnen Zeit zu geben, auf die neuen Anklagepunkte zu reagieren – aus. Am Ende der Anhörungen weigerte sie sich, die eidesstattliche Erklärung von Peirce zu akzeptieren, in der erklärt wurde, warum die Verteidigung nicht in der Lage war zu antworten. Das Gericht hatte bis dahin fast einen Monat damit verbracht, Zeugen zu hören, die die erste erneuerte Anklageschrift widerlegten, wie von der Verteidigung vorbereitet – aber nichts, was die zweite ersetzende Anklageschrift betraf. Summers war absolut wütend als Baraitser sich weigerte, die eidesstattliche Erklärung von Peirce zu diesem Thema zu akzeptieren. Und zwar so sehr, dass er nach Abschluss der Anhörungen draußen auf der Straße immer noch tobte.

Während Baraitsers letztendlichen Entscheidung, die Auslieferung aufgrund von Assanges Gesundheit und den unmenschlichen Haftbedingungen in den USA auszuschliessen, wurde die zweite ersetzende Anklageschrift mit Thordarsons Anschuldigungen als gültige Grundlage für eine Auslieferung akzeptiert.

Kronanwalt Mark Summers, ein Verteidiger Assanges, kommt am Gericht an. (Bild: Youtube: ‹https://www.youtube.com/watch?v=xaLfiDUG1bY›)

Thordarson hat nun gegenüber dem isländischen Magazin Stundin erklärt, dass seine in der Anklageschrift enthaltenen Anschuldigungen gegen Assange unwahr sind [2], und dass Assange ihn nicht zum Hacken von Bank- oder Polizeidaten aufgefordert habe.

Dies ist nicht wirklich schockierend, auch wenn Thordarsons Motive für sein jetziges Eingeständnis undurchsichtigt sind; denn er ist eindeutig eine zutiefst gestörte und oft böswillige Person.

Thordarson war schon immer der unzuverlässigste Zeuge, und ich finde es unmöglich zu glauben, dass die Zusammenarbeit des FBI mit ihm jemals mehr war als die absichtliche Fälschung von Beweisen durch das FBI.

Edward Snowden hat getwittert, dass Thordarsons Widerruf das Verfahren gegen Julian Assange beenden wird. Das sollte es ganz sicher, aber ich fürchte, so wird es nicht kommen.

Viele Dinge hätten den Fall gegen Assange beenden müssen. Der Erste Verfassungszusatz, das Verbot der politischen Auslieferung im Auslieferungsvertrag zwischen den USA und Großbritannien, das Ausspionieren der Vorbereitungen von Assanges Verteidigern durch die CIA – all das hätte das Verfahren zum Erliegen bringen müssen.

Es ist nun fünf Monate her, dass die Auslieferung abgelehnt wurde. Der High Court hat noch keine Berufung der US-Regierung gegen diese Entscheidung angenommen, und dennoch bleibt Julian im höchsten Hochsicherheitsgefängnis des Vereinigten Königreichs eingesperrt. Die Enthüllung, dass Thordarsons Anschuldigungen erfunden sind – was jeder bereits wusste, Baraitser tat nur so, als ob sie es nicht wüsste – ist nur eine weitere Unrechtmäßigkeit, über die sich das Establishment bei seiner fortgesetzten Verfolgung von Assange hinwegsetzen wird.

Assange hat die Information demokratisiert und dem Volk eine Zeit lang echte Macht gegeben, weltweit. Er hat die Kriegsverbrechen der USA aufgedeckt. Dafür wird sein Leben zerstört. Weder Recht noch Wahrheit haben damit etwas zu tun.

Quellen:

[1] Craig Murray, „Your Man in the Public Gallery: the Assange Hearing Day 6", am 08.09.2020, *<https://www.craigmurray.org.uk/archives/2020/09/your-man-in-the-public-gallery-the-assange-hearing-day-6/>*

[2] Consortium News, Joe Lauria, „Key Witness in US Case Against Assange Changes His Story", am 27.06.2021, *<https://consortiumnews.com/2021/06/27/key-witness-in-us-case-against-assange-changes-his-story/>*

Publiziert auf Free21 am 19.09.2021, 16:30 Uhr

Dieser Text wurde zuerst am 01.08.2021 auf www.strategic-culture.org unter der URL ‹https://www.strategic-culture.org/news/2021/08/01/craig-murray-jailing-latest-move-in-battle-snuff-out-independent-journalism/› veröffentlicht. Lizenz: © Strategic Culture Foundation, Jonathan Cook

Craig Murray, ehemaliger Botschafter in Usbekistan. (Foto: Craig Murray Justice Campaign / Twitter: ‹https://mobile.twitter.com/cmurrayjustice›)

Kampf gegen den unabhängigen Journalismus:

Die **Inhaftierung** von Craig Murray

Craig Murray, ehemaliger Botschafter in Usbekistan, Vater eines neugeborenen Kindes, ein Mann in sehr schlechtem Gesundheitszustand und ohne Vorstrafen, musste sich am Sonntagmorgen (1.8.2021) der schottischen Polizei stellen. Er wird der Erste sein, der jemals wegen des obskuren und nur vage definierten Vorwurfs der „Puzzle-Identifikation" inhaftiert wird.

Autor: Jonathan Cook

ist ein preisgekrönter britischer Journalist, der seit 2001 in Nazareth, Israel, lebt. Er ist der Autor von drei Büchern über den israelisch-palästinensischen Konflikt: *Blood and Religion: The Unmasking of the Jewish State (2006), Israel and the Clash of Civilisations: Iraq, Iran and the Plan to Remake the Middle East (2008), Disappearing Palestine: Israel's Experiments in Human Despair (2008).* Er hat außerdem Kapitel und Aufsätze zu mehreren Sammelbänden über Israel-Palästina beigetragen. Im Jahr 2011 wurde Jonathan mit dem Martha-Gellhorn-Sonderpreis für Journalismus ausgezeichnet. In der Begründung der Jury heißt es: „Jonathan Cooks Arbeit über Palästina und Israel, insbesondere seine Dekodierung der offiziellen Propaganda und seine herausragende Analyse von Ereignissen, die im Mainstream oft verschleiert werden, haben ihn zu einem der verlässlichen Wahrheitssprecher im Nahen Osten gemacht."

Murray ist auch die erste Person seit einem halben Jahrhundert, die in Großbritannien wegen Missachtung des Gerichts ins Gefängnis gesteckt wird – in dieser Zeit vor einem halben Jahrhundert herrschten derart andere rechtliche und moralische Wertvorstellungen, dass das britische Establishment eben erst die Verfolgung „Homosexueller" und die Inhaftierung von Frauen, die abgetrieben haben, beendet hatte.

Die Verurteilung Murrays zu acht Monaten Haft durch Lady Dorrian, Schottlands zweithöchster Richterin, beruht natürlich ausschließlich auf einer strengen Auslegung schottischen Rechts und ist keineswegs auf Rachegelüste des schottischen und des Londoner Politik-Establishment an dem früheren Diplomaten zurückzuführen. Und die Weigerung des Obersten Gerichtshofs des Vereinigten Königreichs vom Donnerstag, Murrays Berufung, trotz zahlreicher eklatanter rechtlicher Unregelmäßigkeiten in dem Fall [1], anzuhören und ihm damit den Weg ins Gefängnis zu ebnen, beruht ebenfalls auf einer strengen Anwendung des Gesetzes und ist in keiner Weise von politischen Erwägungen beeinflusst.

Murrays Inhaftierung hat nichts mit der Tatsache zu tun, dass er den britischen Staat Anfang der 2000er Jahre bloßgestellt hat, indem er ein seltener Typ wurde: ein Whistleblower im diplomatischen Dienst. Er deckte die Beteiligung der britischen und US-amerikanischen Regierungen mit dem Folterregime von Usbekistan auf.

Seine Inhaftierung hat auch nichts damit zu tun, dass Murray den britischen Staat in jüngster Zeit in Verlegenheit gebracht hat, indem er aus einem Londoner Gerichtssaal über die erbämlichen und anhaltenden Rechtsverstöße berichtete

[2], mit denen Washington versucht, die Auslieferung des Wikileaks-Gründers Julian Assange zu erreichen und ihn lebenslang in einem Hochsicherheitsgefängnis wegzusperren. Die USA wollen an Assange ein Exempel statuieren, weil er ihre Kriegsverbrechen im Irak und Afghanistan aufgedeckt hat und weil er geleakte diplomatische Depeschen veröffentlicht hat, die Washingtons hässlicher Außenpolitik die Maske heruntergerissen haben.

Murrays Inhaftierung hat nichts damit zu tun, dass das schottische Gericht ihm im Rahmen des Verfahrens wegen Missachtung des Gerichts seinen Pass entzogen hat, so dass er nicht nach Spanien reisen und in einem Prozess in Zusammenhang mit Assange aussagen konnte, der Großbritannien und die USA ernsthaft in Verlegenheit bringt. Der spanischen Anhörung wurden zahlreiche Beweise dafür vorgelegt, dass die USA Assange in der ecuadorianischen Botschaft in London illegal ausspioniert haben [3], in der er politisches Asyl suchte, um einer Auslieferung zu entgehen. Murray sollte aussagen, dass seine eigenen vertraulichen Gespräche mit Assange gefilmt wurden, ebenso wie Assanges vertrauliche Treffen mit seinen eigenen Anwälten. Angesichts eines solchen Ausspionierens hätte das Verfahren gegen Assange eingestellt werden müssen, wenn die Richterin in London das Gesetz tatsächlich angewendet hätte.

Ebenso hat Murrays Inhaftierung nichts damit zu tun, dass er das schottische politische und juristische Establishment in Verlegenheit gebracht hat, indem er fast im Alleingang über die Seite der Verteidigung im Prozess gegen den ehemaligen schottischen Premiermister Alex Salmond berichtete. Durch die Konzernmedien wurde nicht berichtet, wie die von Salmonds Anwälten vorgelegten Beweise dazu führten, dass eine von Frauen dominierte Jury ihn von einer Reihe von Anklagen wegen sexueller Übergriffe freisprach. Murrays aktuelle Schwierigkeiten gehen auf seine Berichterstattung über Salmonds Verteidigung zurück.

Und ganz sicher hat Murrays Inhaftierung rein gar nichts mit seiner Argumentation zu tun – die erklären könnte, warum die Geschworenen von der Anklage so wenig überzeugt waren – dass Salmond in Wirklichkeit das Opfer eines auf hoher Ebene angesiedelten Komplotts hochrangiger Politiker in Holyrood (schottischer Parlamentssitz; Anm. d. Red.) war, um ihn zu diskreditieren und seine Rückkehr an die Spitze der schottischen Politik zu verhindern. Murray zufolge war die Absicht, Salmond die Chance zu nehmen, sich mit London anzulegen und ein ernsthaftes Plädoyer für die Unabhängigkeit zu halten, und somit die zunehmenden Lippenbekenntnisse der SNP zu dieser Sache zu entlarven.

Lady Dorrian sprach das Urteil gegen Craig Murray. Sie ist die 2. höchste Richterin in Schottland. (Foto: Court of Session / Wikimedia Commons / OGL v3.0)

Erbarmungsloser Angriff

Murray ist dem britischen Establishment schon seit fast zwei Jahrzehnten ein Dorn im Auge. Jetzt haben sie einen Weg gefunden, ihn genauso wie Assange einzusperren und Murray möglicherweise jahrelang in Rechtsstreitigkeiten zu verwickeln, die ihn in den Bankrott treiben könnten, während er versucht seinen Namen reinzuwaschen.

Und angesichts seines äußerst prekären Gesundheitszustands – der dem Gericht ausführlich dargelegt wurde – besteht die Gefahr, dass aus seiner achtmonatigen Haft eine lebenslange Haft wird. Murray wäre vor 17 Jahren fast an einer Lungenembolie gestorben, als er das letzte Mal so erbarmungslos vom britischen Establishment angegriffen wurde. Sein Gesundheitszustand hat sich seitdem nicht verbessert.

Damals, in den frühen 2000er Jahren, im Vorfeld und in der frühen Phase der Invasion im Irak, deckte Murray die Mitwirkung seiner britischen Diplomatenkollegen auf – ihren Hang, die Augen vor den Missbräuchen zu verschließen, vor den von ihrer eigenen Regierung und deren korrupten und korrumpierenden Allianz mit den USA gebilligten Verstößen.

Als später Washingtons Programm der „außerordentlichen Überstellungen" – staatlich geförderte Entführungen – und sein Folterregime an Orten wie Abu Ghraib ans Licht kamen, hätte sich das Rampenlicht auf das Versagen der Diplomaten richten müssen, sich zu äußern. Im Gegensatz zu Murray weigerten sie sich, zu Whistleblowern zu werden. Sie deckten die Illegalität und Barbarei.

Für seine Beschwerden wurde Murray von Tony Blairs Regierung unter anderem als sexuelles Raubtier beschimpft – ein Vorwurf, von dem ihn eine Untersuchung des Außenministeriums schließlich freisprach. Aber der Schaden war angerichtet und Murray musste gehen. Eine Verpflichtung zu moralischer und rechtlicher Redlichkeit war offensichtlich unvereinbar mit den Zielen der britischen Außenpolitik.

Murray musste seine Karriere neu erfinden und er tat dies mit einem populären Blog [4]. Er hat seine journalistische Arbeit mit der gleichen Hingabe für die Wahrheitsfindung und mit dem gleichen Engagement für den Schutz der Menschenrechte fortgesetzt – und ist dabei erneut auf den gleichen erbitterten Widerstand des britischen Establishments gestoßen.

Zwei-Klassen-Journalismus

Die eklatanteste und beunruhigendste juristische Neuerung in Lady Dorrians Urteil gegen Murray – und der Hauptgrund dafür, dass er ins Gefängnis muss – ist ihre Entscheidung, Journalisten in zwei Klassen einzuteilen: diejenigen, die für zugelassene Konzernmedien arbei-

Publiziert auf Free21 am 10.09.2021, 06:00 Uhr

ten, und diejenigen, die wie Murray unabhängig sind und oft von den Lesern finanziert werden, anstatt von Milliardären oder dem Staat hohe Gehälter zu erhalten.

Laut Lady Dorrian haben lizenzierte Konzern-Journalisten Anspruch auf Rechtsschutz, den sie inoffiziellen und unabhängigen Journalisten wie Murray verweigern – genau den Journalisten also, die sich am ehesten mit Regierungen anlegen, das Rechtssystem kritisieren und die Heuchelei und Lügen der Medienunternehmen aufdecken.

Als sie Murray der sogenannten „Puzzle-Identifikation" für schuldig befunden hat, hat Lady Dorrian aber nicht unterschieden zwischen dem, was Murray über den Fall Salmond schrieb und dem, was von oben gebilligte Konzern-Journalisten schrieben.

Dafür gibt es einen guten Grund:

Zwei Umfragen haben gezeigt, dass die meisten, die den Prozess gegen Salmond mitverfolgt haben und glauben, eine oder mehrere seiner Anklägerinnen identifiziert zu haben, dies aufgrund der Berichterstattung der Konzernmedien, insbesondere der BBC, schafften. Murrays Artikel scheinen nur sehr wenig Einfluss auf die Identifizierung der Anklägerinnen gehabt zu haben.

Unter den namentlich genannten einzelnen Journalisten wurde Dani Garavelli, der für die schottische Sonntagszeitung „Scotland on Sunday" und die „London Review of Books" über den Prozess schrieb, von den Befragten 15 Mal häufiger als Murray, als die Quelle genannt, die ihnen ermöglichte, Salmonds Anklägerinnen zu identifizieren.

Lady Dorrians Unterscheidung bezog sich vielmehr darauf, wem Schutz gewährt wird bei einer Identifizierung. Wenn man für die „Times" oder den „Guardian" schreibt oder etwas für die BBC produziert, deren Reichweite enorm ist, wird man von den Gerichten vor strafrechtlicher Verfolgung geschützt. Wer über dieselben Themen für einen Blog schreibt, riskiert ins Gefängnis geworfen zu werden.

Tatsächlich besteht die rechtliche Grundlage der „Puzzle-Identifikation" – man könnte auch sagen: ihr ganzer Sinn – darin, dass sie dem Staat gefährliche Befugnisse einräumt. Sie erlaubt dem juristischen Establishment willkürlich zu entscheiden, welches Stück des vermeintlichen Puzzles eine Identifikation ermöglicht haben soll. Wenn Kirsty Wark von der BBC ein Puzzleteil beisteuert, gilt dies in den Augen des Gerichts nicht als Identifizierung. Wenn Murray oder ein anderer unabhängiger Journalist ein anderes Puzzleteil zeigt, zählt es als Identifizierung. Wie leicht dieses Prinzip vom Establishment missbraucht werden kann, um abweichende Journalisten zu unterdrücken und zum Schweigen zu bringen, muss nicht eigens betont werden.

Und doch ist dies nicht mehr allein Lady Dorrians Beschluss. Mit der Weigerung Murrays Berufung anzuhören, hat der Oberste Gerichtshof des Vereinigten Königreichs die gleiche gefährliche Zwei-Klassen-Justiz abgesegnet.

Staatlich anerkannt

Lady Dorrian hat die traditionelle Auffassung darüber, was Journalismus ausmacht, auf den Kopf gestellt: dass es sich um eine Praxis handelt, die im besten Fall dazu dient, die Mächtigen zur Rechenschaft zu ziehen und dass jeder, der eine solche Arbeit leistet, Journalismus betreibt, unabhängig davon, ob er typischerweise als Journalist angesehen wird oder nicht.

Diese Idee war bis vor kurzem offensichtlich. Als die sozialen Medien ihren Siegeszug antraten, war eine der Errungenschaften, die sogar von den Konzernmedien herausposaunt wurde, das Aufkommen einer neuen Art von „Bürgerjournalisten". Zu diesem Zeitpunkt glaubten die Konzernmedien, dass diese Bürgerjournalisten zu billigem Futter werden würden, indem sie lokale Geschichten vor Ort liefern würden, zu denen nur sie Zugang hätten und die nur die etablierten Medien zu Geld machen können. Genau dies war der Anstoß für die „Comment is Free"-Rubrik des Guardian, die es anfangs einer Vielzahl von Menschen mit unterschiedlichem Fachwissen oder Informationen ermöglichte, der Zeitung kostenlos Artikel zur Verfügung zu stellen, um die Verkaufszahlen und Anzeigenpreise der Zeitung zu steigern.

Die Haltung des Establishments gegenüber Bürgerjournalisten und die des Guardian gegenüber dem „Comment is Free"-Modell änderte sich erst als sich zeigte, dass diese neuen Journalisten schwer zu kontrollieren waren und ihre Arbeit oft unbeabsichtigt und anderweitig die Unzulänglichkeiten, Täuschungen und die Doppelmoral der Konzernmedien aufdeckte.:

Nun hat Lady Dorrian dem Bürgerjournalismus den letzten Sargnagel verpasst. Sie hat mit ihrem Urteil erklärt, dass sie und andere Richter darüber entscheiden, wer als Journalist gilt und damit Rechtsschutz für seine Arbeit erhält. Dies ist ein kaum verhohlener Weg für den Staat, Journalisten zu lizenzieren oder für „glaubwürdig" zu befinden. Das macht den Journalismus zu einer Berufsgilde in der nur offizielle, in Unternehmen beschäftigte Journalisten vor rechtlichen Vergeltungsmaßnahmen des Staates geschützt sind.

Wenn Sie ein nicht zugelassener, nicht zertifizierter Journalist sind, können Sie, wie Murray, auf einer ähnlichen Rechtsgrundlage inhaftiert werden wie jemand, der eine chirurgische Operation ohne die erforderlichen Qualifikationen durchführt. Doch während das Gesetz gegen Scharlatan-Chirurgen dazu dient, die Öffentlichkeit zu schützen und zu verhindern, dass den Kranken unnötiges Leid zugefügt wird, dient Lady Dorrians Urteil einem ganz anderen Zweck: den Staat vor dem Schaden zu schützen, der durch die Aufdeckung seiner geheimen oder bösartigsten Praktiken, durch unruhestiftende, skeptische – und jetzt weitgehend unabhängige – Journalisten entsteht.

Der Journalismus wird wieder unter die ausschließliche Kontrolle des Staates und der milliardenschweren Konzerne gebracht. Es mag nicht überraschen, dass Konzern-Journalisten, die ihren Job gerne behalten wollen, durch ihr Schweigen, diesem umfassenden Angriff auf den Journalismus und auf die freie Meinungsäußerung, zustimmen. Schließlich han-

Hauptsitz der National Union of Journalist. Die Gewerkschaft schwieg zur monatelangen Verfolgung Murrays und zur Schaffung eines Zwei-Klassen-Journalismus durch Lady Dorrian. (Foto: Chemical Engineer / Wikimedia Commons / CCo)

delt es sich um eine Art Protektionismus – zusätzliche Arbeitsplatzsicherheit – für Journalisten, die bei Konzernmedien angestellt sind, die im Grunde gar nicht die Absicht haben, die Mächtigen herauszufordern.

Wirklich schockierend ist jedoch, dass dieser gefährliche Machtzuwachs des Staates und seiner verbündeten Unternehmen von der britischen Journalistengewerkschaft National Union of Journalists (NUJ) stillschweigend gebilligt wird. Sie hat zu den monatelangen Angriffen auf Murray und den weit verbreiteten Bemühungen, ihn wegen seiner Berichterstattung zu diskreditieren, geschwiegen. Die NUJ hat sich nicht nennenswert dazu geäußert, dass Lady Dorrian zwei Klassen von Journalisten geschaffen hat – staatlich zugelassene und nicht zugelassene – oder dass sie Murray aus diesen Gründen inhaftiert hat.

Aber die NUJ ist noch weiter gegangen. Ihre Führungsfiguren haben öffentlich ihre Hände in Unschuld gewaschen, indem sie Murray die Mitgliedschaft in der Gewerkschaft gekündigt haben, obwohl ihre Funktionäre zugegeben haben, dass er qualifiziert ist. Die NUJ hat sich an der Verfolgung eines Journalisten genauso beteiligt wie Murrays Diplomatenkollegen bei seiner Verfolgung als Botschafter. Dies ist eine wirklich beschämende Episode in der Geschichte der NUJ.

Freie Meinungsäußerung wird kriminalisiert

Aber noch gefährlicher ist, dass das Urteil von Lady Dorrian sich in das Muster einfügt, bei dem sich Politk, Justiz und Medien zusammengetan haben, um die Definition dessen, was als Journalismus gilt, zu verengen und alles auszuschließen, was über den Brei hinausgeht, der in den Konzernmedien gewöhnlich als Journalismus gilt.

Murray war einer der wenigen Journalisten, der ausführlich über die Argumentation von Assanges Anwaltsteam in seinen Auslieferungsanhörungen berichtet hat. Auffällig ist, dass sowohl im Fall Assange als auch bei Murray, die vorsitzenden Richter den Schutz der freien Meinungsäußerung, der dem Journalismus traditionell gewährt wird, eingeschränkt haben, und zwar durch die Einschränkung, wer als Journalist gilt. In beiden Fällen handelt es sich um Frontalangriffe auf die Fähigkeit einer bestimmten Art von Journalisten – diejenigen, die frei von unternehmerischem oder staatlichem Druck sind – über wichtige politische Themen zu berichten. Dadurch wurde unabhängiger Journalismus kriminalisiert. Und all dies wurde mit Tricks erreicht.

In Assanges Fall schloss sich Richterin Vanessa Baraitser weitgehend den Behauptungen der USA an, dass es sich, bei dem was der Wikileaks-Gründer getan hat, um Spionage und nicht um Journalismus handelte. Die Obama-Regierung hatte von einer strafrechtlichen Verfolgung Assanges abgesehen, weil sie im Gesetz keinen Unterschied erkennen konnten, zwischen seinem Recht, Beweise für US-Kriegsverbrechen zu veröffentlichen und dem Recht der „New York Times“ und des „Guardian“, die gleichen Beweise zu veröffentlichen, die ihnen von Wikileaks zur Verfügung gestellt wurden. Wenn die US-Regierung Assange strafrechtlich verfolgen würde, müsste sie auch die Redakteure dieser Zeitungen strafrechtlich verfolgen.

Donald Trumps Beamte haben dieses Problem umgangen, indem sie unterschieden haben zwischen „richtigen“ Journalisten, die bei Unternehmen beschäftigt sind, die die Veröffentlichungen überwachen und kontrollieren, und „falschen“ Journalisten, d. h. Unabhängigen, die keiner derartigen Aufsicht und solchem Druck ausgesetzt sind.

Trumps Beamte sprachen Assange den Status eines Journalisten und Verlegers ab und behandelten ihn stattdessen wie einen Spion, der mit Whistleblowern zusammenarbeitete und sie unterstützte. Dadurch wurde angeblich der Schutz der freien Meinungsäußerung aufgehoben, den er laut Verfassung genoss. Aber natürlich war das US-Verfahren gegen Assange völliger Unsinn. Es ist ein zentraler Bestandteil der Arbeit investigativer Journalisten, mit Whistleblowern „zusammenzuarbeiten“ und sie zu unterstützen. Und Spione verstecken die Informationen, die sie von solchen Whistleblowern erhalten und geben sie nicht an die Welt weiter, wie es Assange tat.

Man beachte die Parallelen zu Murrays Fall.

Richter Baraitsers Ansatz in Bezug auf Assange entsprach dem der USA: Nur zugelassene Journalisten genießen den Schutz des Gesetzes vor strafrechtlicher Verfolgung; nur zugelassene Journalisten haben das Recht auf freie Meinungsäußerung (sofern sie es in Nachrichtenredaktionen ausüben möchten, die staatlichen Interessen oder unternehmerischen Interessen verpflichtet sind). Meinungsfreiheit und Rechtsschutz, so Baraitser, beziehen sich nicht mehr in erster Linie auf die Rechtmäßigkeit dessen, was gesagt wird, sondern auf den rechtlichen Status derer, die etwas sagen.

Lady Dorrian verfolgte eine ähnliche Methode im Fall von Murray. Sie hat ihm den Status eines Journalisten abgesprochen und ihn stattdessen als eine Art „unzulässigen“ Journalisten oder Blogger eingestuft. Wie im Fall Assange wird damit impliziert, dass „unzulässige“ oder „falsche“ Journalisten eine so außergewöhnliche Bedrohung für die Gesellschaft darstellen, dass ihnen der normale rechtliche Schutz der freien Meinungsäußerung entzogen werden muss.

Publiziert auf Free21 am 10.09.2021, 06:00 Uhr

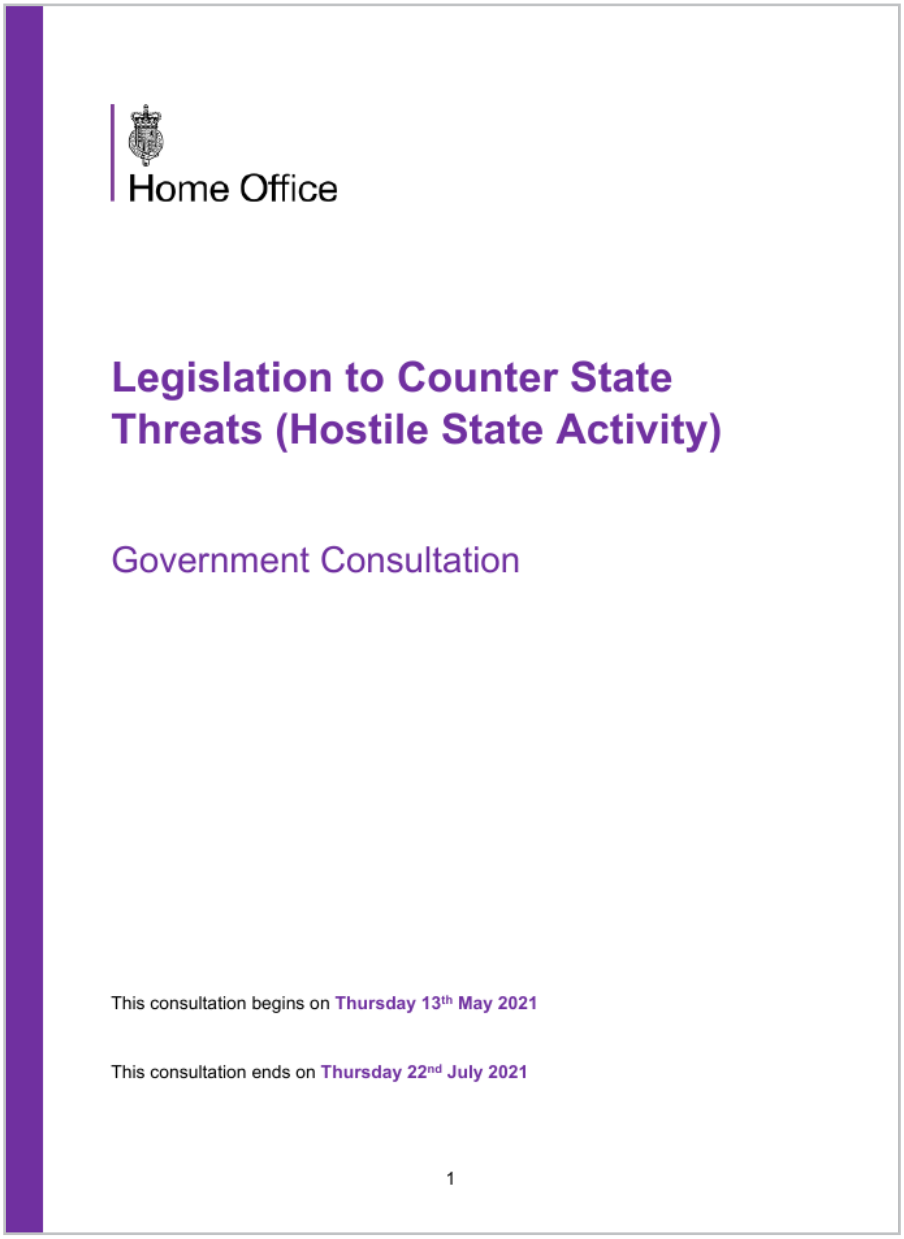
Die „Puzzle-Identifikation“ – insbesondere wenn sie mit Vorwürfen sexueller Übergriffe in Verbindung gebracht wird, Frauenrechte einbezieht und in die aktuelle Besessenheit von Identitätspolitik hineinspielt – ist das perfekte Mittel, um eine breite Zustimmung für die Kriminalisierung der freien Meinungsäußerung kritischer Journalisten zu gewinnen.

Fesseln der Konzernmedien

Es gibt ein noch größeres Bild, das jedem ehrlichen Journalisten, sei er nun bei einem Unternehmen oder nicht, nicht entgehen sollte. Lady Dorrian und Richterin Baraitser – und das Establishment, das hinter ihnen steht – versuchen, den Geist wieder in die Flasche zu bekommen. Sie versuchen, einen Trend umzukehren, der seit mehr als einem Jahrzehnt dazu geführt hat, dass eine kleine, aber wachsende Zahl von Journalisten neue Technologien und soziale Medien nutzen, um sich von den Fesseln der Konzernmedien zu befreien und Wahrheiten zu berichten, die das Publikum nie zu hören kriegen sollte.

Sie glauben mir nicht? Nehmen Sie den Fall des Journalisten Ed Vulliamy vom „Guardian“ und vom „Observer“. In seinem Buch „Flat Earth News“ erzählt Vulliamys „Guardian“-Kollege Nick Davies, wie Roger Alton, der Herausgeber des „Observer“ und ein glaubwürdiger, lizenzierter Journalist, während des Irakkriegs, eine der größten Storys in der Geschichte des Blattes monatelang unterdrückte.

Ende 2002 überredete Vulliamy – ein erfahrener und sehr vertrauenswürdiger Reporter – Mel Goodman – einen ehemaligen hochrangigen CIA-Beamten, der immer noch über eine Sicherheitsfreigabe der Behörde verfügte – zu Protokoll zu geben, dass die CIA wusste, dass es im Irak keine Massenvernichtungswaffen gab – der Vorwand für eine bevorstehende und illegale Invasion des Landes. Wie viele vermuteten, hatten die Regierungen der USA und Großbritanniens gelogen, um einen bevorstehenden Angriffskrieg gegen den Irak zu rechtfertigen, und Vulliamy hatte eine wichtige Quelle, um dies zu beweisen.


Home Office

Legislation to Counter State Threats (Hostile State Activity)

Government Consultation

This consultation begins on Thursday 13th May 2021

This consultation ends on Thursday 22nd July 2021

1

In dem Konsultationspapier wird der Journalismus implizit als etwas eingestuft, das sich kaum von Spionage und Whistleblowing unterscheidet. Es fordert höhere Strafen für Täter die unautho-risiert etwas enthüllen. (Screenshot: Konsulationspapier: „Legislation to counter state threats“, ‹https://www.gov.uk/government/consultations/legislation-to-counter-state-threats›)

Aber Alton vereitelte diese weltbewegende Story und weigerte sich dann sechs weitere Versionen zu veröffentlichen, die der zunehmend verärgerte Vulliamy in den Monaten geschrieben hatte als der Krieg auszubrechen drohte. Alton war entschlossen die Geschichte aus den Nachrichten herauszuhalten. Im Jahr 2002 brauchte es nur eine Handvoll Redakteure – die alle wegen ihrer Diskretion, ihres Feingefühls und ihres sorgfältigen „Urteils“ aufgestiegen waren – um sicherzustellen, dass bestimmte Nachrichten ihre Leser nicht erreichten.

Die sozialen Medien haben solche Berechnungen durchkreuzt. Vulliamys Story könnte heute nicht mehr so leicht unterdrückt werden. Sie würde durchsickern und zwar durch einen hochkarätigen unabhängigen Journalisten wie Assange oder Murray. Das ist der Grund, warum solche Persönlichkeiten für eine gesunde

und informierte Gesellschaft so wichtig sind – und der Grund warum sie, und einige andere wie sie, nach und nach verschwinden.

Das Establishment hat erkannt, dass der Preis für die freie Arbeit unabhängiger Journalisten viel zu hoch ist.

Zunächst wurde jeglicher unabhängige, nicht zugelassene Journalismus als „Fake News" über einen Kamm geschoren. Vor diesem Hintergrund konnten sich Social-Media-Konzerne mit sogenannten etablierten Medienkonzernen zusammentun, um unabhängige Journalisten in die Vergessenheit zu treiben. Und jetzt werden unabhängige Journalisten darüber aufgeklärt, welches Schicksal ihnen wahrscheinlich blüht, sollten sie versuchen, Assange oder Murray nachzueifern.

Quellen:

[1] The Dissenter, Mohamed Elmaazi, „Whistleblower Craig Murray Sentenced To 8 Months In Prison Over His Reporting On Former Scottish First Minister's Trial", am 18.05.2021, *<https://dissenter.substack.com/p/craig-murray-8-months-prison-sentence>*

[2] Jonathan Cook Blog, Jonathan Cook, „Assange wins. The cost: Press freedom is crushed, and dissent labelled mental illness", am 04.01.2021, *<https://www.jonathan-cook.net/blog/2021-01-04/assange-wins-the-cost-press-freedom-is-crushed-and-dissent-labelled-mental-illness/>*

[3] The Grayzone, Max Blumenthal, „Exclusive: Spanish judge seeks Sheldon Adelson security chief in Assange spying case", am 29.09.2020, *<https://thegrayzone.com/2020/09/29/spanish-judge-sheldon-adelson-assange-spying/>*

[4] Craig Murray, Blog, *<https://www.craigmurray.org.uk/>*

[5] Gov.uk, „Legislation to counter state threats", am 13.05.2021, letztes Update am 08.07.2021, *<https://www.gov.uk/government/consultations/legislation-to-counter-state-threats>*

[6] The Register, Duncan Campbell, „Planned Espionage Act could jail journos and whistleblowers as spies", am 10.02.2017, *<https://www.theregister.com/2017/02/10/espionage_law_jail_journalists_as_spies/>*

[7] The Guardian, Duncan Campbell, „How a proposed secrecy law would recast journalism as spying", am 20.07.2021, *<https://www.theguardian.com/commentisfree/2021/jul/20/proposed-secrecy-law-journalism-spying-home-office-public-interest-whistleblowing>*

Am Steuer eingeschlafen

Während die Konzernjournalisten am Steuer schliefen, bereitete sich das britische Establishment darauf vor, das Netz auszuweiten und jeden Journalismus zu kriminalisieren, der versucht die Macht ernsthaft zur Rechenschaft zu ziehen. Ein kürzlich veröffentlichtes Konsultationsdokument der Regierung, das ein drakonischeres Vorgehen gegen das fordert, was irreführenderweise als „weitere Enthüllungen" bezeichnet wird [5] – ein Code für Journalismus – hat die Unterstützung von Innenministerin Priti Patel erhalten. In dem Dokument wird der Journalismus implizit als etwas eingestuft, das sich kaum von Spionage und Whistleblowing unterscheidet.

Im Anschluss an das Konsultationspapier hat das Innenministerium das Parlament dazu aufgefordert, „höhere Höchststrafen" für Täter – d.h. Journalisten – zu erwägen und die Unterscheidung zwischen „Spionage und den gravierendsten unauthorisierten Enthüllungen" aufzuheben. Das Argument der Regierung lautet, dass „weitere Enthüllungen" „weitaus schwerwiegendere Schäden" verursachen können als Spionage und daher ähnlich behandelt werden sollten. Wenn dies akzeptiert wird, wird jede Verteidigung des öffentlichen Interesses – der traditionelle Schutz für Journalisten – stummgeschaltet.

Jeder, der die Assange-Anhörungen im vergangenen Sommer verfolgt hat – was die meisten Journalisten in den Konzernmedien ausschließt – wird starke Anklänge feststellen, an die Argumente der USA für die Auslieferung von Assange. Argumente, die Journalismus mit Spionage vermengen und die von Richterin Baraitser weitgehend akzeptiert wurden. Nichts davon kommt aus heiterem Himmel. Wie die Online-Technologie-Publikation „The Register" im Jahr 2017 feststellte, prüfte die Law Commission damals „Vorschläge für ein neues Spionagegesetz im Vereinigten Königreich, das Journalisten als Spione ins Gefängnis bringen könnte". Es hieß, ein solches Gesetz werde „in aller Eile von Rechtsberatern entwickelt". [6]

Es ist schon ziemlich außergewöhnlich, dass es zwei investigative Journalisten – einer davon ein langjähriger ehemaliger Mitarbeiter des „Guardian" – geschafft haben, in diesem Monat (Juli) einen ganzen Artikel über das Konsultationspapier der Regierung zu schreiben und Assange kein einziges Mal zu erwähnen [7]. Die Warnzeichen sind seit fast einem Jahrzehnt da, aber die Konzernjournalisten haben sich geweigert, sie wahrzunehmen. Es ist auch kein Zufall, dass Murrays Notlage nicht auf dem Radar der Konzernmedien erschienen ist.

Assange und Murray sind die Kanarienvögel im Kohlebergwerk, für das schärfere Vorgehen gegen den investigativen Journalismus und gegen Bemühungen, die Exekutive zur Rechenschaft zu ziehen. Die Konzernmedien machen dies natürlich immer weniger. Das könnte erklären, warum sie das zunehmende politische und rechtliche Klima gegen Meinungsfreiheit und Transparenz nicht nur entspannt sehen, sondern es geradezu bejubeln.

In den Fällen von Assange und Murray verschafft sich der britische Staat einen Raum, um zu definieren, was als legitimer, autorisierter Journalismus gilt – und die Journalisten machen bei dieser gefährlichen Entwicklung mit, wenn auch nur durch ihr Schweigen. Diese Absprache sagt uns viel über die gegenseitigen Interessen des politischen und juristischen Establishments einerseits und des Konzernmedien-Establishments andererseits.

Assange und Murray erzählen uns nicht nur beunruhigende Wahrheiten, die wir nicht hören sollen. Die Tatsache, dass ihnen die Solidarität von ihren Kollegen verweigert wird, die als nächstes in der Schusslinie stehen könnten, sagt uns alles, was wir über die sogenannten Mainstream-Medien wissen müssen: dass die Rolle von Konzernjournalisten darin besteht, den Interessen des Establishments zu dienen und sie nicht in Frage zu stellen.

Publiziert auf Free21 am 10.09.2021, 06:00 Uhr

Dieser Text wurde zuerst am 27.09.2021 auf www.caitlinjohnstone.com unter der URL <https://caitlinjohnstone.com/2021/09/27/how-is-the-cia-still-a-thing/> veröffentlicht. Lizenz: Caitlin Johnstone, CC BY-NC-ND 4.0

Symbolbild. Foto: Thierry Ehrmann/Global Panorama, Flickr.com, Lizenz: CC BY 2.0 Quelle: https://www.flickr.com/photos/home_of_chaos/5243713736

Warum existiert die CIA noch?

Ein neuer Bericht von Yahoo News [1], der aus „Gesprächen mit mehr als 30 ehemaligen US-Beamten" zitiert, bestätigt frühere Anschuldigungen [2], dass der US-Geheimdienst nicht nur WikiLeaks-Gründer Julian Assange und seine Mitarbeiter ausspionierte, sondern auch Pläne für seine Entführung, Überstellung und Ermordung ausgearbeitet hat.

Autor: Caitlin Johnstone

über sich selbst: Schurkenjournalistin. Bogan Sozialistin. Anarcho-psychonautin. Guerilla-Dichterin. Utopia Prepper. Sie ist stolz, zu 100 % leserfinanziert zu werden durch Patreon und Paypal. Arbeitet eng mit „Soulmate/Mitverschwörer" Tim Foley zusammen. Wenn Sie Caitlin Johnstone unterstützen möchten, können Sie auf ihre Website gehen:

www.caitlinjohnstone.com

Diese Pläne wurden Berichten zufolge in Abstimmung mit dem Weißen Haus unter Trump ausgearbeitet, als der damalige CIA-Direktor Mike Pompeo und die damalige stellvertretende CIA-Direktorin Gina Haspel wegen der WikiLeaks-Veröffentlichung von „Vault 7" [3] aus dem Jahr 2017 in Rage gerieten. Dabei wurde enthüllt, dass die CIA die Kontrolle über ein enormes digitales Arsenal an Hacking-Tools verloren hatte. Dazu gehörten solche, die die Überwachung von Smartphones, Smart-TVs und Webbrowsern ermöglichten, das Hacken von computergesteuerten Fahrzeugkontrollsystemen sowie die Fähigkeit, ausländische Regierungen für Cyberangriffe verantwortlich zu machen, indem die digitalen „Fingerabdrücke" der von ihnen verwendeten Hacking-Methoden eingefügt wurden, um sie für Ermittler sichtbar zu machen. Es war das größte Datenleck in der Geschichte der CIA.

Normalerweise müssen wir Jahrzehnte auf die Bestätigung warten, dass die CIA etwas Schändliches getan hat – und dann nehmen die Leute absurderweise an, dass so etwas nicht mehr vorkommt, weil es so lange her ist und weil es unangenehm ist, sein Weltbild zu ändern. Aber hier

Symbolbild. Foto: Pixabay.com, Lizenz: Pixabay License

haben wir nun einen auf umfangreichen Quellen basierenden Bericht, demzufolge die CIA die Entführung, Überstellung und Ermordung eines Journalisten plante, der authentische Dokumente im öffentlichen Interesse publiziert hatte – und das nur vier Jahre danach.

Das ist eine spektakuläre Verletzung praktisch jedes Wertes, den die westliche Gesellschaft zu verteidigen vorgibt. Vor allem die Sache mit der Ermordung.

Die Autoren der Geschichte (die der offiziellen Darstellung ihren eigenen fadenscheinigen Dreh [4] hinzufügen, indem sie Verbindungen zwischen Russland und WikiLeaks [5] unterstellen) sagen, es sei nicht bekannt, wie ernst die Attentatspläne in Langley genommen wurden. Aber sie machen unmissverständlich klar, dass solche Pläne geschmiedet wurden:

> Ein ehemaliger Geheimdienstmitarbeiter sagte, dass Führungskräfte des Geheimdienstes ‚Skizzen' von Plänen für die Ermordung von Assange und anderen in Europa ansässigen WikiLeaks-Mitgliedern, die Zugang zu Vault 7 hatten, angefordert und erhalten hätten. Es gab Diskussionen darüber, ‚ob die Ermordung von Assange möglich und ob sie legal war'."

Und das allein sollte schon Grund genug sein, die Central Intelligence Agency komplett abzuschaffen. Schon allein aufgrund der Tatsache, dass dies eine Institution ist, in der solche Gespräche überhaupt stattfinden und solche Pläne gemacht werden. Ganz zu schweigen von der offensichtlichen Folgerung, dass sie solche Gespräche nicht führen und solche Pläne nicht ausarbeiten würden, wenn sie nicht auch von Zeit zu Zeit danach handeln würden.

Ich kann einfach nicht fassen, dass diese Behauptung durch eine Untersuchung von Mainstream-Journalisten bestätigt wurde und die öffentliche Reaktion aus einem „Oh wow, was für eine alarmierende Nachricht" bestand, anstatt zu sagen: „Okay, dann darf die CIA eben nicht mehr existieren".

Ich meine, ist es nicht auf unwirkliche Art bizarr, dass wir gerade erst herausgefunden haben, dass die CIA vor kurzem Pläne für die Ermordung eines Journalisten wegen seiner journalistischen Tätigkeit ausgearbeitet hat – wir aber trotzdem nicht alle einstimmig fordern, dass die CIA vollständig aufgelöst und für immer die Toilette hinuntergespült wird?

Es handelt sich dabei um dieselbe lügende [6], mit Drogen handelnde, kriegstreiberische [7], Propaganda betreibende [8] und psychologisch terrorisierende Central Intelligence Agency, die seit Generationen die Welt auf bösartige Art und Weise dazu bringt, ihren Plänen zuzustimmen. [9]. Sie ist sicherlich eine der verkommensten Institutionen, die es je gab [10], in Bezug auf die schiere Psychopathie vergleichbar mit den Schlimmsten der Schlimmen in der Geschichte.

Warum gibt es sie also? Warum gibt es immer noch eine Einrichtung, zu deren umfangreichen Foltermethoden [11] Berichten zufolge „Vergewaltigung, Gruppenvergewaltigung, Vergewaltigung mit Aalen, Schlangen oder harten Gegenständen und Vergewaltigung mit anschließendem Mord" gehörten; „Elektroschocks (‚die Bell-Telefon-Stunde'), die durch das Anbringen von Drähten an den Genitalien oder anderen empfindlichen Körperteilen wie der Zunge verabreicht wurden; die ‚Wasserbehandlung'; das ‚Flugzeug', bei dem die Arme des Gefangenen auf dem Rücken gefesselt wurden und das Seil an einem Haken an der Decke aufgehängt wurde, so dass der Gefangene in der Luft schwebte, woraufhin er geschlagen wurde; Schläge mit Gummischläuchen und Peitschen; der Einsatz von Polizeihunden, um Gefangene zu zerfleischen"? [12]

Das ist natürlich eine rhetorische Frage. Wir alle wissen, warum es die CIA noch gibt. Eine Behörde, die die Nachrichtenmedien mit immer größerer Un-

Publiziert auf Free21 am 9.10.2021, 6:00 Uhr

verfrorenheit kontrolliert, wird nicht dazu beitragen, dass die Öffentlichkeit besser über ihre endlose Bilanz schrecklicher Missbräuche [13] informiert wird. Und wenn irgendjemand an der Macht auch nur daran denkt, ihnen in die Quere zu kommen, haben sie „einen Köcher voller Möglichkeiten, es dir heimzuzahlen". [14]

Die CIA gibt es aus genau dem Grund noch, von dem wir uns wünschen, es gäbe ihn nicht: weil sie raffinierter und skrupelloser ist als alle anderen. Weil sie bereit ist, alles zu tun, was nötig ist, um weiterhin zu dominieren und ihren Willen durchzusetzen. Weil sie Menschen, die sie nicht mag, schreckliche Dinge antut.

Das Datum, an dem die CIA angeblich zum allerletzten Mal etwas Böses tat, verjüngt sich regelmäßig. Die CIA hatte gerade beiläufig Pläne für die Ermordung von Julian Assange ausgearbeitet – für den Fall, dass sie beschlossen hätten, es zu tun. Aber man ist ein verrückter Verschwörungstheoretiker, wenn man denkt, dass sie gerade andere schlimme Dinge tun könnten.

Der Grund, warum die jüngste Assange-Geschichte nicht mehr Aufmerksamkeit erregt und mehr Menschen dazu bringt, kritisch über die CIA nachzudenken, besteht darin, dass die Pläne der US-Regierung, einen Journalisten zu entführen, zu überstellen und zu ermorden – weil er die Wahrheit sagt – so unbegreiflich böse sind, dass sie zu viele kognitive Dissonanzen hervorrufen, als dass die Menschen sie wirklich verarbeiten könnten. Unser Verstand ist so verdrahtet, dass er Informationen zurückweist, die unsere Weltsicht stören [15]. Und Menschen, die ihr Leben in dem Glauben verbracht haben, sie lebten in einer freien Demokratie, werden eine Weltsicht haben, die gegen Informationen resistent ist, die zeigen, dass wir tatsächlich von geheimen Machtstrukturen regiert werden, die über unsere Stimmabgabe lachen.

Um es noch einmal zusammenzufassen: Die CIA plante, Julian Assange zu entführen und zu überstellen und ihn und seine Mitarbeiter zu ermorden. Die CIA hat Assange und sein Anwaltsteam ausspioniert [16], und ein notorisch unzuverlässiger Kronzeuge der Anklage gab zu, Beweise gefälscht zu haben [17]. Und dennoch wird die CIA nicht niedergebrannt und ihre Asche in die Winde von Langley verstreut. Und das Vereinigte Königreich folgt immer noch irgendwie dem Aufruf der USA zur Auslieferung von Assange [18].

Ich habe es schon einmal gesagt und werde es wiederholen: Bei allem Licht, das WikiLeaks über die Jahre auf die dunklen Machenschaften der Mächtigen geworfen hat, so enthüllte die Verfolgung von Julian Assange durch eben diese Machtstrukturen noch viel, viel mehr. Je mehr sie ihn zu schikanieren versuchen, desto heller leuchtet das auf sie gerichtete Scheinwerfer-Licht und macht es für uns einfacher und leichter zu erkennen, wer sie sind, was sie tun – und wie sie es tun.

Quellen:

[1] Yahoo, Zach Dorfman, Sean D. Naylor und Michael Isikoff, „Kidnapping, assassination and a London shoot-out: Inside the CIA's secret war plans against WikiLeaks", am 26.09.2021, *<https://news.yahoo.com/kidnapping-assassination-and-a-london-shoot-out-inside-the- ci-as-secret-war-plans-against-wiki-leaks-090057786.html>*

[2] Medium, Kevin Gosztola, „The CIA's War On WikiLeaks Founder Julian Assange", am 04.10.2019, *<https://medium.com/discourse/ the-cias-war-on-wikileaks-founder-julian-assange-4a26b78fa042>*

[3] WikiLeaks, „Vault 7: CIA Hacking Tools Revealed", am 07.03.2017, *<https://wikileaks.org/ciav7p1/>*

[4] AntiWar, Ray McGovern, „Isikoff's Cops and Robbers Camouflage the Big Lie", am 27.09.2021, *<https://original.antiwar.com/mcgovern/ 2021/09/26/isikoffs-cops-and-robbers-camouflage-the-big-lie/>*

[5] Twitter, „Stella Moris #FreeAssangeNOW", am 26.09.2021, *<https://twitter.com/StellaMoris1/status/1442242582583590913?s=20>*

[6] The Verge, Russell Brandom, „The 8 biggest lies the CIA told about torture", am 09.12.2014, *<https://www.theverge.com/2014/12/9/ 7361295/biggest-lies-the-cia-told-about-the-torture-program>*

[7] Youtube, „John Stockwell - CIA's War on Humans", *<https://www.youtube.com/watch?v=m3ioJGMCr-Y>*

[8] Caitlin's Newsletter, Caitlin Johnstone, „The CIA Used To Infiltrate The Media. Now The CIA Is The Media.", am 16.04.2021, *<https://caitlinjohnstone.substack.com/p/the-cia-used-to-infiltrate-the-media>*

[9] William Blum, Richard D. Vogel, „Map of US Military and CIA Interventions since World War", in 2010, *<https://williamblum.org/ intervention-map>*

[10] CounterPunch, Douglas Valentine und Lars Schall, „The CIA: 70 Years of Organized Crime", am 22.09.2017, *<https://www.counterpunch.org/2017/09/22/the-cia-70-years-of-organized-crime/>*

[11] Slate, Darius Rejali, „Ice Water and Sweatboxes", am 17.03.2009, *<https://slate.com/news-and-politics/2009/03/the-history-of-cia-torture.html>*

[12] Wikipedia, „Torture", *<https://en.wikipedia.org/wiki/Phoenix_Program#Torture>*

[13] Caitlin Johnstone, Caitlin Johnstone, „The CIA Used To Infiltrate The Media. Now The CIA Is The Media.", am 16.04.2021, *<https://caitlinjohnstone.com/2021/04/16/the-cia-used-to-infiltrate-the-media-now-the-cia-is-the-media/>*

[14] Youtube, The Rachel Maddow Show, „Schumer Warns Trump: Intel Community Has Many Ways to ‚Get Back at You'", am 26.09.2019, *<https://www.youtube.com/watch?v=6OYyXv2l4-I>*

[15] The Oatmeal, „You're not going to believe what i'm about to tell you." *<https://theoatmeal.com/comics/believe>*

[16] The Grayzone, Max Blumenthal, „'The American friends': New court files expose Sheldon Adelson's security team in US spy operation against Julian Assange" am 14.05.2020, *<https://thegrayzone.com/2020/05/14/american-sheldon-adelsons-us-spy-julian- assange/>*

[17] Caitlin Johnstone, Caitlin Johnstone, „Assange Prosecution Relied On False Testimony From A Diagnosed Sociopath And Convicted Pedophile", am 27.06.2021, *<https://caitlinjohnstone.com/2021/06/27/assange-prosecution-relied-on-false-testimony-from-a-diagnosed -sociopath-and-convicted-pedophile/>*

[18] Alja Zeera, „UK judge backs US appeal in Assange extradition case", am 11.08.2021, *<https://www.aljazeera.com/news/2021/8/11/uk-judge-backs-us-appeal-in-assange-extradition-case>*

In der Sendung „Titel, Thesen, Temperamente“ am 10.7.2011 kam Mathias Bröckers zu den Widersprüchen und offenen Fragen zu 9/11 zu Wort. Sendungsausschnitt unter https://www.youtube.com/watch?v=xZi7Mtf9IgY&t=4s (Fotomontage aus Screenshots aus TTT, 10.07.2011, © alle Rechte vorbehalten)

Wie ich zum **Verschwörungstheoretiker** wurde

Autor: Mathias Bröckers

Jahrgang 1954, ist freier Journalist und schreibt unter anderem für die taz und Telepolis. Er gehört zur Gründergeneration der taz und war dort bis 1991 Kultur- und Wissenschaftsredakteur. Danach war er für Die Zeit und Die Woche als Kolumnist sowie als Rundfunkautor tätig und fungierte als Mitglied der Sachbuch-Jury der Süddeutschen Zeitung. Neben Radiosendungen, Kabarettprogrammen und Beiträgen für Anthologien veröffentlichte Mathias Bröckers zahlreiche Bücher. „Die Wiederentdeckung der Nutzpflanze Hanf“ und „Verschwörungen, Verschwörungstheorien und die Geheimnisse des 11.9.“ wurden internationale Bestseller. Mathias Bröckers veröffentlichte zuletzt „Don’t Kill The Messenger – Freiheit für Julian Assange“ im Westendverlag. Er bloggt auf broeckers.com.

Dieser Text wurde zuerst am 11.09.2021 auf www.broeckers.com unter der URL ‹https://www.broeckers.co› veröffentlicht. Lizenz: Mathias Bröckers, CC BY-NC-ND 4.0

Vor zehn Jahren stellte der Kollege Tilman Jens in einem Beitrag für das Kulturmagazin „titel, thesen, temperamente“ unser Buch zum zehnten Jahrestag von 9/11 [1] vor – jetzt ist es wieder erschienen, als Teil 3 der Trilogie „11.9. – 20 Jahre danach“ [2].

Er fasste damals seine Rezension am Ende folgendermaßen zusammen: „Dabei ist Bröckers ‚Sünden‘-Register der Versäumnisse und Widersprüche bei der Aufklärung des 11. September weder anti-amerikanisch noch verschwörungstheoretisch. Der Autor konstruiert keine Antworten, sondern er besinnt sich einzig auf eine uralte journalistische Tugend: Auf das Handwerk des gelegentlich unbotmäßigen Zweifels.“ Da schlug die FAZ umgehend Alarm: Das „skandalöse Versagen“ der „Überwachungsinstanzen“ der ARD wurde angeprangert, die eine derartige „Hymne auf Verschwörungstheoretiker zu verantworten haben“, und es wurden schwere Geschütze aus der Jauchegrube gefeuert: „Paranoide Pseudo-Enthüllungen“, „sektiererisch“, „Antisemitismus“, „Antiamerikanismus“, „Mein Kampf“, „Die Protokolle der Weisen von Zion“.

Argumente für diese Schmähungen wurden nicht angeführt, und so schien die Forderung doch reichlich vermessen, dass es Journalisten nach gründlicher Recherche nicht mehr erlaubt sein sollte, Fragen zum Hergang des 11.9. zu formulieren – und wenn sie es doch tun, die „Überwachungsinstanzen“ der ARD dafür zu sorgen haben, dass die Öffentlichkeit davon nichts erfährt. (Mehr dazu in Mythos 9/11 [3])

Sie scheint aber auf fruchtbaren Boden gefallen zu sein, was mir in den letzten Tagen eine Serie von Deja-vú-Erlebnissen bescherte. Schon im Frühjahr hatte eine TV-Produktion für eine ARD-Doku zum 11.9. wegen eines Interviews angefragt.

Nachdem ich zuerst abgelehnt hatte, weil ich auf das erwartbare Framing als „Verschwörungstheoretiker“ keine Lust hatte, wurde zugesichert, dass die Dokumentation nur aus den unkommentierten O-Tönen der Protagonisten bestehen sollte. Ich sagte zu und gab im Mai ein längeres Interview. Als ich mich im August erkundigte, wann die Premiere des Films sein wird, erhielt ich die Nachricht, das meine Äußerungen „aus dra-

Publiziert auf Free21 am 3.10.2021, 14:00 Uhr

maturgischen Gründen“ leider komplett geschnitten werden mussten.

Ebenfalls schon vor zwei Monaten hatte der WDR wegen einer Wiederholung des 2-stündigen Hörspiels „Das fünfte Flugzeug” angefragt, das Andreas von Westphalen 2011 nach unserem Roman in Szene gesetzt hatte [4]. Es sollte am 2. und 9. September auf WDR1 laufen, und am Vorabend hatte ich es hier noch angekündigt und die enstprechende Website verlinkt [5]. Am nächsten Morgen aber war sie verschwunden, und gegen 10.30 Uhr bekam ich eine Mail, dass die Redaktion das Stück „leider“ aus dem Programm genommen hätte. Wahrscheinlich haben die Experten der „Überwachungsinstanzen“ im letzten Moment geschnallt, dass hinter dem Roman und dem Pseudonym John S. Cooper zwei „Verschwörungstheoretiker“ stecken… und das geht ja nun gar nicht.

Vor zwei Wochen nun kam eine Anfrage vom Deutschlandfunk, ob ich für den 10.9. einen 4-Minuten-Kommentar unter dem Arbeitstitel „Wie ich zum Verschwörungstheoretiker wurde“ schreiben könnte. Ich fragte den Kollegen, ob er wüsste, dass er sich damit Ärger einhandelt und erzählte ihm, dass ich vor 20 Jahren als Autor im ARD-Radio hingeschmissen hatte, weil eine Glosse über die Elefantenspuren in Mohamed Attas Koffer nicht sendbar war. Selbst vorsichtige Zweifel an der offiziellen Geschichte konnten damals öffentlich-rechtlich nicht geäußert werden, weil schon diese Skepsis reichte, um zum „Verschwörungstheoretiker“ gestempelt zu werden – selbst dann nicht, wenn man gar keine alternativen Theorien verbreitete, sondern nur die Ungereimtheiten und Widersprüche der offiziellen Geschichte aufzeigte.

Gerade das sei doch interessant, meinte der Kollege, darüber solle ich schreiben, was ich dann auch tat und den Text Anfang der Woche im DLF-Studio in Schöneberg einsprach. Ein harmloses, kreuzbraves 4-Minuten-Stück – wie wir dachten, doch hatten wir die Rechnung ohne die Hierarchien gemacht. Was folgte, war eine Posse – deren Nacherzählung ich mir spare –, die für ein groteskes Theaterstück über die „Cancel Kultur“ und chomsky-eske „Manufacturing Consent“-Medien durchaus geeignet wäre… Am Ende entschied der Wellenchef, dass er die Verantwortung nicht übernehmen könne – und der für Freitag 7.20 Uhr schon eingetaktete Kommentar musste noch in der Nacht entfernt und ausgetauscht werden. Hier nun für die Hörer*innen des Deutschlandradios exklusiv auf diesem Blog:

„Wie ich zum Verschwörungstheoretiker wurde“

Von Mathias Bröckers

Als „Verschwörungstheoretiker“ ist man heutzutage ja nicht mehr einsam. Die Zuschreibungen zu dieser Klasse, Gruppe oder Glaubensgemeinschaft haben ein so inflationäres Ausmaß angenommen, dass Skeptiker und Kritiker/innen von Regierungsverlautbarungen umgehend Gefahr laufen, diesem Lager zugeschlagen zu werden.

Seinen Siegeszug im Zeichen der psychologischen Kriegsführung trat der Begriff „Verschwörungstheorie“ vor zwei Jahrzehnten an, als George W. Bush im Oktober 2001 vor der UN-Vollversammlung sagte: „Wir müssen die Wahrheit über den Terror aussprechen. Lasst uns niemals frevelhafte Verschwörungstheorien im Zusammenhang mit dem 11. September tolerieren, boshafte Lügen, die bezwecken, die Schuld von den Terroristen abzulenken, weg von den Schuldigen.“

Zu diesem Zeitpunkt war die „Wahrheit“ über den Terror allerdings noch unbekannt, nicht einmal die Identitäten der 19 „Hijacker“ waren geklärt, geschweige denn die Frage, wie sie mit zwei Flugzeugen drei Wolkenkratzer pulverisieren konnten. Die Bush-Regierung hatte bekanntlich den Einsatz einer staatlichen Untersuchungskommission über ein Jahr lang verweigert und stattdessen den „War on Terror“ ausgerufen. Unter der Parole „Mit uns oder mit den Terroristen“. Wer da noch Fragen stellte, war auf der Seite der „Terroristen” – als „boshafter Lügner“ und „frevelhafter Verschwörungstheoretiker“.

Weil ich schon Monate vor dem 11. September 2001 damit angefangen hat-

Über das Buch:
Die Anschläge des 11.9.2001 dürften als das Jahrhundertverbrechen in die Geschichte eingehen. Wie aber kann es sein, dass auch nach zwanzig Jahren noch immer an der „offiziellen Wahrheit“ festgehalten wird, obwohl bis heute die objektiven Unstimmigkeiten an dieser Version erdrückend sind? Die Kommission zur Klärung der Ereignisse legte einen Abschlussbericht vor, der einer staatsanwaltlichen Prüfung nicht standhält und von dem sich selbst die Kommissionsmitglieder distanziert haben. Bestsellerautor Mathias Bröckers zieht zum 20. Jahrestag der Anschläge vom 11. September 2001 eine ernüchternde Bilanz über unterdrückte Beweise und die Folgen, die der „War on Terror“ bis heute weltweit nach sich zieht. (Buchcover, Westend Verlag, 2011, 2021)

Über das Buch:
Für den einstigen Top-Journalisten Max Fuller klingt das Ganze zunächst wie eine durchgeknallte 9/11-Verschwörungstheorie: Ein mysteriöser Anwalt bietet ihm die wahre Geschichte des »fünften Flugzeuges« an, das am 11. September 2001 über die Radarschirme der US-Luftabwehr irrte - und dazu auch gleich noch den angeblichen Piloten. Aber als er diesen tatsächlich ausfindig macht und ihm das Versprechen abnimmt, on air auszupacken, wird der Pilot Opfer eines merkwürdigen »Unfalls«. Und Fuller weiß, dass er der nächste auf der Liste ist. Ein atemberaubender Politthriller über die Hintergründe des 11. September. (Buchcover, Westend Verlag, 2021)

Quellen:

[1] Mathias Bröckers, 11.9. – Zehn Jahre danach, Westend Verlag, 2011, *<https://www.broeckers.com/911-2/11-9-zehn-jahre-danach/>*

[2] Mathias Bröckers, Andreas Hauß, Christian C. Walther, 11.9. 20 Jahre danach – Einsturz einer Legende, Westend Verlag, 2021, *<https://www.buchkomplizen.de/buecher/politik/11-9.html?noloc=1>*

[3] Mathias Bröckers, MYTHOS 9/11 Die Bilanz des Jahrhundertverbrechens - 20 Jahre danach, Westend Verlag, 2021, *<https://www.buchkomplizen.de/buecher-mehr/mythos-9-11.html>*

[4] Mathias Bröckers, Still airborne: Das fünfte Flugzeug ist noch immer nicht gelandet, Artikel auf www.broeckers.com, am 13.07.2021, unter *<https://www.broeckers.com/2021/07/13/still-airborne-das-funfte-flugzeug-ist-noch-immer-nicht-gelandet/>*

[5] Mathias Bröckers, 1LIVE Krimi: Das fünfte Flugzeug, Kommentar auf www.broeckers.com, am 01.09.2021 unter *<https://www.broeckers.com/2021/09/01/1live-krimi-das-funfte-flugzeug/>*

te, ein Buch über Verschwörungen und Verschwörungstheorien zu schreiben, notierte ich mir am Morgen, dass diese oft benutzt werden, um komplexe Ereignisse auf eine einzige Ursache zu reduzieren. Und mich dann gewundert, dass, als die WTC-Türme noch nicht einmal eingestürzt waren, schon Osama Bin Laden als Hauptverdächtiger genannt wurde und am nächsten Tag als Täter quasi feststand. Meine für extreme Komplexitiätsreduktion sensibilisierte Optik schlug aber spätestens dann Alarm, als in dem hängengebliebenen Koffer des angeblichen Rädelsführers von 9/11, Mohamed Atta, ein Koran-Gebetsbuch sowie sein Testament gefunden wurden. Wie es der Zufall dann auch noch wollte, fand sich in einem Mietwagen seiner Kameraden ein Zettel mit der Handynummer von niemand anderem als – Osama Bin Laden. Mich beschlich das Gefühl, dass hier gerade ein hochkomplexes Ereignis auf einen simplen Sündenbock reduziert wurde. Ich wunderte mich: Haben wir es nicht nur mit einem live übertragenen Verbrechen, sondern auch mit dem medialen »Making-of« einer Verschwörungstheorie zu tun? Nach George Bushs Diktum war zwar schon eine solche Frage frevelhaft, ich aber kam mir vor wie ein Paläontologe, der historische Fußabdrücke von Dinosauriern untersucht und seinen Forschungsgegenstand plötzlich live in der freien Wildbahn erlebt.

Dass die großen Medien von dieser Beobachtung nichts wissen wollten, schaffte für mich die Ungereimtheiten und Widersprüche der offiziellen Version dieses Terroranschlages nicht aus der Welt. Und diese Fragezeichen verschwanden auch nicht nach dem 2004 vorgelegten „9/11-Report“ der offiziellen Untersuchungskommission, dessen Kronzeuge, Khalid Scheich Mohamed, in Guantanamo für seine Aussagen 182-mal dem „Waterboarding“ unterzogen wurde. Kein Gericht der Welt hätte solche Foltergeständnisse als Beweis akzeptieren können – doch vor einem ordentlichen Gericht mit einem rechtsstaatlichen Verfahren wurde diese Anklage bis heute nie verhandelt. Das Urteil war ja auch ohnehin längst gesprochen und lautete: „War On Terror“, Krieg gegen Afghanistan.

Es war eher ein Zufall, dass meine für Verschwörungstheorien sensibilisierte Perspektive an diesem 11. September 2001 schnell meine Zweifel an der offiziellen Darstellung der Ereignisse geweckt hatte. In der Folge machten meine weiteren Recherchen zahlreiche Widersprüche und Ungereimtheiten an der offiziellen Version von 9/11 deutlich. Das Herausarbeiten der vielen Merkwürdigkeiten hat mir zwar das schwer ablösbare Etikett „Verschwörungstheoretiker“ eingebracht, wie jedoch in meinen drei Büchern zu 9/11 leicht nachprüfbar ist, habe ich zwar die Lücken und Lügen der offiziellen Legende dargelegt, selbst aber nie eine Theorie über die Hintermänner, geschweige denn eine Verschwörungstheorie, aufgestellt. Denn die Wahrheit über den 11. September kenne ich nicht, und kein Journalist und kein Historiker kann sie ermitteln, das kann nur ein ordentliches Gericht, das Zeugen vorladen und die Freigabe von geheim gehaltenen Dokumenten erzwingen kann. Deshalb kann es zum 20. Jahrestag nur eine Forderung geben, die Neu-Untersuchung des Verbrechens: Re-Investigate 9/11!“

Publiziert auf Free21 am 3.10.2021, 14:00 Uhr

Dieser Text wurde zuerst am 16.09.2021 auf www.nachdenkseiten.de unter der URL ‹https://www.nachdenkseiten.de/?p=76084› veröffentlicht. Lizenz: Leo Ensel, Nachdenkseiten, CC BY-NC-ND 4.0

Gründungsparteitag der Grünen. (Foto: Grünes Gedächtnis / gruene.de / CC BY-NC 3.0 DE)

Ein Nachruf:

Toxische Selbstgerechtigkeit oder: Das **waren** die Grünen!

Die heutigen GRÜNEN haben mit der Partei, die 1983 in den Bundestag einzog, nur noch den Namen gemeinsam. Statt gegen die neue Aufrüstungsspirale zu kämpfen, werben sie für die „atomare Teilhabe“ und sonnen sich in ihrer gefühlten moralischen Überlegenheit.

Autor: Dr. Leo Ensel

Dr. Leo Ensel („Look at the other side!“) ist Konfliktforscher und interkultureller Trainer mit Schwerpunkt „Postsowjetischer Raum und Mittel-/Ost-Europa“. Veröffentlichungen zu den Themen „Angst und atomare Aufrüstung“, zur Sozialpsychologie der Wiedervereinigung sowie Studien über die Deutschlandbilder im postsowjetischen Raum. Im Neuen West-Ost-Konflikt gilt sein Hauptanliegen der Überwindung falscher Narrative, der Deeskalation und der Rekonstruktion des Vertrauens. – Der Autor legt Wert auf seine Unabhängigkeit. Er fühlt sich ausschließlich den genannten Themen und keinem nationalen Narrativ verpflichtet.

Liebe GRÜNE,

nein, der Auftrag für dieses Epitaph kam nicht aus dem Kreml – er kam von euch selbst! Eure Politik, die seit über zwei Jahrzehnten nichts, aber auch gar nichts mehr mit euren friedensbewegten Wurzeln aus den Achtziger Jahren zu tun hat – was offenbar die Wenigsten zu stören scheint; ja, die Allerwenigsten überhaupt realisieren – schreit nach Widerspruch.

Was Präsident Putin, sollte er tatsächlich nichts Besseres zu tun haben, als sich ausgerechnet über euch den Kopf zu zerbrechen, denkt oder vorhat, weiß ich nicht. Es ist mir auch egal. Kurz und in klarer deutscher Prosa: Ich möchte nicht, dass ihr demnächst die/den Außenminister*in oder gar die Kanzlerin stellt. Genauer: Ich möchte euch derzeit um nichts in der Welt in der Regierung sehen! Ihr sollt auf keinen Fall die Geschicke unseres Landes auch nur mitbestimmen dürfen. Und das sagt euch jemand, der euch 30 Jahre lang so treu und brav gewählt hat, wie dessen Eltern seinerzeit die CDU. Aber spätestens seit sieben Jahren ist damit Schluss.

Kurz zu mir: Wie Hunderttausende andere Menschen bin ich in den Achtziger Jahren in Westdeutschland auf die Straße gegangen und habe gegen die Stationierung von atomar bestückten Mittelstreckenraketen demonstriert, die im sogenannten „Ernstfall“ innerhalb von acht Minuten alle größeren westlichen Städte der Sowjetunion dem Erdboden gleich gemacht und Millionen Sowjetbürger in Leichen verwandelt hätten. Damals wart ihr unsere Hoffnung. Als ihr im Frühling

1983 erstmals in den Bundestag einzogt, wart ihr das Bein der Friedensbewegung im Parlament. Und ihr habt in dieser Zeit (das sei euch nach wie vor zugestanden) den Laden gehörig aufgemischt.

Ökopax

„Ökopax" hieß das Zauberwort – es ist bezeichnenderweise längst vergessen, damals! Ökologie, der Kampf gegen die Zerstörung der Mitwelt und der Kampf für den Frieden, also für Abrüstung, die Überwindung der Machtblöcke und für eine Welt ohne Massenvernichtungsmittel, kurz: der Kampf gegen die Vernichtung allen Lebens auf unserem Planeten – sei es durch Krieg oder „friedlich" – gehörte damals für euch, wie für alle Menschen, die in größter Unruhe waren, selbstverständlich zusammen. Allen war klar, dass dies ein und derselbe Kampf war, nur eben an unterschiedlichen Fronten.

Das Gleiche galt für die Menschenrechte: Petra Kelly, sie trug dabei ein T-Shirt mit dem „Schwerter zu Pflugscharen"-Symbol der staatlich verfolgten DDR-Friedensbewegung, traf sich am 31. Oktober 1983 zusammen mit den grünen Bundestagsabgeordneten Gerd Bastian, Antje Vollmer, Lukas Beckmann und (ja, der!) Otto Schily mit dem Staatsratsvorsitzenden Erich Honecker in Ostberlin – und anschließend mit oppositionellen Bürgerrechtlern. Im Mai desselben Jahres waren Kelly, Bastian und andere GRÜNE sogar kurzfristig verhaftet worden, als sie auf dem Alexanderplatz ein Transparent mit der Forderung „Abrüstung in Ost und West" entrollten. Und später, im November 1987, protestierten sie gegen die Inhaftierung von Mitgliedern der Ostberliner Umwelt-Bibliothek. Mit einem Wort: Damals wart ihr unbestechlich und habt Euch von keiner Seite vereinnahmen lassen. Lang, lang ist's her!

Heute habt ihr mit der damaligen Partei nur noch den Namen gemeinsam. Euer Ur-Sündenfall war eure von Joschka Fischer eingefädelte Zustimmung zum Kriegseinsatz deutscher Soldaten, dem ersten seit dem Zweiten Weltkrieg und gleich ohne völkerrechtliches Mandat, gegen die Bundesrepublik Jugoslawien im Frühjahr 1999. Nichts weniger als Auschwitz musste dafür herhalten, eure damals noch antimilitaristische Basis in den Krieg zu locken!

Die Scham ist vorbei

Heute habt ihr solch atemberaubende Salti Mortali nicht mehr nötig. Die Pazifisten und Rüstungskritiker in eurer Partei sind entweder tot, weggeekelt, kaltgestellt, altersmilde oder halten freiwillig den Mund. Eure Kanzlerinkandidatin, berühmte Völkerrechtlerin und Bestsellerautorin, plädiert vollmundig für „robuste", welch schönes Wort!, weltweite Einsätze der Bundeswehr – „mit Gewehren, die schießen und Nachtsichtgeräten, die funktionieren" [1] – und fällt mit ihrem forschen Geplapper von „Dialog und Härte" [2] gegenüber Russland sogar noch hinter das NATO-Konzept „Sicherheit und Entspannung" des Harmel-Berichts von 1967 zurück.

Ihr männliches Pendant im Spitzenduo mit dem gepflegten postrevolutionären Dreitagebart fordert allen Parteigrundsätzen zum Trotz Waffenexporte in das Spannungs-, besser: Kriegsgebiet Ukraine – und muss sich dafür sogar vom Sprecher der Bundesregierung rüffeln lassen. Politologen aus eurem Milieu posaunen die Frohe Botschaft vom „Ende der Ostpolitik" [3] in alle Welt, sensible Edelfedern empfehlen die Abkehr vom angeblichen „Frieden mit Russland um beinahe jeden Preis" [4].

Die Vorsitzende eurer parteinahen Stiftung schließlich, promovierte protestantische Theologin ihres Zeichens, kniet in aller Öffentlichkeit nieder vor dem Götzen NATO, huldigt ihm als „loderndem Glutkern" [5] und engagiert sich, assistiert von allen transatlantischen Think Tanks, leidenschaftlich für die „nukleare Teilhabe" der Bundeswehr, sprich: für die Option der millionenfachen Tötung russischer Frauen, Kinder und Männer. Und ihr hoffnungsfroher Nachwuchs, die Stiftungs-Stipendiat*innen, die sich, wie eure ganze Partei, mit so imposanten moralischen Maximen wie „Zivilcourage" und „Gesicht zeigen!" schmücken, verfassen in alleruntertänigster Aufmüpfigkeit eine handzahme Eingabe [6].

Let's face it: Was Rüstung, Militär und Kriege angeht, seid ihr heute nichts Anderes als opportunistische Apologeten der Eskalation – der fleischgewordene Etikettenschwindel!

Ihr habt es geschafft, das höchst sensible Spannungsverhältnis von Menschenrechts- und Entspannungspolitik in eine hoffnungslose Patt-Situation zu manövrieren, Menschenrechte und den Kampf gegen die Militarisierung der Weltpolitik gegeneinander auszuspielen, schlimmer noch: die Menschenrechte für Kriegseinsätze zu instrumentalisieren! Weder Petra Kelly noch Antje Vollmer und schon gar nicht Heinrich Böll, dessen Namen ihr zu Unrecht schamlos für euch in Anspruch nehmt, wäre dies auch nur im Traum eingefallen.

Was Vielfalt ist, bestimmen wir!

Unter eurer farbenfrohen Regenbogenfahne hat auch noch die skurrilste Inszenierung der exotischsten erotischen Neigung ihren Ehrenplatz – nur niemand, der sich für Deeskalation mit Russland, immerhin eine Frage von Krieg und Frieden, nein: von Weiterleben und Untergang, einsetzt! Stattdessen hintertreibt ihr im Namen der Menschenrechte auch noch die letzten Reste der Kooperation zwischen unseren Ländern und Völkern. Ihr habt den Petersburger Dialog – eines der allerletzten Foren, wo Russen und Deutsche überhaupt noch miteinander reden – an den Rand des Scheiterns gebracht, ihr belegt die wenigen Politiker, Fachleute und Publizisten, die es noch wagen, sich für Entspannung einzusetzen, mit öffentlichem Bann, sorgt im Verbund mit den Leitmedien rigoros dafür, dass sie nichts mehr zu melden haben, grenzt sie aus, macht sie mundtot – und darauf seid ihr auch noch stolz! So sehen bei euch „Toleranz und Vielfalt" aus.

Und das schafft Ihr spielend, denn ihr seid längst zu den heimlichen Machthabern dieser Gesellschaft avanciert! (Und verkleidet euch, damit es nicht auffällt, als Opposition.) Die Vierte Gewalt habt ihr kampflos erobert. Nahezu sämtliche

Publiziert auf Free21 am 17.09.2021, 14:00 Uhr

relevanten Medien, bis tief in die einst so verachtete Springer-Presse, fressen euch aus der Hand. Sie sind eure Stichwortgeber und Claqueure zugleich. Und das hat Folgen: Heute erfordert es erheblich mehr Mut und „Zivilcourage“, sich mit euch und euresgleichen anzulegen, als den Papst oder gar die Bundeskanzlerin zu beleidigen.

Aber wo wart ihr, als der bedeutendste Abrüstungsvertrag der Weltgeschichte, der INF-Vertrag – seinerzeit das unerwartet glückliche Resultat auch eures Engagements – jämmerlich verreckte?

Haben eure Völkerrechtlerin, euer verhinderter Rüstungsexporteur, eure NATO-Theologin damals oder gar im Vorfeld, als noch Zeit war, „Gesicht gezeigt“? Auch nur einen einzigen Mucks von sich gegeben? Ich kann mich nicht erinnern. Welch grandiose Leistung einer Partei, die ihre Wurzeln in der Friedensbewegung hat!

Statt dessen fiel euch in den ganzen letzten Jahren nichts Besseres ein, als hysterisch nach dem x-ten Sanktionsregime zu schreien – Maßnahmen, die in erster Linie die russische Bevölkerung, mit der ihr es angeblich so gut meint, treffen! Ist euch nicht bekannt, dass selbst Henry Kissinger im Frühjahr 2014 verlauten ließ, Sanktionen seien keine Politik, sondern Ersatz für Politik?

„An ihren Früchten werdet ihr sie erkennen“

Euer pathologisch gutes Gewissen, eure gefühlte moralische Überlegenheit, die ihr wie eine Monstranz vor euch hertragt, euer inquisitorisches Insistieren auf dem allerneuesten politisch-koketten Schönsprech, eure fürsorgliche Bevormundung sämtlicher Minderheiten auf dem Planeten – die diese ungefragt über sich ergehen lassen müssen –, euer gesinnungsethisches Jakobinertum, kurz: eure toxische Selbstgerechtigkeit macht euch blind und unfähig zu erkennen, dass ihr mit eurem tollkühnen politischen Dilettantismus à la „Dialog und Härte“ und „Russland treffen, wo es wirklich wehtut“ [7] den Karren nur noch tiefer in den Dreck fahrt.

„An ihren Früchten werdet ihr sie erkennen“, heißt es, Frau Dr. Ueberschär, in einem berühmten Buch! Was also sind eure Früchte? Was habt Ihr erreicht mit eurer schrillen Sanktions- und vorgeblichen Menschenrechtspolitik? Habt ihr eine Aufrüstungsmaßnahme verhindert? Den Krieg in der Ostukraine beendet? Auch nur ein einziges Menschenleben gerettet? Einen zu Unrecht verurteilten Oppositionellen aus dem Gefängnis oder Lager befreit? Eine Organisation davor bewahrt, mit dem Etikett „ausländischer Agent“ kaltgestellt zu werden?

Sorry, aber Realpolitik ist nichts für dünkelhafte Missionare, die mit Schwarzer Pädagogik Eingeborene bekehren wollen und noch bis in die letzte Körperzelle die Überzeugung ausstrahlen, dass an ihrem Wesen die Welt genesen soll! Nichts für oberlehrerhafte Entwicklungshelfer, die der anderen Seite beibiegen, wie es – angeblich – geht, zu gehen hat.

Nein, Realpolitik – Politik, die wirklich etwas bewirken, sprich: zum Besseren wenden oder noch bescheidener: wenigstens das Schlimmste abwenden will und zwar mit den Akteuren, die die Politik tatsächlich bestimmen – funktioniert anders! Geräuschlos und schon gar nicht bekenntnishaft. Das berühmte „starke und langsame Bohren harter Bretter mit Leidenschaft und Augenmaß zugleich“, das vorsichtige Knüpfen von Gesprächsfäden, das mühsame Abbauen von Misstrauen im Millimetertempo und über lange Zeiträume hinweg, das umsichtige Ausloten des realen Handlungsspielraums der anderen Seite, das geduldige, extrem störungsanfällige Halten von Kontakten, namentlich zu Krisenzeiten, mit einem Wort: der Aufbau von belastbarem Grundvertrauen, ohne das nichts, aber auch gar nichts geht – all dies findet in geschütztem Rahmen, ganz bestimmt aber nicht vor laufenden Kameras statt.

Und es erfordert Profis, die ihr Fach beherrschen: Filigrane Feinmechaniker der Diplomatie. Menschen, die die andere Seite, ihre Interessen und ihre Werte, ihre Geschichte, ihre Kultur, ihre Traumata und Tabus, aber auch ihren Stolz gut kennen und begierig sind, dies alles immer noch besser und tiefer zu verstehen. Personen, die bereit und in der Lage sind, sich probeweise in ihr Gegenüber, und sei es ihnen noch so fern und fremd, zu versetzen und die Welt aus dessen Perspektive wahrzunehmen. Persönlichkeiten, die sich nicht zu schade sind, zur Not als Reparaturarbeiter die verstopften Kloaken der Politik zu reinigen, sich, wenn es sein muss, gar mit dem „Teufel“ an einen Tisch zu setzen – und die über Souveränität und Rückgrat verfügen, öffentliche gesinnungsethische Prügel gelassen einzustecken.

Zu Zeiten des (ersten) Kalten Krieges gab es solche Persönlichkeiten, wie unterschiedlich die jeweiligen Regierungskonstellationen auch aussehen mochten. Und sie waren mal höchst erfolgreich!

Liebe GRÜNE, Hand aufs Herz: Was für ein Konzept habt ihr? Was wollt ihr mit eurer Russlandpolitik eigentlich erreichen?

Quellen:

[1] FAZ, „Baerbock offen für Stärkung der Bundeswehr“, am 30.11.2020, *<https://www.faz.net/aktuell/politik/inland/gruenen-chefin-baerbock-offen-fuer-staerkung-der-bundeswehr-17077631.html >*

[2] FAZ, Helene Bubrowski und Konrad Schuller, „ANNALENA BAERBOCK IM INTERVIEW: „Mit Dialog und Härte““, am 24.04.2021, *<https://www.faz.net/aktuell/politik/inland/annalena-baerbock-im-interview-ueber-russland-und-us-zusammenarbeit-17308594.html>*

[3] DGAP, Dr. Stefan Meister, „Das Ende der Ostpolitik“, am 09.09.2020, *<https://dgap.org/de/forschung/publikationen/das-ende-der-ostpolitik>*

[4] Zeit, Alan Posener, „Deutschlands schallendes Schweigen“, am 30.04.2021, *<https://www.zeit.de/politik/ausland/2021-04/russland-europa-aussenpolitik-alexej-nawalny-wladimir-putin/komplettansicht>*

[5] AnewAgrrement.org, „Transatlantisch? Traut euch“, *<https://anewagreement.org/>*

[6] Heinrich Böll Stiftung, „Transatlantisch? Traut euch! Plädoyer für eine atomwaffenfreie Welt – Ein Diskussionsbeitrag von Stipendiat*innen der Heinrich-Böll-Stiftung“, am 29.01.2021, *<https://www.boell.de/de/2021/01/29/transatlantisch-traut-euch-plaedoyer-fuer-eine-atomwaffenfreie-welt-ein?dimension1=division_euna>*

[7] Spiegel, Konstantin von Hammerstein und Christiane Hoffmann, „»Wir müssen Russland dort treffen, wo es wirklich wehtut«“, am 24.04.2021, *<https://www.spiegel.de/politik/deutschland/joschka-fischer-und-alexander-graf-lambsdorff-im-interview-wir-muessen-russland-dort-treffen-wo-es-wirklich-weh-tut-a-0f2c7fe6-ccf2-4a79-81ea-8d382ca6f580?fbclid=IwAR07B3Fa86Wh5ruS9u2iCOTHmuqcd-uzBvT0EooeF7XxfeMuQxcmU7IuwII>*

Dieser Text wurde zuerst am 10.06.2021 auf www.covertactionmagazin.com unter der URL ‹https://covertactionmagazine.com/2021/06/10/how-organized-crime-infiltrated-american-business-after-ww-ii-and-corrupted-national-politics-from-truman-to-trump/› veröffentlicht. Lizenz: Jeremy Kuzmanov, Lizenzart: © Covert Action Magazine,

Harry Truman und Donald Trump. Quelle: https://de.wikipedia.org/wiki/Harry_S._Truman#/media/Datei:TRUMAN_58-766-06_(cropped).jpg und https://de.wikipedia.org/wiki/Donald_Trump, Foto: Wikipedia, Lizenz: CCo

Organisiertes Verbrechen im amerikanischen Geschäftsleben:

Korrumpierte Politik von Truman bis Trump

Ein provokatives neues Buch dokumentiert die unheilige Allianz zwischen der MAFIA, der CIA und dem unternehmerischen Establishment, die Amerika in „die gefährlichste Nation der Welt“ verwandelte.

Autor: Jeremy Kuzmarov

Jeremy Kuzmarov ist leitender Redakteur des „Covert Action Magazine“. Er ist Autor von vier Büchern zur US-Außenpolitik, darunter „Obama's Unending Wars“ (Clarity Press, 2019) und „The Russians Are Coming, Again“, zusammen mit John Marciano (Monthly Review Press, 2018). Er kann kontaktiert werden unter:

jkuzmarov2@gmail.com

Bild: https://thegrayzone.com/author/jeremy-kuzmarov/

In den Jahren der Trump-Präsidentschaft wurde in öffentlichen und wissenschaftlichen Diskussionen über die Erosion der politischen und rechtlichen Normen der USA die Ära Trump häufig einem vermeintlich goldenen Zeitalter der US-Demokratie in der Mitte des zwanzigsten Jahrhunderts gegenübergestellt.

Das neue Buch von Jonathan Marshall, „Dark Quadrant: Organized Crime, Big Business, and the Corruption of American Democracy“ (Rowman & Littlefield, 2021) [Dunkler Quadrant: Organisiertes Verbrechen, Großwirtschaft und die Korrumpierung der amerikanischen Demokratie, Anm. d. Übersetzers], stellt dieses Narrativ und den Mythos der „besten Generation“ effektiv in Frage.

Das Buch beschreibt die größtenteils vernachlässigte Geschichte, wie gut geschützte Kriminelle nach dem Zweiten Weltkrieg die Korruption der US-Politik und -Wirtschaft auf nationaler Ebene organisierten.

Traditionelle US-Historiker, so Marshall, haben Korruption als einen „kaum wahrnehmbaren Wirbel in der großen Strömung der Ereignisse“ behandelt, „ohne dauerhafte politische oder sogar moralische Bedeutung.“

Sie ignorieren die Verbindungen zwischen dem organisierten Verbrechen und den herrschenden politischen Figuren, von Harry S. Truman über Lyndon B. Johnson bis Richard M. Nixon, sowie die Rolle der Mafia und der CIA bei der Unterwanderung der Nationen der Dritten Welt.

Somit vermitteln sie ein unvollständiges Bild, das dem Glauben an den „ame-

Publiziert auf Free21 am 12.09.2021, 8:00 Uhr

rikanischen Exzeptionalismus“ Vorschub leistet - dass die Politik des Landes moralisch sauberer sei als die anderer Länder.

„Die Amerikaner“, schreibt Marshall, „müssen sich mit mehr Wissen über den lange vernachlässigten ‚dunklen Quadranten‘ unserer nationalen Politik wappnen, um seine Macht zu verringern und unsere Demokratie zu stärken.“

Harry Truman: Pendergasts Mann

Marshall beginnt seine Geschichte mit Harry S. Truman, einem gescheiterten Geschäftsmann und Jurastudenten, dessen politischer Aufstieg durch die mit der Mafia verbundene politische Maschine Pendergasts in Kansas City vorangetrieben wurde.

Tom Pendergast. Quelle: https://en.wikipedia.org/wiki/Tom_Pendergast, Foto: Wikipedia,, Lizenz: CCo

Kansas City war in den 1920er Jahren ein Zentrum des Lasters. Thomas J. Pendergast - der 1939 wegen Steuerhinterziehung verurteilt wurde - hatte eine Partnerschaft mit dem politischen Boss John Lazia. Einem Verbündeten von Al Capones Chicagoer Truppe, der „herrschende Geist hinter“ dem „brummenden Geschäft“ von Glücksspiel, Prostitution, Schmuggel, Verkauf von Betäubungsmitteln und Schutzgelderpressung.

Trumans politische Karriere begann 1922, als er als Pendergasts handverlesener Kandidat zum Bezirksrichter im Osten Missouris gewählt wurde.

Der junge Truman hielt in seinem Tagebuch fest, wie er einen ehemaligen Saloonbesitzer und Mörder, der „ein Freund des großen Bosses“ war, wie er Pendergast nannte, etwa 10.000 Dollar aus den allgemeinen Einnahmen des Countys stehlen ließ, obwohl er die Entscheidung damit begründete, dass sie „die Gauner davon abhielt, eine Million oder mehr aus öffentlichen Anleihen zu bekommen.“

Mit Pendergasts Hilfe gewann Truman 1934 die Wahl in den Senat, kurz bevor hochrangige Polizeibeamte in Kansas City wegen Meineids angeklagt wurden, und nachdem sie kriminelle Banden und Erpresser geschützt hatten. Innerhalb weniger Jahre tat Truman alles in seiner Macht Stehende, um eine drohende bundesstaatliche Untersuchung des zügellosen Wahlbetrugs in Kansas City, während der Wahl von 1936, zu verhindern.

Im Gegenzug für diese und andere politische Gefälligkeiten sicherten Pendergasts Verbündete, wie der Vorsitzende des Demokratischen Nationalkomitees (DNC), Robert Hannegan, Trumans Nominierung als Roosevelts Kandidat auf dem Demokratischen Parteitag 1944 in Chicago gegenüber Henry Wallace, einem antifaschistischen Progressiven, der die überwältigende Unterstützung der Delegierten hatte.

Als Roosevelt neun Monate später starb und Truman Präsident wurde, begnadigte er 15 Mitglieder der Pendergast-Maschinerie, die wegen Wahlbetrugs bei der Wahl 1936 verurteilt worden waren. Drei Wochen nach Beginn seiner Amtszeit feuerte Truman außerdem den US-Staatsanwalt in Missouri, der den Wahlbetrug in Kansas City verfolgt hatte und schickte Pendergast zusammen mit 250 Mitgliedern seiner Organisation ins Gefängnis.

Laut Marshall waren dies die ersten von vielen Akten von „Günstlingswirtschaft, Einflussnahme und offener Korruption, die die Truman-Administration plagten, bis die Wähler die Demokratische Partei bei der Wahl 1952 ablehnten.“

In einer großen Zusammenfassung von Trumans Bilanz, die 1951 veröffentlicht wurde, verurteilten zwei altgediente politische Berichterstatter des Magazins „Look“ die „Freundschaften, Vetternwirtschaft und Betrügereien“, die unter Trumans Ägide „Unmoral“ und „Korruption“ begünstigt hatten. „Die politische Moral in Washington war auf dem tiefsten Stand seit einem Vierteljahrhundert gesunken“, klagten sie an und nannten „vier Mitglieder des Stabs des Weißen Hauses“ und „vierzehn hohe Bundesbeamte“ unter den fast „900 Bundesangestellten“, die „bei dem Versuch ertappt worden waren, ihr privates Vermögen durch ihre Positionen auf der öffentlichen Gehaltsliste zu verbessern.“

Diese Einschätzung widerspricht dem Versuch namhafter Historiker wie David McCullough und Alonzo Hamby, Trumans Ansehen zu vergrößern und ihn als einen der großen Präsidenten der Nation darzustellen.

Das Magazin „Look“ berichtete, dass die Alkoholsteuerabteilung der Truman-Administration eine Vielzahl von Alkohol-Lizenzen an bekannte Ganoven und Mafiosi vergab. Die „Reconstruction Finance Corporation“ (RFC) unter Truman bevorzugte außerdem die Vergabe von Krediten an politische Spender, zu denen auch Geschäftsinhaber mit Mafia-Verbindungen gehörten.

Als Trumans Generalstaatsanwalt Tom Clark, Pendergasts Nachfolger, den Rennfahrer und berühmten Schmuggler Charles Binaggio schützte, indem er eine FBI-Untersuchung über den allzu offensichtlichen Diebstahl von Stimmzetteln während der Kongressvorwahlen der Demokraten 1946 zugunsten von Trumans favorisiertem Kandidaten einschränkte, schrieb Truman an seine Frau Bess, dass „jeder begeistert war“.

Binaggio half Truman während seiner hart umkämpften Präsidentschaftskampagne 1948, 150.000 Dollar aufzubringen.

In der Zwischenzeit wurde Clark von Truman in den Obersten Gerichtshof berufen – trotz Forderungen nach seiner Amtsenthebung als Generalstaatsanwalt, weil er die Bewährung eines halben Dutzend Anführer des Chicagoer Verbrechersyndikats angeordnet hatte. Diese hatten kaum ein Drittel ihrer zehnjährigen Haftstrafe abgesessen, weil sie als Gefallen für Chicagos demokratischen Apparat über eine Million Dollar von Hollywood-Studios erpresst hatten.

Politik des Antikommunismus

In den 1940er und 1950er Jahren setzten sich korrupte Politiker für die Politik des Antikommunismus ein, um von der wachsenden Verflechtung zwischen organisiertem Verbrechen, Großunternehmen und Regierung abzulenken.

Im Zentrum dieses Geflechts stand FBI-Direktor J. Edgar Hoover (1924-1972), der in seinem Krieg gegen den Kommunismus mit der Mafia verbundene Geschäftsleute kultivierte, während er sich weigerte, mit der bahnbrechenden Untersuchung des Kefauver-Komitees zum organisierten Verbrechen in den Jahren 1950-1951 zusammenzuarbeiten. Bevor er als antikommunistischer Jäger bekannt wurde, hatte sich Senator Joseph McCarthy (R-MN) den Spitznamen „Pepsi-Cola-Kid“ verdient, nachdem er ein Gesetz zur Aufhebung der Bundeskontrollen für Zucker durchgesetzt hatte, das Pepsi zugute kam.

McCarthy erhielt auch Spenden und Aktientipps von dem osttexanischen Ölmilliardär Clint Murchison Sr., was ihn dazu veranlasste, bei jeder Gesetzgebung dieser Ära im Sinne der Ölinteressen zu stimmen. Einschließlich der 27,5-prozentigen Ermäßigung für den Ölverbrauch, der Tidelands-Ölvorlage, die eher eine staatliche als eine bundesstaatliche Kontrolle über die untergeordneten Ölländer vorsah, sowie der Kerr-Thomas-Gasvorlage, die den Verkauf von Erdgas von den Tarifbestimmungen der „Federal Power Commission“ ausnahm.

1954 wurde McCarthy vom Senat nicht nur wegen seiner berüchtigten antikommunistischen Hetzkampagne gerügt, sondern auch, weil er versucht hatte, eine Untersuchung seiner Finanzen zu behindern, die unzulässige Schmiergelder von Lustron, einem Hersteller von Stahl-Fertighäusern aus Ohio, als Gegenleistung für den Erhalt eines großzügigen RFC-Kredits aufgedeckt hätte.

China und Dominikanische Lobbys

Neben McCarthy war einer der führenden Förderer der antikommunistischen Gesetzgebung in den 1950er Jahren Pat McCarran (D-Nev.), der als „Glücksspieler-Senator“ bekannt war und zum Vorbild für den korrupten Nevada-Senator Pat Geary in Francis Ford Coppolas Film „Der Pate II“ wurde. McCarran war ein engagiertes Mitglied der China-Lobby und brachte eine Gesetzesvorlage ein, um der strauchelnden Regierung von Chiang Kai-Shek in China Kredite in Höhe von 1,5 Milliarden Dollar zu gewähren.

Die US-Regierung unterstützte Chiang im chinesischen Bürgerkrieg gegen die von Mao Zedong geführte Kommunistische Partei Chinas. Ende der 1940er Jahre war Chiang jedoch hoffnungslos korrumpiert und hatte das Mandat zur Herrschaft in China verloren, das an die Kommunisten gefallen war.

Chiang und seine Top-Unterstützer bauten in den USA eine effektive Lobby auf, die sich zum Teil aus Erlösen aus dem Drogenhandel und anderen illegalen Geschäften finanzierte, die Medien kontrollierte und einflussreiche Politiker bis in die Reihen des Verteidigungsministers Louis Johnson bezahlte.

Die Einschüchterungstaktik der China-Lobby dezimierte die Reihen der unabhängigen Asienexperten in einem Maße, dass Mitte der 1950er Jahre in der Fernost-Abteilung des Außenministeriums niemand mehr übrig blieb, der etwas über diesen Teil der Welt wusste. Die katastrophalen Kriege in Korea und Vietnam waren ein wichtiges Ergebnis, ebenso wie die Unterstützung der USA für regressive Regierungen und Opium-Kriegsherren in Südostasien.

Die China-Lobby setzte den Standard für andere einflussreiche Lobbys, wie z.B. die dominikanische Lobby, indem sie den Diktator Rafael Trujillo (1930-1961) förderte, der taktische Allianzen mit US-Mafiosi, Politikern und US-Geheimdienstlern einging.

Wie Chiang nutzte Trujillo effektiv die Politik des Antikommunismus und bestach US-Kongressabgeordnete mit Bargeld und Prostituierten, um deren Unterstützung für eine hohe Zuckerquote und Waffenverkäufe zu sichern.

Der ranghöchste Empfänger von Trujillos Geld war Vizepräsident Richard Nixon, der im September 1956 angeblich 25.000 Dollar von ihm für seine Wiederwahlkampagne erhielt.

Die CIA-Mafia-Allianz

Trujillos Netzwerk half dabei, konterrevolutionäre Operationen gegen Kuba – im Anschluss an die Castro-Revolution – im Bündnis mit der CIA und Mafiosis wie Meyer Lansky, der von Castro aus Havanna vertrieben worden war, zu leiten.

Die CIA heuerte zu dieser Zeit die Mafia-Bosse Sam Giancana und Santos Trafficante Jr. an, um Castro zu töten.

Der Mafia-Verbindungsmann der Agency, Johnny Rosselli, hatte eine harte Zeit für Arbeitserpressung sowie Erpressung der Filmindustrie verbüßt und wurde später in ein 55-Gallonen-Fass gestopft und in den Gewässern vor Florida versenkt, nachdem er vor dem Kongress über das JFK-Attentat ausgesagt hatte.

JFK und sein Bruder Robert hatten ihr Todesurteil unterschrieben als sie sich entschieden hatten, die Mafia zu verfolgen. Beide wurden wahrscheinlich von professionellen Kriminellen ermordet, die die US-Regierung infiltriert hatten und ungestraft über dem Gesetz operieren konnten.

Mafia-verbundene „Problemlöser“

Die Korruption der politischen Elite Washingtons wurde durch die Arbeit von, mit der Mafia verbundenen „Problemlösern“, [im englischen Originaltext „Fixer“, Anm. d. Übersetzers] ermöglicht, deren Namen Marshall wiederzubeleben half. Ein gewisser Henry Grunewald, der 1.600 Dollar für Trumans Wahlkampf 1948 gespendet hatte, installierte eine Telefonleitung direkt von seinem Haus zum „Bureau of Internal Revenue“ [US-Steuerbehörde, Anm. d. Übersetzers], damit er Steuerfälle effizienter lösen konnte.

Ein anderer, I. Irving Davidson, wurde als „der Vertreter all dessen“ beschrieben, „was Jack und Bobby [Kennedy] bekämpften – den dominikanischen Diktator Rafael Trujillo, Hoffas Teamsters, das Nicaragua der Somozas, die texanischen Reichen, die CIA, Castro, Nixon, die Mafia“.

Lyndon Johnsons engster politischer Berater, Bobby Baker, meldete 1963 ein persönliches Nettovermögen von mehr als 2 Millionen Dollar, obwohl er ein Gehalt von weniger als 20.000 Dollar pro Jahr

Publiziert auf Free21 am 12.09.2021, 8:00 Uhr

President und Mrs. John F. Kennedy Minuten vor dem Anschlag, 22 Nov 1963. Quelle: https://www.flickr.com/photos/13476480@N07/26803144239, Foto: Flickr / manhhai, Lizenz: CC BY-NC 2.0

erhielt. Er wurde verklagt, weil er einen Rüstungsunternehmer beeinflusst hatte, eine Automatenfirma, Serv-U, zu beauftragen, an der Baker ein verstecktes Interesse hatte.

Laut dem Kolumnisten Drew Pearson diente Baker als „Zuhälter" für Johnson, zusammen mit Präsident Kennedy und Senator George Smathers. Er stellte ihnen und anderen Abgeordneten schöne Frauen im plüschigen „Carousel Resort Motel" vor, das er in Maryland besaß sowie im „Quorum Club", den er gegenüber dem Bürogebäude des Senats mitbegründet hatte, wo sie sich mit „Partygirls" entspannen konnten. Johnson tätigte einen seiner ersten Anrufe nach der Ermordung von John F. Kennedy am 22. November 1963 und seiner Rückkehr nach Washington, um von seinem Krisenberater und Bakers Anwalt, Abe Fortas, ein Update über die aufkeimenden Kongressuntersuchungen zu Bakers Einflussnahme, Geschäftsabschlüssen und Washingtoner Sex zu erhalten – etwas, worüber er sehr besorgt war.

Ein Teil von Bakers Vermögen wurde in Partnerschaft mit einigen der Top-Ziele der Strafverfolgung durch das Justizministerium unter Kennedy gemacht. Zu ihnen gehörte Edward Levinson, ein hochrangiger Mitarbeiter von Meyer Lansky, der vor der kubanischen Revolution die Kasinobetriebe an der Riviera von Havanna leitete und dann mit Lansky und Frank Sinatra in das Sands Hotel in Las Vegas investierte.

Eine FBI-Wanze belauschte Levinson dabei, wie er mit Baker die Vergabe eines Bundesauftrags für Architektur im Namen einer Firma in Las Vegas arrangierte – als Gegenleistung dafür, dass deren Besitzer acht 1.000-Dollar-Karten für ein Spendenessen der Demokraten kauften. Dies wurde von Präsident Kennedy und Vizepräsident Johnson im Januar 1963 veranstaltet. [1]

Laut Jack Halfen, einem Partner des Mafiabosses Carlos Marcello aus New Orleans, nahm Johnson über ein Jahrzehnt hinweg Hunderttausende von Dollar von Unternehmen an, die vom Syndikat unterstützt wurden. Im Gegenzug half er dabei, eine Gesetzgebung gegen Betrug im Senat zu Fall zu bringen, die den zwischenstaatlichen Transport von Spielautomaten verbot, Telegramme zu Wetten auf Rennen regulierte und darauf abzielte, die Steuergesetze umzuschreiben, um Glücksspieler härter anzugehen.

Ein Versicherungsmakler aus Maryland, Don Reynolds, sagte vor dem Senat aus, dass Johnson auch illegale Schmiergelder im Austausch für politische Geschenke gefordert hatte.

Die Murchisons

Einer von Johnsons Hauptfinanziers, der auf den Beginn seiner politischen Karriere in den frühen 1940er Jahren zurückgeht, war Clint Murchison Sr. (1895-1969), ein Ölmillionär aus Ost-Texas und Mitarbeiter von Baker, der Verbindungen zur Genovese-Verbrecherfamilie, der Chicagoer Truppe Al Capones, Las Vegas-Spielern und den Teamsters hatte. Jahrelang besuchte Johnson Frühstücke in Murchisons Haus, um Wahlkampfgelder zu sammeln und revanchierte sich, indem er großzügige Subventionen für die Öl- und Gasindustrie sicherstellte.

Nach dem Zweiten Weltkrieg setzte sich Johnson dafür ein, die Regulierung der Erdgaspreise durch die „Federal Power Commission" zu kippen und startete eine antikommunistische Schmierenkampagne gegen ein progressives Mitglied der Kommission, Leland Olds. Dessen Absetzung war ein Beispiel für das Aufkommen einer schikanösen politischen Kultur in Washington, in der Verfechter des öffentlichen Interesses als Verräter gebrandmarkt wurden.

Der TFX-Skandal

Im November 1962 setzten sich Verteidigungsminister Robert S. McNamara, Marineminister Fred Korth und Luftwaffenminister Eugene Zuckert über vier vorangegangene Pentagon-Evaluierungsgremien hinweg und erteilten „General Dynamics" und seinem Hauptpartner „Northrop Grumman" einen 7-Milliarden-Dollar-Vertrag für den experimentellen „Tactical Fighter" TFX [Kampfflugzeug aus der Zeit des Kalten Krieges, Anm. d. Übersetzers], der als F-111 bekannt wurde.

Einen Monat vor der Ankündigung veröffentlichte die „Fort Worth Press" eine Geschichte, in der sie sich auf hochrangige Regierungsquellen berief, die vor einer politischen Lösung warnten.

Darin wurde festgestellt, dass der größte Anteilseigner von „General Dynamics", Henry Crown, gut positioniert gewesen wäre, um den Auswahlprozess zu seinen Gunsten zu beeinflussen, da Präsi-

dent Kennedy und Vizepräsident Johnson ihren Sieg im Jahr 1960 zum Teil der demokratischen Maschinerie von Jacob Arvey in Illinois und Arveys Schützling Paul Ziffren in Kalifornien verdankten – zusammen mit ihren versteckten Gönnern im Chicagoer Umfeld, die alle eng mit Crown verbunden waren.

Am 20. November deutete ein Mitglied des Unterausschusses für Untersuchungen des Senats stark an, dass Vizepräsident Johnson seinen Einfluss geltend gemacht haben könnte, um die Vergabe des TFX an seinen Heimatstaat zu lenken („General Dynamics“ mit Sitz in Fort Worth). Im Pentagon war der TFX als „LBJ“ bekannt. Am 22. November, dem Tag der Ermordung Kennedys, hatte Drew Pearson eine brisante Kolumne vorbereitet, in der er behauptete, Johnson habe bei Luftwaffenminister Zuckert interveniert, um den Auftrag an „General Dynamics“ zu vergeben. Sie verwickelte auch Henry Crown - der 1.000 Dollar in LBJs Kampagne für die Nominierung der Demokratischen Partei im Jahr 1960 gesteckt hatte - und warf Fragen über Verbindungen zu Bobby Baker und seinem berüchtigten Quorum Club auf.

Als Kennedy getötet wurde, wurde der TFX-Skandal aus dem Bewusstsein der Nation verdrängt. Pearson war gezwungen, seine Kolumne zu beenden, und die vom Unterausschuss des Anti-Korruptions-Kreuzritters John McClellan geplanten TFX-Anhörungen wurden abgesagt und erst 1969 wieder aufgenommen, nachdem Johnson das Oval Office verlassen hatte.

In einer geheimen Aussage vor dem Geschäftsordnungsausschuss am 1. Dezember 1964 bezeugte Don Reynolds, dass Baker ihm eines Tages, als er in dessen Büro war, Hundertdollarscheine im Wert von 100.000 Dollar zeigte, die Roy Evans, der Präsident von „Grumman Aircraft“, in einer Papiertüte „für den TFX-Vertrag“ hinterlassen hatte. Reynolds erklärte auch, dass „der Anführer“ (Johnson) „sich dafür eingesetzt hatte, dass der TFX an die General Dynamics Corporation vergeben wurde.“

Das Komitee verwies die Angelegenheit zur Untersuchung an das FBI, offensichtlich aber nur mit wenigen Konsequenzen.

Ein Prost auf den Staat von Richard Nixon

Neben Johnson hatte Henry Crown auch Richard Nixon großzügig unterstützt, was Nixon dazu veranlasste, in den letzten Tagen des Präsidentschaftswahlkampfes 1968 Fort Worth zu besuchen. Dort erklärte er, dass die F-111 „zu einer der Grundlagen unserer Luftherrschaft“ gemacht werden würde.

Space Shuttle. Quelle: https://www.flickr.com/photos/sdasmarchives/9087571942/, Foto: Flickr / SDASM Archives, Lizenz: Gemeinfrei

Im Januar 1972 genehmigte Präsident Nixon ein umstrittenes 5,5-Milliarden-Dollar-Programm zur Entwicklung von Space Shuttles mit „General Dynamics“ als Haupt-Unterauftragsnehmer von „North American Rockwell“ (Nachfolger von „North American Aviation“), während Henry Crown dem Komitee zur Wiederwahl des Präsidenten eine Spende von 25.000 Dollar überreichte.

Nixons Beziehung zu Crown entsprach einem Muster, das bis zu seinem ersten Rennen für den Kongress im Jahr 1946 gegen den linken Amtsinhaber Jerry Voorhis zurückreichte.

Der junge Nixon sammelte damals Zehntausende von Dollar an nicht gemeldeten Spenden von südkalifornischen Ölfirmen, Banken und Filmmogulen ein, deren Gunst er durch die Unterstützung von Gesetzen zur Eindämmung von Gewerkschaften, zur Befreiung von Schlüsselindustrien von Kartellverfahren, zur Förderung von Ölbohrungen und zur Kürzung der Mittel für den öffentlichen Wohnungsbau und das Bildungswesen zurückgewann.

Nixons Wahlkampf von 1946 war auch deshalb entscheidend, weil damit seine über seine gesamte Karriere andauernde Partnerschaft mit seinem rücksichtslosen politischen Berater Murray Chotiner begann, einem Anwalt aus Beverly Hills, dessen Klienten meist Buchmacher und Glücksspieler waren. Chotiner hatte einen Rat für Nixon: Angreifen. Nixons erfolgreiche Wahlkämpfe für das Repräsentantenhaus und den Senat in den Jahren 1946 und 1950 waren notorisch hässlich, voll von Unterstellungen, seine Gegner hätten ein Faible für Kommunismus und Verbrechen.

Chotiner machte Nixon mit dem jüdischen Mafioso Mickey Cohen bekannt, der in Alcatraz landete, nachdem er 1951 und erneut 1961 wegen Steuerhinterziehung verurteilt worden war. Cohen spendete 5.000 Dollar für Nixons Kongresskampagne 1946 (etwa 50.000 Dollar in heutigen Dollar) und drängte andere Kollegen in der Unterwelt zu weiteren Beiträgen.

Als Nixon dann die Präsidentschaftswahlen 1968 mit einer Law-and-Order-Kampagne gewann, schrieb Cohen an den Kolumnisten Jack Anderson: „In meinen

Publiziert auf Free21 am 12.09.2021, 8:00 Uhr

wildesten Träumen (hätte) ich mir vor 17 oder 18 Jahren niemals vorstellen können, dass jemand wie Richard Nixon Präsident der Vereinigten Staaten werden könnte. Hoffen wir, dass er nicht derselbe Kerl ist, den ich mal kannte: ein grober Stricher (und) ein gottverdammter kleiner Bezirkspolitiker." (p. 178)

Natürlich blieb Nixon immer derselbe

Während er als Präsident den „Organized Crime Control Act" von 1970 unterzeichnete, waren die meisten Ziele seines Justizministeriums gegen das organisierte Verbrechen Verbündete von Politikern der Demokratischen Partei in den Großstädten.

Präsident Nixon feuerte auch einen der effektivsten Staatsanwälte gegen das organisierte Verbrechen, den US-Staatsanwalt für den südlichen Bezirk von New York, Robert Morgenthau, der kurz zuvor eine Grand Jury angewiesen hatte, gegen die „Cosmos Bank" in Zürich zu ermitteln, bei der Nixon– so der Verdacht – ein geheimes Konto gehabt haben soll. [2]

Außerdem feuerte Nixon den US-Staatsanwalt in San Diego, Ed Miller, einen der „wahren Kämpfer gegen die tief verwurzelte Korruption". Er verfolgte den Bruder des Geschäftspartners eines der engsten persönlichen Mitarbeiter und größten Wahlkampfspender Nixons, C. Arnholt Smith, Besitzer der San Diego Padres, strafrechtlich. Dieser hatte eine Million Dollar für Nixons Wahlkampf 1968 aufgebracht.

Als ein IRS-Ermittler Millers Stellvertreter, Harry Steward, einen Bericht über illegale Wahlkampfspenden von Smith sowie Bestechungshandlungen übergab, die gegen das Korruptionsgesetz verstießen, soll Steward ihm gesagt haben, er solle „damit aufhören" und sich geweigert haben, eine Vorladung der Grand Jury auszustellen.

Nixons enge Beziehungen zur Mafia ergaben sich aus seiner langen politischen Allianz mit der „Teamsters Union" – die zusammen mit den Hollywood-Studios ein wichtiger Verbündeter der Chicagoer Organisation war – als sie eine militante „Congress of Industrial Organizations" (CIO) zerschlugen und die antikommunistische Säuberung der Filmindustrie unterstützten.

Teamsters-Präsident Jimmy Hoffa wurde 1957 vom Justizministerium wegen seiner Beteiligung an einem betrügerischen Unternehmen in Florida (Sun Valley) unter die Lupe genommen, welches sumpfiges Land an nichtsahnende Teamster-Mitglieder als Altersvorsorge verkaufte.

Er spendete großzügig für Nixons Präsidentschaftswahlkampf 1960 und ermutigte andere Teamster, dasselbe zu tun, während Hoffa 1968 hinter Gittern saß, nachdem er wegen Post- und Telekommunikationsbetrugs wegen missbräuchlicher Verwendung von Teamster-Pensionsgeldern verurteilt worden war. Einmal im Oval Office, veranlasste Nixon das Justizministerium, den wichtigsten Bundeszeugen gegen Hoffa zweimal anzuklagen. Er wies Generalstaatsanwalt Richard Kleindienst an, alle weiteren Ermittlungen gegen Hoffa oder seine Verbündeten zu unterbinden.

Nixon half außerdem, Hoffas Entlassung aus dem Gefängnis zu sichern, während Pläne entwickelt wurden, Teamster-„Schläger" zu rekrutieren, um Anti-Kriegs-Demonstranten zu verprügeln. [3] Nixons moralische Verderbtheit wurde in großem Umfang während der Watergate-Anhörungen aufgedeckt, die durch Nixons illegale Bespitzelung seiner demokratischen Parteirivalen während der Wahl 1972 ausgelöst wurden.

Die Einbrecher, die in das Watergate-Hotel einbrachen, waren weltreisende CIA-Offiziere, die in den Putsch von 1954 in Guatemala, die Schweinebucht sowie die CIA-Mafia-Intrigen gegen Castro verwickelt waren, für die sich Nixon einsetzte.

Laut Rädelsführer G, Gordon Liddy, bestand der Zweck des Einbruchs darin, festzustellen, welche schmutzigen Geheimnisse der DNC-Chef, Lawrence O'Brien, über Nixon in Erfahrung gebracht hatte, während er als politischer Top-Berater von Howard Hughes Organisation in Washington nach der Wahl von 1968 arbeitete.

Zu diesen Geheimnissen gehörten 100.000 Dollar in barer Münze, die Hughes, Besitzer eines großen Luft- und Raumfahrtunternehmens, über Nixons engen Freund Charles „Bebe" Rebozo in den Jahren 1969 und 1970 gezahlt hatte, sowie Nixons verräterische Sabotage von Lyndon B. Johnsons geplanten Friedensge-

Ein Foto des Watergate-Komplexes, aufgenommen von einer DC-9-80 auf dem Weg zum Washington National Airport am 8. Januar 2006.. Quelle: https://de.wikipedia.org/wiki/Watergate-Affäre#/media/Datei:WatergateFromAir.JPG, Foto: Wikipedia / Indutiomarus, Lizenz: Gemeinfrei

sprächen mit Nordvietnam im Jahr 1968, die Nixons Gegner Hubert Humphrey bei der Wahl zugute gekommen wären.

Triumph des tiefen Staates

Donald J. Trump war ein direkter Erbe von Nixon: Beide wurden von Joe McCarthys, mit der Mafia verbundenem Anwalt Roy Cohn, betreut und griffen ihre Gegner rücksichtslos an.

Trumps Verbindungen zum organisierten Verbrechen gehen auf seine Jahre als New Yorker Immobilienmogul zurück, als er Abbrucharbeiter anheuerte, die von der Verbrecherfamilie Genovese kontrolliert wurden und Beton von Firmen kaufte, die Mafiafamilien gehörten.

Obwohl Trumps Anhänger davon überzeugt waren, er sei Opfer einer Verschwörung des „tiefen Staates" gegen ihn gewesen, war Trumps Wahl in Wirklichkeit ein Triumph der „tiefen Politik", die Marshall als „eine Form der organisierten und systematischen Korruption oder der verdeckten Beeinflussung von Politik und Verwaltung in einem Ausmaß" definiert, „das die nationalen demokratischen Normen untergräbt."

Die organisierte und systemische Korruption wurde in den 1950er Jahren in den Kefauver-Anhörungen über das organisierte Verbrechen und als Ergebnis des Watergate-Skandals und der Untersuchungen des Church-Komitees über die CIA kurzzeitig aufgedeckt, aber nie effektiv eingedämmt.

Die im Buch „Dark Quadrant" vorgestellten Präsidenten konnten einige fortschrittliche Gesetze verabschieden – von der Aufhebung der Rassentrennung in den Streitkräften unter Truman, über den „Civil Rights Act", Medicaid sowie Initiativen zur Armutsbekämpfung unter Johnson, bis hin zu Nixons Einrichtung der „Environmental Protection Agency" (EPA) – und leiteten eine Zeit des wirtschaftlichen Wohlstands ein.

Doch letztlich regierten sie im Interesse ihrer korpokratischen und mafiösen Geldgeber, verrieten demokratische Werte und zersetzten das moralische Gefüge der Nation.

Mit einem neuen Kalten Krieg, der sich aufheizt, bemühen sich die US-Führer nun, die globale Führungsrolle der USA als notwendig darzustellen, um die Welt vor der russischen und chinesischen Autokratie zu retten. Marshalls Studie erinnert uns jedoch daran, dass sich die Vereinigten Staaten nach dem Zweiten Weltkrieg zu einer korrumpierten Dollarokratie entwickelt haben. Ihre Rhetorik über die Förderung der Demokratie in der Welt klingt in sich hohl.

Quellen:

[1] Levinson war zusammen mit Benjamin Sigelbaum, einem anderen von Bakers Geschäftspartnern, der in Serv-U investiert hatte, in einen Betrug verwickelt, um Kasino-Einnahmen für die Mafia zu waschen.

[2] Morgenthau war auch ein Feind von Nixons politischem Verbündeten Roy Cohn, dem ein Prozess wegen Verschwörung, Postbetrug, Bestechung und Erpressung bevorstand.

[3] Nachdem er gezwungen war, in Ungnade aus dem Weißen Haus zurückzutreten, war Nixons erster öffentlicher Auftritt bei einem Teamsters-Golfturnier.

Abo-Bestellschein mit Einzugsermächtigung/SEPA-Lastschrift

Hiermit ermächtige ich Free21Abo, Björn Gschwendtner, bis auf Widerruf, die Gebühren für das Aktiv-Abonnement von meinem unten aufgeführten Konto einzuziehen. Zugleich weise ich mein Kreditinstitut an, die Lastschriften einzulösen. Die nebenstehenden Hinweise (Seite 51 dieser Ausgabe) habe ich gelesen und verstanden.

Kontoinhaber

Vorname, Nachname:

Straße, Nr.:

PLZ, Ort:

E-mail:

IBAN

BIC

Datum, Unterschrift des Kontoinhabers

Abweichende Lieferanschrift:

Vorname, Nachname:

Straße, Nr.:

PLZ, Ort:

Kontoführendes Institut:

Gläubiger-Identifikations-Nr.: DE67 ZZZ 000 02 38 73 88

Mandatsreferenz-Nr.
(wird von Free21 ausgefüllt)

Abschicken an: Free21Abo, Björn Gschwendtner, Kiebitzpfad 20, 65933 Frankfurt

Publiziert auf Free21 am 12.09.2021, 8:00 Uhr

Das **Free21**-Aktiv-Abo

- ✓ **10er Pack** Free21-Magazine
- ✓ Das Magazin **erscheint 6 Mal** im Jahr
- ✓ **Bequeme Lieferung** nach Hause

Erhalten Sie das Free21-Magazin ab der kommenden Ausgabe jeden 2. Monat bis auf Widerruf im Aktiv-Abonnement. Die Bezugsgebühren innerhalb Deutschlands (Druckkosten inkl. Zustellung) betragen pro Ausgabe 10,– EUR, innerhalb der EU-Länder 15,– EUR. Sie erhalten 10 Exemplare pro Ausgabe zum Selberlesen und Weiterverteilen.

Zum Abo: Die Druck- und Versandkosten für je 10 Exemplare gelten im Voraus und werden zum Erscheinungstermin fällig. Beim Abschluss des Abonnements mittels SEPA-Lastschriftverfahren wird der Betrag Anfang jedes geraden Monats (ca. 25 Tage vor Erscheinungstermin) eingezogen. Der neue Turnus beginnt nach dem Versand der neuesten Ausgabe. Beim Abschluss mittels PayPal wird der Betrag direkt bezahlt. Die Abbuchungen für die weiteren Ausgaben erfolgen dann alle 2 Monate. Beim Abschluss mittels Vorab-Banküberweisung/Dauerauftrag erhalten Sie nach der Bestellung eine E-Mail mit den Kontodaten, auf das Sie den Betrag überweisen müssen. Bitte nutzen Sie die Bestellnummer als Verwendungszweck. Das Abonnement gilt bis auf Widerruf und beginnt mit der nächsten Ausgabe, ab dem Zeitpunkt der Bestellung online auf www.free21abo.de oder schriftlich (per Post).

Kündigung: Das Aktiv-Abonnement ist jederzeit zum Monatsende kündbar. Die Kündigung kann per E-Mail an info@free21abo.de, online auf www.free21abo.de oder schriftlich (per Post) erfolgen.

Einzugsermächtigung/Zahlung per SEPA-Lastschrift: Free21Abo, Björn Gschwendtner, Kiebitzpfad 20, 65933 Frankfurt (Gläubiger-ID: DE67ZZZ00002387388) wird ermächtigt, Zahlungen vom Konto des Abonnenten mittels Lastschrift einzuziehen. Zugleich wird das Kreditinstitut des Abonnenten angewiesen, die Lastschriften einzulösen. Es gelten die Bedingungen des jeweiligen Kreditinstituts. Innerhalb von acht Wochen, beginnend mit dem Belastungsdatum, kann die Erstattung des belasteten Betrages seitens des Abonnenten gefordert werden.

Widerrufsbelehrung: Sie haben das Recht, binnen 14 Tagen ohne Angabe von Gründen diesen Vertrag zu widerrufen. Die Widerrufsfrist beträgt 14 Tage ab dem Tag, an dem Sie das Abonnement online auf www.free21-abo.de oder schriftlich (per Post) rechtsverbindlich abschließen. Um Ihr Widerrufsrecht auszuüben, müssen Sie online auf www.free-21abo.de oder schriftlich (per Post) Ihren Widerruf eindeutig erklären. Die Widerrufsfrist ist gewahrt, wenn die Widerrufserklärung vor Ablauf der Widerrufsfrist abgesendet wird. (Es gilt das Datum des Poststempels.)

free21abo.de

Lieber Mitmensch,

für Sie ist freier und kritischer Journalismus genauso wichtig, wie für mich. Mir ist auch bewusst, dass das gedruckte Wort eine größere Überzeugungskraft ausübt, als das schnelllebige Internet es vermag. Die Idee des Internets dagegen ist der sogenannte Hypertext – die Verlinkung von Informationsquellen untereinander.

Free21 ist die Verknüpfung dieser beiden Welten. Hinzu kommt noch der „open source"-Gedanke. Daher schätze ich das Magazin Free21 seit seinen Anfängen. Als gelernter Grafiker gefällt mir die Idee der professionell gelayouteten Artikel in Heftform besonders, und ich freue mich, den Vertrieb des Magazins übernommen zu haben.

Bitte helfen Sie uns bei der Verbreitung von unabhängigen journalistischen Inhalten und verteilen Sie die überzähligen Hefte Ihres Abonnements.

Björn Gschwendtner

Abonnement-Bestellschein

Jeder Abonnent erhält alle 2 Monate je Magazin-Ausgabe 10 gedruckte Exemplare.
Aktuelle und ältere Ausgaben können Sie im Webshop www.free21abo.de bestellen (solange der Vorrat reicht).

Free21 Layouter/in

Wir freuen uns über Layouter/-innen mit Adobe Indesign ab Vers. CS4 und gestalterischem Geschick. Unsere Vision ist ein ehrenamtliches Netzwerk von Menschen, die den Mainstream-Medien Beine machen wollen. Wenn jeder Mitstreiter auch nur einen Artikel pro Woche gestalten kann, können wir gemeinsam einiges bewegen!

Wenn Du uns ehrenamtlich unterstützen möchtest, schreib uns an **layout@free21.org**

Free21 Übersetzer/in

Free21 wird international!
Unser Team übersetzt international relevante Artikel aus dem Englischen ins Deutsche und Dänische sowie umgekehrt. Bist Du in zwei der drei Sprachen zuhause und in beiden stilistisch und orthografisch sicher? Dann freuen wir uns über Deine Hilfe beim Übersetzen, bzw. Korrekturlesen.

Wenn Du uns ehrenamtlich unterstützen möchtest, schreib uns an **translate@free21.org**

Free21 live: Vortrag von Dr. Daniele Ganser

im Konzerthaus Karlsruhe, 22.6.2022*, 19.30 Uhr

Aufgrund der anhaltenden coronabedingten Einschränkungen müssen wir den Vortrag leider erneut verschieben. Wir bedauern die Unannehmlichkeiten und bitten um Verständnis. Bereits gekaufte Tickets behalten weiterhin ihre Gültigkeit.

*Voraussichtlicher Termin. Erneute Terminänderungen müssen wir uns vorbehalten.

Erneut verschoben: Am 22.6.2022* um 19.30 Uhr!

Tickets unter reservix dein ticketportal www.reservix.de
oder an allen bekannten Vorverkaufsstellen!

Ansprechpartner: Hardy Groeneveld · **E-Mail:** hardy.groeneveld@free21.org · **Tel.** 0176/47 31 10 04

Unterstütze **Free21:** drucken – lesen – teilen – spenden: **www.free21.org**